Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme" erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Große Münzstraße 9. — Fernsprech-Anschlüsse 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag Seite 116. — Bezugspreis: Monatlich 2.00 Mark, Abholer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pf., auswärts 150 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 114. Magdeburg, Mittwoch den 19. Mai 1926. 37. Jahrgang

Gestellte Putschisten.

„Frechheit siegt!"

Die Schuldbeweise gegen die Rechtsputschisten, die den preußischen Behörden in die Hand gefallen sind, sind erdrückend. So erdrückend, daß die Ertappten zunächst verlegen schwiegen; um dann aber mit desto größerm Geschrei über die preußische Regierung und besonders den verhaßten Innenminister Severing herzufallen, dessen Wachsamkeit und Energie auch den jetzt geplanten blutigen Unfug verhinderte.

Am längsten im Schweigen übte sich nach dem Auffinden des fix und fertigen Putschplans und der kompromittierenden Briefe und andern Dokumente der geistige Vater des Ganzen, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, der Justizrat Claß. Er hätte gern sofort drauflos gestritten, wartete aber klug zunächst einmal ab, was denn eigentlich alles von seinen Plänen bei den Haussuchungen zutage gefördert würde.

Nun hat der Oberputschist endlich die Sprache wiedergefunden und versucht, in einer langen Erklärung jeden Putschverdacht in bezug auf seine Person zu bestreiten. Das wagt ein Mann der Oeffentlichkeit vorzusetzen, dessen aktive Teilnahme am Kapp-Putsch nachgewiesen ist. Aber Claß geht noch weiter. Er besitzt nicht nur den zweifelhaften Mut, eine Strafanzeige gegen die Polizei wegen „Hausfriedensbruchs und Verletzung des Briefgeheimnisses" anzukündigen, sondern will darüber hinaus auch Strafantrag wegen Verletzung des Urheberrechts stellen. Er betrachtet seine Berichte für das Haus Doorn also als literarische Erzeugnisse!

Aber je mehr Claß in seiner Erklärung versucht, sich reinzuwaschen, um so mehr erbringt er, ohne es selbst zu bemerken, den Nachweis für die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er will nicht die geringsten Putschvorbereitungen getroffen haben — aber er hat in Unterhaltungen mit „nationalen Männern" über die verzweifelte Lage des deutschen Volkes gesprochen und dabei „nach Mitteln, Wegen und Männern" gesucht, um der Not im letzten Augenblick zu steuern. Das Ergebnis war die „Notverfassung", der Aufmarschplan gegen Berlin und die Vorbereitung eines Direktoriums mit Persönlichkeiten, die, ebenso wie Claß, als Putschisten bekannt sind.

Es wäre für Claß besser gewesen, wenn er auch in Zukunft noch geschwiegen hätte. Für jeden, der lesen kann und sehen will, ist seine Erklärung der beste Beweis für seine Putschabsichten!

Sie sind ertappt, die Claß und Konsorten. Ertappt mitten in der Vorbereitung ihres Umsturzplanes. Und wenn solch reichhaltiges und erdrückendes Belastungsmaterial gegen Linksputschisten vorliegen würde, sie säßen längst hinter Schloß und Riegel. Rechtsputschisten aber wissen, was sie der Republik bieten können. Sie können aber nicht verhindern, daß in Preußen zuverlässige Republikaner auf der Wacht stehen, die alle noch so fein gesponnenen Fäden und ausgeklügelten Putschpläne zur Erdrosselung der Republik zerreißen und ihnen um die Ohren schlagen, wie es am Montag im Landtag so prächtig durch den Ministerpräsidenten Otto Braun geschehen ist. Wir lassen den Bericht folgen, aus dem zu ersehen ist, daß Frechheit diesmal nicht siegen und nie siegen wird, wenn die Republikaner auf dem Posten sind. —

*

Abrechnung im Landtag.

Die am Montag begonnene Aussprache des Preußischen Landtags über die hochverräterischen Umtriebe der Rechtsradikalen brachte eine scharfe Abrechnung des Ministerpräsidenten und des Abg. Heilmann (Soz.) mit den Rechtsparteien.

Die Aussprache begann mit der vom Vizepräsidenten Porsch abgegebenen, in ihrer Schärfe und Bestimmtheit bemerkenswerten Erklärung des Zentrums über die Putschgefahr. Wenn auch ein Endurteil über die Putschvorbereitungen zurzeit noch nicht möglich ist, so ist es nach Auffassung der Zentrumsfraktion Pflicht der Staatsregierung, mit größter Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß nichts geschieht, was den bestehenden Staat in seinem Bestand irgend wie gefährden könnte. Der neue Staat, so betont die Erklärung, hat leider keine Veranlassung, in dieser Einsicht weniger behutsam zu sein, als es der alte gewesen ist. Es sind Dinge genug vorgekommen, die äußerste Wachsamkeit gebieten. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes steht zur Demokratie, und zu dieser überwältigenden Mehrheit gehört auch die Zentrumspartei. Deshalb erwartet die Zentrumsfraktion von der Staatsregierung, daß sie zur

Sicherung der Verfassung

und zur Verteidigung der republikanischen Staatsform unablässig auf dem Posten ist. (Lebh. Beif. in der Mitte).

Die Deutsche Volkspartei ließ durch den Abg. Eichhoff erklären, die Fraktion begrüße es, wenn die Regierung gegen die Putschisten von rechts aber von links vorgehe, aber ein solches Vorgehen dürfte nicht leichtfertig in die Rechte der Staatsbürger eingreifen. Die Aktion der Regierung erwecke den Eindruck, als handle es sich bei ihr um innerpolitische Gründe, um einen Versuch der Einwirkung auf die politische Entwicklung im Reiche. Gegen die Behandlung der zur Volkspartei gehörenden Herren Vögler, Witthöft usw. erhebe die Fraktion aufs nachdrücklichste Einspruch; sie verlange, daß diesen Persönlichkeiten Genugtuung zuteil werde.

Ministerpräsident Braun

beginnt mit der Verlesung eines Zeitungszitats, das die Putschmeldungen als Gespensterseherei abzutun sich bemüht. Die Rechte ruft bei der Verlesung des Zitats fortwährend stürmisch: „Sehr richtig!" Der Ministerpräsident quittiert dieses „Sehr richtig!" mit der Frage: „Wissen Sie auch, wer das geschrieben hat? „Berliner Lokalanzeiger" am 13. März 1920!" (Stürmische Heiterkeit im Hause). Als der Artikel des „Lokalanzeigers", fährt der Ministerpräsident fort, in die Hände des Publikums kam, schwenkten die Kappleute bereits in die Linden ein und trafen Herrn Ludendorff, der bekanntlich damals zufällig dort spazieren ging. (Neuer Heiterkeitssturm auf der Linken).

Genau wie damals, so redet heute die Rechtspresse von Gespensterseherei und von Ammenmärchen. Selbst wenn es sich bei den Putschvorbereitungen nur um das Treiben von Phantasten handeln würde, —leider ist dem nicht so! — dann hätte die Polizei die Pflicht, diese Dinge ernst zu nehmen. (Zuruf rechts: Und die Kommunisten?) Die Rechtsradikalen sprechen nur deshalb von einem Linksputsch, weil sie mit diesem Gerede ihr

Streben nach einer Rechtsdiktatur

verbergen wollen. Die rechtsradikalen Verbände werden als harmlos hingestellt. Sie sind es nicht. Sie sind zum Teil bewaffnet. Sie halten Schießübungen ab und bereiten Pläne vor, die direkt auf den Umsturz hinzielen, auf „die große Auseinandersetzung mit den Novemberverbrechern von 1918", wie es wörtlich in einem der Aufmarschpläne heißt. Man will, wenn es nicht anders geht, einen Linksputsch provozieren, bei der Niederschlagung dieses Putsches aber nicht stehen bleiben, sondern zur Beseitigung der parlamentarischen Verfassung schreiten. Der Reichspräsident soll dazu gepreßt werden, auf Grund des Artikels 48 die vollziehende Gewalt in die Hände des Militärs zu legen.

Zum Beleg dafür teilt der Ministerpräsident aus einem bei den Hochverrätern beschlagnahmten Brief folgende bezeichnende Stelle mit: „Es muß alles geschehen, um den Herrn Reichspräsidenten für die Anwendung dieses Artikels zu gewinnen. Der Reichspräsident muß davon unterrichtet werden, daß nur eine brauchbare Diktatur charaktervoller Persönlichkeiten (Lebh. „Sehr richtig!" b. d. Deutschnat.)

mit dem Parlamentarismus Schluß machen

kann. Schriftlich kann ich mich nicht näher äußern. Aber Eure Exzellenz dürfen sich darauf verlassen, daß alles in unsrer Macht Stehende geschieht, den Herrn Reichspräsidenten von der Richtigkeit dieses Schrittes zu überzeugen."

Am Schlusse weist der Ministerpräsident darauf hin, daß die Haussuchungen vielfach deshalb nicht alles Material zutage förderten, weil die betroffenen Herren zum Teil vorher bereits unterrichtet waren. Einer hat bei der Haussuchung erklärt: „Ich habe die Sachen, die die Polizei nicht sehen soll, bereits auf die Seite geschafft." Die Vorgänge, schließt der Ministerpräsident, sind durchaus nicht harmlos. Die Regierung wird deshalb alle Machtmittel anwenden, um

hochverräterische Unternehmungen niederzuringen.

(Beifall links und in der Mitte, stürmischer Protest rechts.)

Die Deutschnationalen gaben anscheinend das Spiel bereits verloren; denn sie schickten den Abg. Steinhoff vor, dessen Rede so leer und inhaltlos war, daß Abg. Heilmann (Soz.), der nach ihm zu Worte kam, sie einfach übergehen konnte.

Abg. Heilmann (Soz.)

machte zu Beginn seiner Ausführungen zunächst die Kommunisten auf ihre sinnlose Taktik aufmerksam, durch Gegendemonstrationen den nationalistischen Kundgebungen oft zu einer Bedeutung zu verhelfen, die sie gar nicht haben. Hätte der Berliner Polizeipräsident die kommunistischen Gegendemonstrationen nicht verboten, dann hätten wir heute eine Debatte nicht über die hochverräterischen Umtriebe, sondern über die Schuld am Blutvergießen in den Straßen Berlins. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Um was handelt es sich bei den hochverräterischen Umtrieben? Nicht um Ammenmärchen, nicht um bloße Entgleisungen nationalistischer Redner, sondern um durchaus ernste Dinge. Die Rechte beanstandet das Vorgehen der Polizei. Wenn die Polizei nur sogenannten sicheren Beweisen nachgehen wollte, dann hätten sie wie ein Verbrechen entdeckt. Das beschlagnahmte Material zeigt für jeden, der sehen kann, daß ein

ernsthafter Plan zum Hochverrat

vorliegt. Wenn bei einem Munitionsfund der von der Polizei über den Verbleib der Gewehre befragte Hauptmann a. D. Seidel erklärt, er verweigere jede Auskunft, weil er nur der Reichswehr unterstellt sei, so ist das nicht mehr harmlos.

Genau betrachtet, handelt es sich nicht um die Vorbereitung eines Putsches, sondern um den Umsturz der republikanischen Verfassung. Kein Geringerer als Eberhardt hat festgestellt, daß heute in Deutschland weder für die Rechte noch für die Kommunisten Putschmöglichkeiten bestehen. Schon die wirtschaftliche Lage verbietet den Putsch. Damit ist klargestellt, daß das Gerede der Rechtsradikalen von einem Kommunistenputsch bewußt wahrheitswidrig ist. Mit dem Putsch geht es nicht, aber auch nicht auf parlamentarischem Wege. Die Rechtsradikalen brauchen deshalb die völkische Diktatur, die mit Hilfe des Artikels 48 errichtet werden soll. Wenn nicht mit Unterstützung Hindenburgs, dann gegen ihn. Jedenfalls werden Versuche gemacht, den

Reichspräsidenten zum Verfassungsbruch zu veranlassen.

Der Plan der Hochverräter geht aus einem Protokoll über eine Führerbesprechung hervor, die am 11. März 1926 in Berlin im Hause Kleiststraße 32, wo der Nationalverband deutscher Offiziere sein Heim hat, stattfand. Die Einladung zu der Besprechung ging von dem Obersten von Luck aus. Auf der Einladung ist ausdrücklich vermerkt „Keinen Begleiter mitbringen, und keinen Vertreter schicken, da nur die Führer selbst teilnehmen sollen!" Zu den Erschienenen gehörten neben den Vertretern des Jungdeutschen Ordens, des Werwolfs usw. auch Major von Sodenstern, der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung".

Luck erklärte den Herren, es handle sich um die Wahl eines Führers für militärische Maßnahmen zur Abwehr des bekannten Kommunistenputsches. Oberst Friedrichs, der Führer der Vaterländischen Verbände, hätte bereits einen Führer; dieser stehe jedoch noch außerhalb der Bewegung, und sein Name könne noch nicht genannt werden. Ich verstehe nicht, betonte Heilmann, warum man nicht den Namen des Generals von Lüttwitz nennen wollte (Heiterkeit).

Die Versammlung wählte einstimmig als Führer den Obersten von Luck, und dieser erklärte, daß er bereits mit den zuständigen Reichswehrstellen die notwendigen Vereinbarungen getroffen habe. Das

Zusammenarbeiten mit der Reichswehr

müsse aber in versteckter Form erfolgen. Darauf lege die Reichswehr selbst den größten Wert. Bezeichnend an dieser Führerbesprechung ist die Idee, die für den Umsturz notwendigen Unruhen dadurch zu schaffen, daß Massen von Arbeitern auf die Straße geworfen werden. Wörtlich heißt es in dem Protokoll: „Falls die Unruhen sich nicht von selbst einstellen, müssen sie eben mit allen Mitteln künstlich provoziert werden. Die Großindustrie muß veranlaßt werden, im gegebenen Moment möglichst große Arbeitermassen auf die Straße zu werfen." (Lebhaftes „Hört, hört!".)

Oberst von Luck erklärte seine Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen Sodensterns und versprach, diese Gedankengänge den zuständigen Reichswehrstellen zu unterbreiten.

Damit kommen wir zur Frage: Wo steht die Reichswehr? Geßler und Seeckt mögen zuverlässig sein. Aber die unteren Kommandostellen? Zwischen diesen und Teilen der Wehrverbände besteht ein planmäßiges Zusammenarbeiten. Der Mittelsmann zwischen Verbänden und Reichswehr ist in Berlin Major von Lüttwitz-Frankenberg, der auf privaten Dienstvertrag bei der Reichswehr angestellt ist. Er bildet Hundertschaften von den Wehrverbänden in Wünsdorf

für die Hochverratsarmee

aus. Wie eng das Band zwischen den Verbänden und der Reichswehr geknüpft ist, zeigt die Tatsache, daß kein Mensch bei der Reichswehr angestellt wird, über den nicht ein ausführliches Gutachten der völkischen Verbände vorliegt. (Hört, hört!)

Gegenüber all diesen bedenklichen Vorgängen, schließt Heilmann, wäre es eine Pflichtvergessenheit, wenn die Regierung nicht zugreifen würde. Wir danken der Regierung, daß sie mit Energie den hochverräterischen Bestrebungen entgegengetreten ist. (Beifall links, Zischen und Tumult rechts.)

Dienstag Weiterberatung. —

*

Eignung zum Putschminister.

Der Lübecker Bürgermeister Dr. Neumann, einer der Ministerkandidaten für die Putschregierung des Justizrats Claß, wird in einer Zuschrift an uns wie folgt charakterisiert:

Bürgermeister Neumann ist der ausgeprägte Typ des reaktionären Beamten. Als Richter von unerbittlicher Strenge, wechselte er früh in die Verwaltung hinüber. Als Senator wurde er Polizeiherr absolut wilhelminischer Prägung. In seiner Freizeit nahm er im Alldeutschen Verband eine führende Stellung ein. Von seinem Kreis aus wurde die Gründung der „Deutschen Zeitung" betrieben und finanziert und die Vaterlandspartei mit aufgezogen. Im Kriege wurde Neumann als „starker Mann" nach Riga geschickt. Seine Verwaltungstätigkeit bestand in der sorgfältigen Erhaltung alles dessen, was an den alten Obrigkeitsstaat erinnert.

Bürgermeister Neumann war also der geborne Putschminister, der alle Eigenschaften auf sich vereinigte, die ein Umstürzler nach dem Geschmack der Claß und Konsorten besitzen muß. Sogar im Abstreiten steht er seinen Mann. —

Künstliche Fleischverteurung.

Ende dieses Monats wird die Einfuhr von Gefrierfleisch abgestoppt werden müssen, denn das Kontingent von 102 000 Tonnen im Jahre würde sonst überschritten.

Der Kampf um die Gefrierfleisch-Einfuhr ist so alt wie das Geschrei der Agrarier. Man kann aber den Gegensatz der Auffassungen über das Gefrierfleisch in eine einfache Formel bringen. Sie lautet dahin, daß während der jüngst vergangenen Monate frisches Fleisch um mehr als die Hälfte teurer gewesen ist als gleichwertiges Gefrierfleisch.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Haslinde, rührt sich aber nicht. Dabei liegen die Dinge so, daß in den Sommermonaten der Gefrierfleisch-

bedarf ziemlich steigt. Wir werden jetzt deswegen möglicherweise erleben, daß das Gefrierfleisch so knapp wird, daß es im P r e i s e vom Frischfleisch nicht mehr zu unterscheiden ist. Bei der V e r a r b e i t u n g haben es die Fleischer ja schon lange nicht mehr unterschieden.

Die K n a p p h e i t an Gefrierfleisch und dessen Preissteigerung kann überdies die „logische" Folge haben, daß das Kontingent herabgesetzt wird. Denn wenn zwischen Frischfleisch und Gefrierfleisch kein Preisunterschied ist, warum soll man dann Gefrierfleisch einführen?

Wir empfehlen dem Reichsernährungsministerium, sich einmal den Vorstandsbericht der Handelsgesellschaft Fleischerverband A.-G. (Haflag) vorzunehmen. Die Generalversammlung dieser interessanten Aktiengesellschaft hat kürzlich stattgefunden.

Die Haflag hat etwa 1600 Aktionäre, im besondern Fleischermeister, aber auch eine ganze Anzahl von gewerblichen Genossenschaften. Das Unternehmen hat während der letzten Jahre so gründlich Tochterunternehmen gegründet, daß dabei das Handelsgeschäft zu kurz gekommen ist. So wird auch wieder für 1925 ein Verlust von 344 000 Mark ausgewiesen. Das Aufsichtsratsmitglied Generaldirektor Rotter erklärte aber ausdrücklich, daß der Verlust nur auf dem Effekten- und Beteiligungskonto entstanden sei und nicht etwa auf unfähige Geschäftsführung oder auf falsche Dispositionen zurückgeführt werden könne.

Die Dispositionen der Haflag sind wirklich für die Aktionäre, also die Fleischermeister, nicht falsch gewesen. Sagte doch das Vorstandsmitglied Direktor Zerwes:

> Der Verlust, den die Aktienbesitzer durch die Ertragslosigkeit ihrer Aktien erleiden, wird aber reichlich ausgeglichen durch die i n d i r e k t e n Vorteile, die dem Fleischergewerbe im allgemeinen und damit auch den Aktionären durch die Haflag zuteil werden. Man muß nämlich daran denken, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch kontingentiert ist und daß die Haflag das g r ö ß t e Handelskontingent besitzt und ein größeres Kontingent nur noch auf einen Produzenten entfällt. Wäre die Haflag n i c h t in Tätigkeit, so würde ihr Kontingent vielleicht nach einer ganz andern Richtung abgelenkt worden sein.

Der Generaldirektor Rotter unterstrich diese Mitteilungen noch; er betonte, daß es durchaus zweckmäßig und erforderlich sei, daß die Haflag im Interesse des Fleischergewerbes ihre Tätigkeit fortsetze, solange die Kontingentierung bestehe. Sollte eine wesentliche Aenderung in der Kontingentierung eintreten, was von der Zollvorlage abhänge, so werde der Aufsichtsrat selbst die Initiative zur Liquidierung der Gesellschaft ergreifen.

Haflag und Haslinde — das klingt wie ein Märchen. Es ist aber keins. Der Herr des Reichsernährungsministeriums scheint bisher nämlich von der Existenz der Haflag und von deren Einstellung zum Gefrierfleisch überhaupt noch nichts zu wissen. Und außerdem ist es kein Märchen, sondern traurige Wahrheit, daß die Verknappung der Gefrierfleischversorgung eine P r e i s s t e i g e r u n g verursacht, die der Haflag Freude machen wird. Und wenn sie nicht wieder anfängt, zu gründen und zu spekulieren, dann wird sie wieder gesund werden und fröhlich weiter leben.

Kurt Heinig.

Durchführung des Volksentscheids.

Wie schon kurz gemeldet, hat die Reichsregierung in ihrer ersten Sitzung beschlossen, den V o l k s e n t s c h e i d a m S o n n t a g d e n 2 0. J u n i stattfinden zu lassen. Amtlich wird dazu gemeldet:

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung vom 17. Mai die näheren Anordnungen für die Durchführung des Volksentscheids getroffen. Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über die Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden soll. Der S t i m m z e t t e l enthält eine entsprechende Frage [illegible]. Die S t i m m a b g a b e erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja", der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein" bezeichnete Viereck durchkreuzt. Stimmlisten und Stimmkarteien sind vom 6. bis einschließlich 13. Juni auszulegen. Die Gemeindebehörden sind ermächtigt worden, die Auslegung schon früher beginnen zu lassen.

Der Wortlaut der Verordnung wird am Dienstag im „Reichsanzeiger" verkündet werden. Damit beginnt der Endkampf gegen den räuberischen Anschlag der ehemaligen deutschen Fürsten auf deutsches Volksvermögen, und das Volk wird es zu verteidigen wissen. —

Das Kabinett Marx.

Das neue Kabinett Marx hat seine Regierungsgeschäfte am Montag bereits aufgenommen. Es besteht restlos aus den Ministern des Luther-Kabinetts — nur Luther fehlt —, sei aber trotzdem noch einmal namentlich aufgeführt.

Reichskanzler: Dr. M a r x;
Reichsminister des Auswärtigen: Dr. S t r e s e m a n n;
Reichsminister des Innern: Dr. K ü l z;
Reichsminister der Finanzen: Dr. R e i n h o l d,
Reichswirtschaftsminister: Dr. C u r t i u s;
Reichsarbeitsminister: Dr. B r a u n s;
Reichsminister der Justiz, zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt: Dr. M a r x;
Reichswehrminister: Dr. G e ß l e r;
Reichspostminister: S t i n g l;
Reichsverkehrsminister: Dr. K r o h n e;
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Dr. H a s l i n d e.

Reichskanzler Marx hat am Montag nachmittag die Führer der Reichstagsfraktionen empfangen, um die Einstellung der einzelnen Parteien gegenüber seinem Kabinett zu erfahren. Vorläufig verwaltet Marx neben der Reichskanzlei auch das Justizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete. Der Plan ist, das Ministerium für die besetzten Gebiete mit Dr. B e l l zu besetzen, während Marx bis zu der bald erwarteten Umbildung seiner Regierung auch die Reichsjustizverwaltung zu leiten gedenkt. Er traut sich also trotz seines Alters noch sehr viel zu.

Der Reichskanzler wird aber bei dem besten Willen nicht in der Lage sein, beide Aemter, also sowohl das der Reichskanzlei als das des Reichsjustizministeriums, so zu verwalten, wie es erwartet werden muß, wenn er sich nicht schleunigst mit erfahrenen und politisch einwandfreien Mitarbeitern umgibt. Auch ihm dürfte nicht unbekannt sein, daß der Staatssekretär der Reichskanzlei ein völlig d e u t s c h n a t i o n a l orientierter Mann ist, der bisher u. a. seine Aufgabe auch darin gesehen hat, die Verbindung der Regierung mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion aufrechtzuerhalten. Allerdings hat Staatssekretär K e m p e r e r sein Amt zur Verfügung gestellt, aber es sind Kräfte der Rechten am Werk, ihn als Chef der Reichskanzlei zu erhalten.

Die R e g i e r u n g s e r k l ä r u n g des neuen Kabinetts dürfte am M i t t w o c h vor dem Reichstag abgegeben werden. Der genaue Termin wird im Einverständnis mit dem Kabinett am Dienstag vor der Plenarsitzung vom Aeltestenrat festgesetzt werden.

Ueber das Schicksal der F l a g g e n v e r o r d n u n g setzt sich Reichskanzler Marx am Dienstag mit den Parteiführern auseinander. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, wird Marx in seiner Regierungserklärung zwar feststellen, daß die Flaggenverordnung d e j u r e n i c h t a n g e t a s t e t werden soll, daß aber ihre D u r c h f ü h r u n g e i n s t w e i l e n a u s g e s e t z t wird. Es soll angeordnet werden, einen Ausschuß einzusetzen, der dem Wunsche des Reichspräsidenten entsprechend die Frage der Schaffung einer Einheitsflagge zu prüfen haben wird.

Es ist auffallend, daß die Deutschnationalen dem Kabinett Marx gegenüber nicht sofort in Opposition treten, sondern ihre endgültige Entscheidung von der Regierungserklärung abhängig machen wollen. Mit ihrer „schärfsten Opposition" gegen Marx ist es also nicht sehr weit her.

Die s o z i a l d e m o k r a t i s c h e F r a k t i o n vertagte ihre Entscheidung über die Haltung zum Kabinett Marx auf Dienstag. —

Neue Schwierigkeiten in Polen.

In Warschau sind inzwischen wieder normale Verhältnisse hergestellt. Die Parteien beschäftigen sich mit der Frage der Bildung der neuen Regierung. Die Sozialistische Partei hat hierfür eine Reihe von Forderungen aufgestellt, unter denen an erster Stelle stehen: Auflösung des Sejm und Senats, Wahl Pilsudskis zum Staatspräsidenten und Berufung einer Arbeiter-Bauern-Regierung ohne Beteiligung der Rechten und des Zentrums.

Aehnliche Forderungen haben auch die übrigen linksstehenden Parteien gestellt, die mit der sozialistischen Partei gegen das gestürzte Kabinett Witos in Opposition standen, also insbesondere die Bauernpartei und die Partei Wyzwolenie.

Die Rechtsparteien halten sich in Warschau zunächst noch zurück. Aus den inzwischen wieder erschienenen Blättern dieser Parteien, die allerdings u ter Vorzensur stehen, geht aber hervor, daß sie grundsätzlich das Ziel anstreben, „Recht und Ordnung wiederherzustellen". Was sie darunter verstehen, zeigt die schärfere Haltung der nationaldemokratischen Kreise in P o s e n, die die Umwälzung in Warschau als n i c h t v e r f a s s u n g s m ä ß i g ansehen und sie daher für rechtswidrig erklären.

Es bleibt abzuwarten, ob von Posen her versucht wird, den Standpunkt der Rechtsparteien weiter mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Grundsätzlich hat sich jedoch bereits eine ähnliche Situation herausgebildet, wie während des russischen Krieges im Jahre 1920, wo sich ebenfalls in Posen mit separatistischen Tendenzen die politischen und militärischen Führer nationaldemokratischer Richtung zusammentaten. Der Beschluß der letzen Sitzung des gestürzten Kabinetts in Warschau vom 15. Mai spricht ganz offen von der Gefahr eines Kampfes der Teilgebiete; diese Gefahr steht hinter den eben angeführten Gegensätzen.

Pilsudski wird daher nicht geringe Schwierigkeiten haben, um seine Regierung und die Neuwahl des polnischen Staatspräsidenten auf verfassungsmäßigem Wege durchzusetzen, oder er wird eben einen Weg wählen müssen, der in der Verfassung n i c h t vorgesehen ist. Mit andern Worten, der Staatsstreich in Warschau ist noch nicht zu Ende, und es sind sogar noch Ueberraschungen möglich. —

Vermehrung der Ratssitze.

Die S t u d i e n k o m m i s s i o n des Völkerbundsrats in Genf hat am Montag ihre Arbeiten mit einem Ergebnis beendet, das Deutschland durchaus zu befriedigen vermag. Es ist jedenfalls damit zu rechnen, daß der deutsche Eintritt in der Septembertagung unter allen Umständen erfolgt, und zwar ohne vorherige Aenderung des Völkerbundsstatuts. Auch die Zahl der ständigen Sitze bleibt u n v e r ä n d e r t, während die nichtständigen Mandate von 6 auf 9 erhöht werden. Dem Völkerbundsrat sollen folgende Vorschläge gemacht werden:

> 1. Die nichtständigen Mitglieder des Rates werden auf die Dauer von 3 Jahren gewählt; jedes Jahr wird ein Drittel neu gewählt. Die Mitglieder treten ihr Amt sofort nach ihrer Wahl an.
> 2. Ein ausscheidendes Mitglied kann während der folgenden 3 Jahre nicht wieder gewählt werden, sofern die Bundesversammlung nicht mit einer Mehrheit von zwei Dritteln anders beschließt. Die Zahl der von der Bundesversammlung wiedergewählten Mitglieder darf nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der nichtständigen Mitglieder ausmachen.
> 3. Die Völkerbundsversammlung kann jederzeit mit Zweidrittelmehrheit eine Neuwahl aller nichtständigen Mitglieder beschließen.
> 4. Die Zahl der gewählten Mitglieder wird auf n e u n erhöht.
> 5. In der nächsten Bundesversammlung werden sofort neun Mitglieder gewählt, je drei auf die Dauer von drei, zwei und einem Jahre.

Es war von vornherein zu erwarten, daß die Studienkommission ihre Aufgabe nicht von organisatorischen, sondern mehr von politischen Gesichtspunkten aus anfassen würde. In Anbetracht der endlosen Schwierigkeiten, die z. B. bei der Vermehrung der ständigen Ratssitze unver-

---

Kunstausstellung.

In der Kunsthalle, Brandenburger Straße, zeigt der K u n s t v e r e i n eine „Ausstellung der Vereinigung [illegible] Künstler — [illegible]". [illegible] „[illegible]" [illegible] und [illegible]. [illegible] z. B. [illegible] „[illegible]" [illegible]. [illegible] C o r b e d „[illegible]" [illegible]. — [illegible] „[illegible]" [illegible] „[illegible]" [illegible]. [illegible] „[illegible]" [illegible].

[illegible] „[illegible]" [illegible] — [illegible]. —

[illegible] gibt sich gar nicht sonderlich revolutionär, bietet aber um so ehrlicher. Seine Akte sind so sinnlich empfunden, so [illegible] [illegible] Linie, so [illegible], daß [illegible] Impuls des Malers überzeugt. Die [illegible] „[illegible]" ist [illegible], [illegible], aber gleichwohl malerisch-sinnlich und [illegible] für den Zeichnung allerdings nicht immer ganz sicher). — Von Oskar K l e i n [illegible] „Nach dem Bade" [illegible] Freiheit. [illegible] und [illegible] die Formen plastisch und [illegible]. [illegible] und wirkungsvoll auch die „[illegible]" [illegible]. [illegible] Detail [illegible] Spielerei. Man merkt, daß der Künstler aus dem vollen schöpft. Der Bildhauer [illegible] „[illegible]" und in dem „[illegible]" [illegible]. —

In der [illegible] Porträtbüste von H a m m e r s t e i n s vorübergehend, verlangt man die Ausstellungsstelle, ohne [illegible] erbaut oder erschüttert zu sein.

Eke.

Berliner Chronik.

Wie immer man über die Einzelregierung denken mag: die [illegible], namentlich bei uns, [illegible] Möglichkeiten, [illegible]. Es handelt sich bei dem „P a n z e r k r e u z e r P o t e m k i n", der in Deutschland einen beispiellosen Erfolg erzielt hat, um eine jener [illegible], die nur [illegible] auf Grund einer [illegible] und nicht [illegible] gleichgültigen [illegible], wie sie bei uns in Deutschland noch immer im Schwange ist [illegible]. Man darf freilich nicht vergessen, daß gewaltige Mittel in den Dienst dieser Sache gestellt worden sind. Das ist bei den „Nibelungen" und dem „[illegible]" auch geschehen — aber mit [illegible] Erfolg! [illegible] „[illegible]" [illegible] — und tatsächlich verzeichnet der Panzerkreuzer Potemkin auf dem Theaterzettel: alle Darsteller, ob in großen und größten Rollen oder in winzigen Beschäftigungen, blieben a n o n y m. Dieser Umstand ist nicht etwa gleichgültig, sondern für das Gelingen des gigantischen Werkes von ausschlaggebender Bedeutung.

Mit elementarer Kunst, die auch den Laien erhitzt, läßt uns dieser Film die Meuterei auf einem Schiffe der russischen Schwarz-Meer-Flotte im Jahre 1905 erleben, jene Rebellion, die wie ein Feuerbrand in das Pulverfaß der unterdrückten Empörung fiel. Was sich 1918 in Kiel ereignet hat, das hat sich schon 13 Jahre früher vor Odessa zugetragen. Nicht die Meuterei an sich ist das bemerkenswerte an diesem Drama, trotzdem auch sie in einem atembeklemmenden Tempo erzählt wird, sondern das, was daraus entsteht: die gewaltige Solidarität einer ganzen Stadt, die [illegible] und den Befreiern vom zaristischen Joch Lebensmittel überbringt und den Dank von Hunderttausenden, ja von Millionen eines gedrückten Volkes. Wenn dann auf die wehrlose Menge am Ufer die Kosaken losgelassen werden, denkt man an unsere deutschen Zeitfreiwilligen und an die Vorgänge in Sachsen und Thüringen, an die Baltikumer und ähnliches Schergenvolk. Alles wiederholt sich in der Geschichte. Was da auf der Leinwand abrollt, ist unser eignes deutsches Schicksal. Der [illegible] Matrose, der um eines Löffels Suppe willen meuchlings erschossen wird, könnte Gareis oder Liebknecht oder Eisner heißen. Das müssen unsere schwarzweißroten Ordnungshüter nicht wohl, und deshalb haben sie den jämmerlichen Versuch gemacht, den Film zu unterdrücken. Der Oberregierungsrat M ü h l e i s e n und der Major S p e c k vom Reichswehrministerium haben so [illegible] Gutachten darüber abgegeben, daß der „Panzerkreuzer Potemkin" [illegible] v e r b o t e n worden ist. Aber die Filmoberprüfstelle mußte schließlich, so peinlich und blamabel die Angelegenheit für die Herren Mühleisen und Speck auch war, dieses Meisterwerk wieder aufheben.

Darüber bricht die Hindenburg- und Ludendorff-Gefolgschaft in ein W u t g e h e u l aus, das sich etwa in Adolf Hitlers „Völkischem Beobachter" also anhört:

> Der B o l s c h e w i s m u s ist nicht etwa im Anmarsch, sondern er ist m i t t e n u n t e r u n s, und die Tatsache, daß keine Regierung es wagt, der planmäßigen Zermürbung aller Begriffe von Ehre, [illegible] und Staat entgegenzutreten, zeigt, daß er unweigerlich siegen wird, wenn sich nicht noch alle [illegible]

meldlich waren, blieb schließlich gar nichts andres übrig. Brasilien und Spanien haben zwar ihre Forderung nach ständigen Sitzen nicht aufgegeben und sich nach der Ablehnung ihres Verlangens für desinteressiert erklärt, ohne daß aber vorläufig ihr Austritt aus dem Völkerbund wahrscheinlich wäre. Das Ziel der maßgebenden Völkerbundsmitglieder geht jedenfalls dahin, sie in diesem Sinne zufriedenzustellen. —

Unverändertes Unterstützungssystem

Die Reichsregierung hatte nach einer Fühlungnahme mit den Ländern versucht, auf dem Verordnungsweg das gegenwärtige System der Erwerbslosenunterstützung zu ändern und mit der Einführung von Lohnklassen gleichzeitig die Unterstützungssätze für weite Kreise der Arbeitslosen herabzusetzen.

Da die Geltungsdauer der letzten Verordnungen am 1. Mai abgelaufen war, so mußte schnell gehandelt werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb eine dringliche Interpellation eingebracht. Durch ihr Vorgehen war der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags gezwungen, zu der Situation Stellung zu nehmen. Während die Kommunisten sich darauf beschränkten, der Reichsregierung ihre Mißbilligung auszusprechen, stellten die Sozialdemokraten den positiven Antrag, die Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge zunächst unverändert bis Ende Juni 1926 zu verlängern. Dieser sozialdemokratische Antrag fand schließlich die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags, d. h. die geplante Verordnung des Arbeitsministeriums kann bis zu dem genannten Zeitpunkt nicht in Kraft gesetzt werden.

Inzwischen wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstagsausschuß dafür sorgen, daß auch bei der Ende Juni zu erwartenden neuen gesetzlichen Reglung keine Verschlechterungen eintreten, sondern im Gegenteil die noch bestehenden Härten der Verordnungen beseitigt werden. —

Bolschewismus in Berlin.

Nach den Schilderungen der kommunistischen Presse ist Sowjetrußland ein Paradies für Arbeiter und Angestellte. Abordnungen werden nach diesem Dorado entsandt, die natürlich im Zeichen Potemkins (nicht des Panzerkreuzers) stehen. Aber es ist wirklich nicht nötig, in die russische Ferne zu schweifen: in Berlin selbst befindet sich, um mit einem Wort eines hohen Sowjetbeamten zu reden, auf „vorgeschobenem Vorposten, ausgesetzt den Blicken feindlich Gesinnter", ein großer Sowjetbetrieb, die russische Handelsvertretung.

Ein Betriebsrat im deutschen Sinn existiert nicht. Schon der Name ist irreführend und zweideutig (wie so vieles). Die Abkürzung Ispelkom für Betriebsrat bedeutet „vollziehendes Organ", aber nicht der Belegschaft, sondern der Geschäftsleitung. Der deutsche sogenannte Betriebsrat wird als „Verbindungsmann" zwischen K.-P.-D.-Zentrale und der Handelsvertretung von der Zentrale der K. P. D. gestellt. Andre werden in den Betriebsrat kommandiert. Die Wahl ist eine Komödie. Listen werden weder aufgestellt noch ausgehängt. In einer Versammlung wird

der Betriebsrat den Angestellten einfach vorgestellt.

Wie wäre es sonst möglich, daß z. B. der 2. Vorstand einer der größten Abteilungen Betriebsrat, also nach deutscher Auffassung Vertreter der Angestellten ist? Bei gewissen Anlässen wird natürlich der Betriebsrat pro forma gehört (um die Verantwortung abzuwälzen), die Geschäftsleitung tut jedoch, was sie will. Selbstverständlich schweigt dann der kommunistische Betriebsrat. So kommt es, daß sich der Betriebsrat in seinem ganzen Gehaben und im Ton als Vorgesetzter der Angestellten fühlt und im übrigen als Händler von Lebensmitteln, Kleidern, Uhren und mit andern notwendigen Geschäften sich die Zeit vertreibt, höchstens mal eine Rüge erteilt.

Die Existenz der Angestellten ist unsicherer als in einem kapitalistischen Betrieb. Als die Kommunistische Partei gegen Betriebseinschränkung und Abbau protestierte, als brave kommunistische Jünglinge der Handelsvertretung ein großes Schild mit der Aufschrift „Gegen Betriebseinschränkung!" im Zuge trugen,

wurde zirka 200 Angestellten gekündigt,

und zwar wegen Abbaues. Neue Kündigungen sollen am 15. Mai ausgesprochen werden. Zu gleicher Zeit wurden Ueberstunden gemacht bis 9 und 10 Uhr nachts, selbst Sonntags von 9 bis 5 Uhr. Alles mit Wissen des Betriebsrats. Als man ein hohes Mitglied der Geschäftsleitung auf die im „Roten Gewerkschafter" erhobenen Forderungen aufmerksam machte, sprach er die bedeutsamen Worte: „Was geht uns die „Rote Fahne" an! Für uns sind russische Verhältnisse maßgebend."

Die Entlassungen wurden brutal, ohne jede Spur sozialen Empfindens durchgeführt. Frauen, Schwestern, Töchter, Söhne, Verwandte höchster politischer und wirtschaftlicher Sowjetbeamten und führender Mitglieder der Kommunistischen Partei blieben (ein einträglicher Doppelberuf). Zwar wurden einige Gekündigte wieder eingestellt, aber zu einer Bezahlung, die zum Teil fast die

Hälfte des vorigen Verdienstes

betrug. Welcher kapitalistische Betrieb könnte sich einen derartigen Lohnabbau leisten, ohne von der „Roten Fahne" gefressen zu werden? Der „Staat der Arbeiter und Bauern" ist eben mit andern Maßen zu messen, hier ist alles gestattet: Ueberstunden sowohl wie Prämiensystem, Ausbeutung sowie Protektionswirtschaft übelster Art. Es heißt plötzlich „sparen", darum hat jede Abteilung fast drei bis vier Leiter mit Sekretären und Sekretärinnen, darum Teppiche und Klubsessel, Autos und schöne Reisen. Darum zu gleicher Zeit eine enorme Summe Pachtung eines ganzen Gebäudes im Zentrum Berlins zur Errichtung eines Klubs mit Restaurations-, Spiel-, Theatersälen usw. Vielleicht schaut sich einmal ein Proletarier Berlins die „Proletarier der Handelsvertretung" an.

Ein Tarif besteht in Wirklichkeit nicht. Der sogenannte Tarif sieht Bezahlung in einer Kategorie in Grenzen vor, zum Beispiel von 1,5 bis 2,25 des Grundgehalts, ohne zu sagen, wann diese Abstufungen gelten sollen. So besteht in der Entlohnung die größte Willkür. Aber die Geschäftsleitung ist Herr im Hause. Nirgends in Europa ist dieser Standpunkt rigoroser durchgeführt. Wer sich dagegen auflehnt, wer nicht pariert,

der fliegt mit Hilfe deutscher Kommunisten.

Jedes aufrechte Wort wird durch Kreaturen hinterbracht. Ein Spitzeltum sondergleichen herrscht. Jedes Zusammenkommen ist als Fraktionsbildung verboten. (Gegenüber den Gewerkschaften ist sie Pflicht.) Wer sich auf die von der Kommunistischen Partei tagtäglich erhobenen Forderungen beruft und sie in der Handelsvertretung durchgeführt wissen will, gilt als „radikal". Man „reinigt" den Betrieb, weniger von politisch Rechtsstehenden als von wirklichen Kommunisten, die ihren Charakter behalten wollen. Und die Kommunistische Partei beruft gegen solche räudigen Schafe ein Gericht, in dem sogar Briefe, die an die höchsten politischen Vertreter Rußlands in Deutschland gerichtet sind, von obskuren Parteibönzchen verlesen werden und das wegen „Beleidigung und Verleumdung der Handelsvertretung" mit der harten, aber gerechten Strafe des Ausschlusses aus der Kommunistischen Partei endet.

Der Mitarbeiter gilt nichts. Er muß sich kuschen und er kuscht sich, weil er sich sonst auf der Straße liegen sieht. Der Leiter der Handelsvertretung hat es abgelehnt, eine Deputation der Gekündigten zu empfangen. Bei dem einzigen kläglich verlaufenen Streikversuch am 16. Februar 1924 wurde von dem Vorsitzenden des Streikkomitees behauptet, die Proletarier Berlins sprächen von einer „Schweinewirtschaft in der Handelsvertretung". Wir wollen uns diesen Ausdruck nicht zu eigen machen. Aber wenn der Kommunismus so aussieht, wie er in der Handelsvertretung kultiviert wird, dann muß sich jeder deutsche Arbeiter für diese Art „Fortschritt" bedanken.

Frankreichs Schulden in England.

Der französische Finanzminister Peret ist am Montag in London eingetroffen, um die Vorverhandlungen zur Reglung der französischen Schulden an England aufzunehmen. Dieser Verhandlung wird die vorjährige Abmachung zwischen Caillaux und Churchill zugrunde gelegt, welche die französischen Jahreszahlungen mit 12,5 Millionen Pfund (250 Millionen Mark) festsetzt.

Von französischer Seite wird neben einer Transferklausel, die es Frankreich gestatten soll, im Falle von Währungsschwierigkeiten seine Zahlungen stunden zu lassen, auch eine sogenannte Sicherungsklausel gefordert, die die französischen Zahlungen an England mit den französischen Einnahmen aus dem Dawesplan in Verbindung bringen soll. Während die erste Forderung, wie es scheint, keinen unüberwindlichen Widerstand von englischer Seite hervorrufen wird, dürfte die zweite französische Forderung auf starke Hindernisse stoßen. Darüber hinaus beabsichtigt Frankreich, ein teilweises Moratorium für die ersten 5 Jahre sowie eine Vertagung der bereits getroffenen Vereinbarung über die Rückzahlung der Kredite zu fordern, welche die Bank von England während des Krieges dem französischen Zentral-Noteninstitut gewährt hat.

Da auf beiden Seiten der starke Wunsch zu bestehen scheint, zu einer Einigung zu gelangen, dürfte die Reise des französischen Finanzministers nach London, die übrigens durch die wiederholten diplomatischen Unterhandlungen vorbereitet ist, zu einer endgültigen Reglung der französisch-englischen Schuldenfrage führen.

Angesichts des starken Sturzes der französischen Währung gewinnen diese Verhandlungen an Bedeutung, zumal die französischen Unterhändler gleichzeitig mit den Industriellen zur Reglung der Kriegsschuld mit den englischen Finanzkreisen durch Besprechungen über die Aufnahme neuer Kredite zur Stützung der Währung zu führen beabsichtigen. Von diesen Verhandlungen wird vornehmlich das weitere Schicksal des Frank abhängen. —

Der Frankfälscherprozeß.

Der Frankenfälscherprozeß in Budapest geht seinem Ende entgegen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Zeugenverhör am Dienstag mit der Vernehmung des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen abgeschlossen, worauf dann in raschem Tempo die Anklagerede und die Plädoyers der Verteidiger folgen, so daß der Prozeß mit Ablauf dieser Woche beendet werden dürfte.

Bethlen wurde durch verschiedene Zeugenaussagen schwer belastet, was ihm aber, da man sehr wenig geneigt ist, diese Spuren der Belastung genau zu verfolgen, nicht viel schaden wird. So machte der gewesene Ministerpräsident Stephan Friedrich am Schlusse der heutigen Verhandlung sensationelle Aussagen, welche die Mitschuld der Regierung Bethlen an den Frankenfälschungen restlos bestätigen. Stephan Friedrich führte aus: Prof. Meszaros hat mir in Gegenwart des Prinzen Ludwig Windischgraetz in kategorischer Form erklärt, daß er für die Frankenfälschungen von der Regierung einen Freibrief erhalten habe. Meszaros zeigte mir, um seine Behauptungen zu beweisen, Dokumente und fügte hinzu, in dieser Angelegenheit habe der Abgeordnete Georg Hir (der im westungarischen Bandenkrieg eine führende Rolle spielte) mit dem Ministerpräsidenten verhandelt. Der Abg. Hir habe den Freibrief vom Ministerpräsidenten erwirkt. Windischgraetz bestätigte die Mitteilungen des Prof. Meszaros und fügte hinzu, aus den Frankenfälschungen könnten ihm keinerlei Unannehmlichkeiten erwachsen, da er doch über den Freibrief seitens der Regierung verfüge.

Auf die Frage des Oberstaatsanwalts, wer den Freibrief unterzeichnet habe, antwortete Friedrich:

„Windischgraetz und Meszaros sagten mir, Ministerpräsident Graf Stephan Bethlen. Sie fügten hinzu, in dem Freibrief sei die ganze Aktion beschrieben. Meszaros reichte mir die Schriftstücke zur Einsicht. Ich habe sie aber nicht angesehen, da ich den beiden aufs Wort glaubte. Um den Freibrief wissen übrigens auch Markgraf Georg Pallavicini und Graf Anton Sigray. Die beiden teilten mir mit, es gebe über diese Angelegenheit ein Protokoll, worin der Abg. Georg Hir die Geschichte des Freibriefs auch unter Ehrenwort und Eid wiedergegeben habe.

Nachdem Friedrichs Vernehmung beendet war, gab der Vorsitzende unter allgemeiner Spannung die Weisung, man möge den Abg. Hir zur Zeugenaussage in den Saal rufen. Der Gerichtsdiener meldete aber, daß Hir, der kurz vorher noch im Nebenzimmer auf seine Vernehmung gewartet habe, sich inzwischen entfernt habe.

Man brauchte also erst einmal Zeit, die schwere Belastung Bethlens wieder einzurenken. —

Notizen.

Auswärtiger Ausschuß. Wie wir erfahren, wird der Auswärtige Ausschuß des Reichstags noch im Laufe dieser Woche in eine Aussprache über den Verlauf der Verhandlungen der Genfer Kommission zusammentreten. Außerdem wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden in Aussicht genommen, demnächst die Frage des sogenannten Wilson-Abkommens vom 18. Juni 1919 im Auswärtigen Ausschuß zur Erörterung zu stellen. —

Die belgische Regierungskrise. Die Beratungen zur Beilegung der belgischen Regierungskrise sind am Montag wieder aufgenommen worden, vorläufig allerdings ohne ein bestimmtes Ergebnis. Der König empfing den Kammerpräsidenten Brunet, den Außenminister Vandervelde sowie den Senatspräsidenten Roodebeke. Im Vordergrund steht immer noch ein Kabinett Brunet mit Franqui als Finanzminister. Auf die Sozialisten wird ein starker Druck ausgeübt, um sie zum Verzicht auf ein oder zwei Ministersitze zu bewegen. Der Ministerrat beschloß im Einvernehmen mit mehreren frühern Finanzministern, die Kammer am Dienstag um die Vollmacht zu bitten, von der Nationalbank 1½ Milliarden Vorschuß zu verlangen. —

Internationale Arbeitskonferenz. Der deutschen Delegation für die Arbeitskonferenz in Genf gehören u. a. an: die Ministerialräte Feig und Hering und als technische Berater die beiden Ministerialräte Dr. Weigert und Dr. Berger vom Reichsarbeitsministerium; ferner Legationsrat Dr. Seelheim vom Auswärtigen Amt und Generalkonsul Aschmann aus Genf. Die Arbeitnehmer werden vertreten durch Hermann Müller (Berlin) und Knoll vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund. —

Der Exsultan gestorben. Der letzte Sultan der Türkei, Mehmed 6., ist, wie aus San Remo gemeldet wird, in der Nacht vom Sonntag an einem Herzschlag gestorben. Der Sultan war der 37. Nachkömmling aus der Familie Osman. Er hat ein Alter von 65 Jahren erreicht und war im Jahre 1918 seinem Bruder auf den Thron gefolgt. Nachdem die türkische Nationalversammlung im Jahre 1922 das Kalifat abgeschafft hatte, lebte Mehmed 6. hauptsächlich in der Schweiz und der Riviera. —

Depeschen.

Mißtrauen gegen den Putschbürgermeister.

Lübeck, 18. Mai. (Radio.) Einen tollen Streich leistete sich am Montag der Putschbürgermeister Neumann, der unter dem Drucke der Indizienbeweise sein Amt vorläufig niedergelegt hatte. Ohne seine Kollegen im Senat auch nur zu fragen, erklärte er sich in einem Schreiben aus eigner Machtvollkommenheit für gereinigt und erklärte sich für den amtierenden Bürgermeister. Die Antwort erhielt er am Montag abend in der Bürgerschaft. In einer außerordentlich stürmisch verlaufenen Sitzung legte der Redner der Sozialdemokratie, Haut, an Hand eines erdrückenden Beweismaterials dar, daß Neumann der Verschwörung mit den bekannten Putschisten und Mordorganisationen schuldig ist und daß die Sozialdemokratie mit einem solchen Manne nicht einen Augenblick weiter zusammenarbeiten kann. Nicht weniger scharf sprach der Demokrat, der die Frage aufwarf, wie es wohl mit Neumann stehen würde, wenn man ihn nach dem Regept der Notverordnung der Putschisten behandeln würde. Zum Schlusse wurde ein von Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten unterzeichnetes Mißtrauensvotum vorgelegt. Da diese drei Fraktionen in der Bürgerschaft die Mehrheit haben, ist das Ergebnis der Abstimmung, die erst in einer Woche stattfinden kann, nicht zweifelhaft. —

Neue Kämpfe in Posen?

Wb. Paris, 18. Mai. Eine Meldung des Korrespondenten der „Chicago Tribune" aus Posen bestätigt die in Berlin veröffentlichte Nachricht, daß General Haller sich weigere, von seinem Posten zurückzutreten, und den bewaffneten Widerstand gegen Marschall Pilsudski zu organisieren gedenke. Marschall Pilsudski habe den Senatspräsidenten beauftragt, mit General Haller zu verhandeln. Nationalistische Mitglieder des polnischen Landtags seien in Posen eingetroffen und entfalteten eine große Tätigkeit.

Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris" ist nach Posen gereist und berichtet über den Widerstand, der in Posen gegen Marschall Pilsudski organisiert werde. Die Lage sei ernst und der Kampf zwischen den Anhängern Pilsudskis und den Regierungstruppen werde fortgesetzt. Gestern habe die Kavallerie von Posen Bilamow, den Stammsitz des Königs Johann Sobieski, wohin sich mehrere Mitglieder der alten Regierung geflüchtet hätten, besetzt. —

Protest gegen die Gemeinheiten, die aus Moskau jetzt planmäßig auf dem Wege des Films hereinbrechen, auftreten. Wir fordern alle deutschen Schriftsteller und Politiker auf, einmütig das sofortige Verbot dieses Films der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu verbieten.

Vor lauter Aufregung ist dem Hitler-Adolf die Feder ausgerutscht, und der Wackere, der die Fememorde mit den Begriffen von Ehre, Volkstum und Staat für recht wohl verträglich ansieht und den Bürgerkrieg lieber heute als morgen entfesseln möchte, will das Verbot dieses Films der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten verbieten. Vor lauter Verbieten hat er so den Kopf verloren, daß er das „Verbot" auch noch „verbieten" möchte. Das ist doch wirklich verboten!

*

Ueber die Frühjahrsausstellung der Akademie braucht man nicht viel Worte zu verlieren. Es ist rechtes Flickwerk: den toten Körper dieses im Kerne von immer wilhelminischen Instituts versucht man in den letzten Jahren mit Hilfe einiger moderner Mitglieder zu galvanisieren. Es kommt aber nichts dabei heraus. Max Liebermann, Baluschek und Zille können nichts daran ändern, daß diese ehemals königlich preußische Malerzuchtanstalt, dieses Künstlerkadettenhaus, lächerlich verschnurrelt in unsre Tage hineinragt. Solange Fritz Klimsch mit 23 Plastiken, zum Teil größten Formats, das Vestibül versperren darf und Artur Kampf, Raphael Schuster-Woldan, oder gar Hugo Vogel, ein Magdeburger, sich hier breitmachen, bleibt die Sache hoffnungslos und hat jedenfalls für die lebendige Kunstpflege nicht die geringste Bedeutung. Wenn die Ausstellungsleitung nicht noch den glücklichen Einfall gehabt hätte, erlesene Gemälde verstorbener Meister des 19. Jahrhunderts — Werke, die sich meist im Privatbesitz befinden und deshalb schwer zugänglich sind — zur Schau zu stellen, so lohnte es sich kaum, hinzugehen. Aber was man da an Bildnissen Manets und Leibls, Trübners und Marées' sieht, dazu ein paar Stücke von Menzel und Courbet, und, alle überstrahlend, ein Frauenbildnis von dem Spanier Goya: Das tröstet für alle Enttäuschungen der vorliegenden Kabinette. Aber es zeigt zugleich, wie unsre künstlerische Kultur unaufhaltsam zurückgeht; wir haben diesen Werten, die zwischen 1820 und 1880 geschaffen wurden, nichts an die Seite zu setzen.

*

In der Tanzkunst erlebten wir Aehnliches. Was hatten wir uns nicht alles versprochen von den Reformen einer Duncan! Aber diese Hoffnungen haben sich ebensowenig verwirklicht wie die auf den Expressionismus in der Malerei und in der Literatur gesetzten. Die Städtische Oper veranstaltete einen Tanzabend, der fast ausschließlich mit dem alten Balletstil bestritten wurde. Die „Nußknackersuite" von Tschaikowsky verriet noch eine gewisse Unsicherheit, während die vielbesprochene Tanzsuite, die Richard Strauß nach einem Klavierwerk des alten Franzosen Couperin für das moderne Orchester zurechtgemacht hat, so ziemlich in jeder Beziehung versagte. Es wollte sich nichts so recht zum andern schicken: die modernen Floskeln, die mit verminderten Akkorden arbeiten, nicht zu dem alten Meister, die läppische Pantomime im Rokokostil nicht zu den gravitätischen Barocktänzen aus Ludwigs 14. Zeit, die Ausstattung mit ihren knallig bunten Vorhängen nicht zu den strengen Stilkostümen, und wiederum die Ausführung nicht recht zu der Idee des Werkes. Denn das Rokoko verlangt nun einmal strengste Bändigung der Geste und verträgt keine naturalistischen Ausbrüche. Gute Ansätze zu einer straffen Stilisierung, wie beispielsweise bei dem Tanzmeister Carlotta Thiebens sollen keineswegs geleugnet werden. Aber das schmerzlichste war wohl die Rat- und Hilflosigkeit, mit der der Kapellmeister Fritz Zweig der Partitur gegenüberstand: er vergriff sich immer wieder in den Zeitmaßen. Warum nimmt sich nicht Bruno Walter dieser doch immerhin nicht alltäglichen Aufgabe an? Offenbar lag ihm Richard Straußens Couperin-Aufarbeitung nicht.

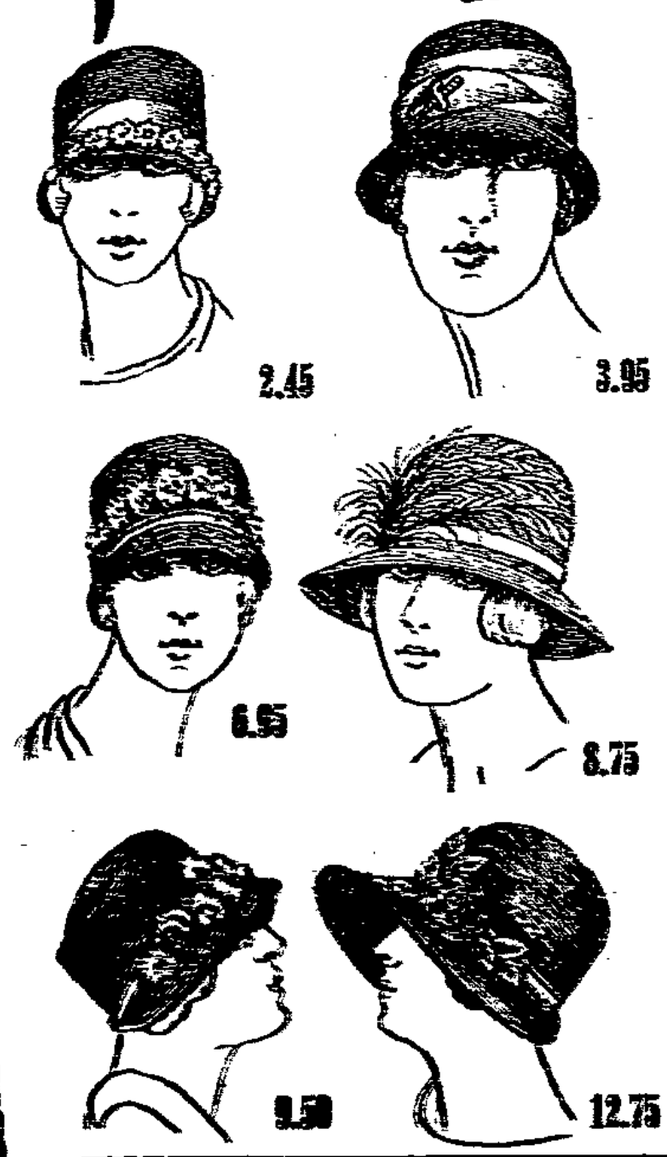
Mit einem modernen Vorwurf, dem „Großen Krug" von dem Italiener Alfredo Casella, wußte das Balletpersonal eher etwas anzufangen, aber auch der Dirigent, Wilhelm Kempf. Auch diese Pantomime ist eine Belanglosigkeit, der eine Novelle des vielgenannten Luigi Pirandello zugrunde liegt. Es handelt sich um weiter nichts als um einen großen Tonkrug, der, der Stolz des Gutsbesitzers, zerbricht, neu geflickt wird, um zum Schluß abermals zerbrochen zu werden, weil der Ausbesserer sich hineingesetzt hat und nicht mehr herauskann. Die Musik des Italieners ist sehr schmissig, dabei harmonisch durchaus originell und neuartig: ein Werk, das zwischen guter Ueberlieferung und moderner Freiheit glücklich das Gleichgewicht hält. Es kann zur Aufnahme in die Provinzspielpläne nur wärmstens empfohlen werden.

Wenn das Sprichwort wahr ist: „Ende gut, alles gut", dann war auch im Charlottenburger Opernhaus alles gut: Die „Opernprobe" von Lortzing, ein wenig bekannter Einakter, mußte, von Pauly und Reuß geleitet, einen allerliebsten und durchaus verständlichen Beschluß.

K. S.

Pfingsten

Was Sie zu benötigen, bringen wir billigst in guten Qualitäten



Unsere Hüte

interessieren alle Damen, weil diese besonders **billig** sind.

Jugendlicher Strohhut mit Band und Blumen garniert, laut Abbildung	2.45
Frauen-Hut aus echt Piqueé, mit Band, und Agraffengarnitur, laut Abbildung	3.95
Damen-Hut aus modernem Phantasiestroh, mit hübscher Blumen- und Bandgarnitur, laut Abbildung	6.95
Damen-Hut mit echtem Reiher und Band garniert, laut Abbildung	8.75
Damen-Hut aus Tagal-Picot, mit Blumen und goldgewaschenem Band garniert, laut Abbildung	9.50
Eleganter großer Damen-Hut aus modernem Phantasiestroh, mit exarter Blumen- und Bandgarnitur, laut Abbildung	12.75

Wasch-Südwester für Kinder in farbig	78 ₰
Wasch-Südwester für Kinder in weiß	95 ₰
Kinderhut mit Band	Mk. 1.95
Moderne kleine Blüte Stück	18 ₰
Moderne Blütenpiques	35 ₰
Echter Stangenreiher 22 cm, mit Stück	60 ₰
Echter Reiher kronenförmig, 15fädig	Mk. 5.95

Moderne Herren-Strohhüte 7.50 5.75 4.95 **3.95**

Seidenflor-Garantiestrumpf Mah-Jong 14 Tage Garantie, schwarz und modefarbig . . . . Paar **3.00**

Seidenbänder

Blusenbänder einfarbig und bunt . . . Meter 25 15	10 ₰
Band-Abschnitte in vielen Farben, ¼ Meter lang, 5 cm breit	20 ₰
Kunstseidenbänder ca. 7½ und 10 cm breit . . . Meter 75	45 ₰
Haarschleifen mit Futter in vielen Farben . . . Stück 75	50 ₰
Reinseiden Taffetband ca. 12 und 10 cm breit . . . Meter 95	75 ₰
Sammetband in modernen Farben, 2½ cm breit . . . Meter	85 ₰
Reinseiden Chiné-Band ca. 15 cm breit . . . . . Meter	1.10

Spitzen

Klöppel-Spitzen u. -Einsätze 2—4 cm breit . . . . Meter 35 25	10 ₰
Valenciennes-Spitzen u. -Einsätze 2—4 cm breit, weiß und ecru . Meter 35 25	12 ₰
Valenciennes-Spitzen u. -Einsätze 5—12 cm breit, weiß u. ecru . Meter 1.25 85	55 ₰
Spachtel-Spitzen u. -Einsätze ecru und weiß . . . Meter 1.75 1.35	85 ₰
Spachtelkragen rund und lang, Ausschnitt . . . 1.50 1.25	85 ₰
Tüll- und Valenciennes-Spitzen breit u. ecru, 15 bis 30 cm br. Meter 3.25 2.25	1.65
Baumwoll-Tüll weiß, 100 cm breit . . . . . Meter 1.25	85 ₰

Modewaren

Bubi-Kragen Atlas und Batist 1.45 1.10	65 ₰
Jackenkragen Reverform, Batist und Atlas, weiß und ecru 3.25 2.25	1.45
Kinder-Garnituren weiß Atlas, mit Hohl- saum und Stickerei . . . Meter 1.95 1.35	1.10
Matrosen-Kragen und Garnituren, prima dunkelblauer Stoff . . . 1.75 1.35	85 ₰
Kleiderwesten Batist, Seide oder Voile, mit Stickereien u. Spitze verziert 4.75 3.25	2.25
Valenciennespitzen-Rüsche für Kragen und Ärmel . . Meter 3.25 2.75	1.75
Kostüm-Schals bunt, bedruckt, moderne Farben 4.75 3.25	2.25

I. Stock Schuhwaren-Abteilung I. Stock

Blonder Damen-Spangenschuh 15.50

elegante Form mit Comp.-Absatz, 1 Spange seitlich durchbrochen . . . .

Nuos-Schuhpflegemittel in allen zarten Farben, sowie schwarz, braun, weiß.

Die beliebt. leicht. Hausschuhe 1.65

in Direktoirform, Filzsohl, Zehenkappe mit Stoff- oder Lederfutter 3.90 1.95

Unser Haus mit Blüchern Schuhen

Barasch

Erwerbslosenfürsorge im Reichstag

Die Reichstagssitzung vom Montag wird um 8¼ Uhr eröffnet. Zur Beratung stehen die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten zur Erwerbslosenfürsorge. Die Sozialdemokratische Fraktion stellt den Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, die Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge unverändert gemäß dem Beschlusse des 9. Ausschusses bis Ende Juni 1926 zu verlängern.

Abg. Brey (Soz.)

weist darauf hin, daß sich der Sozialpolitische Ausschuß am Dienstag mit dieser Materie beschäftigen wird. Deshalb sei es heute nicht möglich, auf alle Einzelheiten einzugehen. Die Sozialdemokratie wolle durch ihren Antrag verhindern, daß die Erwerbslosen und Kurzarbeiter jetzt vor dem Nichts stehen. Gleichzeitig bringt sie aber zum Ausdruck, daß die Frage der Erwerbslosenunterstützung nicht länger durch Verordnungen geregelt werden darf. Wir werden bei den Beratungen im Ausschuß

zunächst für eine Zwischenlösung

eintreten, dort aber auch die Forderungen zur Geltung bringen, die in unsrer Interpellation über die Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zum Ausdruck gebracht worden sind. Unser Antrag beruht auf den eingehenden Beratungen und Beschlüssen des Ausschusses, wir erwarten daher, daß Sie unserm Antrage Ihre Zustimmung geben.

Die Arbeitslosigkeit ist ein Teilproblem unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Es zeugt nicht von Verständnis für die soziale, politische und wirtschaftliche Tragweite dieses Problems, wenn man eine Lösung versucht, indem man die Unterstützungen einschränkt. Mit den jetzigen Unterstützungen kann kein Erwerbsloser seinen Lebensunterhalt bestreiten, und wenn die Arbeiter zu wählen hätten zwischen Arbeitslohn und Erwerbslosenunterstützung, so würden sie in keinem Falle der Unterstützung den Vorzug geben. Das

Gerede von der übertriebenen Höhe

der Erwerbslosenunterstützungen ist also hinfällig. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Nun behaupten manche sogenannte Wirtschaftskenner, daß ein neuer Aufschwung bevorstehe, die Zahl der Erwerbslosen also bald abnehmen werde. Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Noch nie war in der gleichen Jahreszeit die Beschäftigung der Baustoffindustrien so unzureichend wie gegenwärtig. In wichtigen Zweigen der Schlüssel- und Erzeugungsindustrien vermehrt sich die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter noch immer. Von einem Abbau der Arbeitslosigkeit kann auch nach den zuletzt veröffentlichten Zahlen keine Rede sein. Mehr als 3 Millionen Menschen sind auf Unterstützungen angewiesen. Ein großer Teil der Erwerbslosen erhält allerdings nicht mehr Unterstützungen, aber nicht, weil sie Arbeit gefunden haben, sondern

weil sie ausgesteuert

und hilflos der Verelendung überantwortet sind. Im Gegensatz zu jenen, die einen baldigen Aufschwung der Wirtschaft voraussagen, stehen andre Wirtschaftskundige, die ankündigen, daß die Zahl der Erwerbslosen noch weiter zunehmen wird.

Die Kriminalstatistik zeigt uns deutlich, welche Gefahren die dauernde Erwerbslosigkeit mit sich bringt. Die Roheitsdelikte haben zwar abgenommen, dagegen steigt die Zahl der Vergehen gegen das Eigentum. Diese Tatsache muß doch jedem Sozialpolitiker zu denken geben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Zahl der Selbstmorde und Familienmorde infolge Erwerbslosigkeit ist überhaupt nicht mehr übersehbar. Wir werden bei den Beratungen dieses Problems auch dafür sorgen müssen, daß die durch die sogenannte Rationalisierung aus dem Produktionsprozeß Hinausgedrängten wieder in ihn hineingebracht werden.

Die Hilfe für die Erwerbslosen ist der beste Ausbau des inneren Marktes. Erfolgt jetzt keine Ergänzung und

Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge,

so haben die Arbeiter das Recht, zu sagen, dieser Reichstag und diese Regierung verneken nicht unsre Interessen zu wahren und zu verteidigen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Reichsarbeitsminister **Brauns** wendet sich gegen die Forderung der Kommunisten auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent. Eine solche Belastung sei weder für das Reich noch für die Länder und Gemeinden tragbar. Dem sozialdemokratischen Antrage stimme die Regierung zu.

Abg. **Rädel** (Komm.) begründet einige kommunistische Anträge.

Damit ist die Beratung geschlossen. Ein kommunistischer Antrag wird den Ausschüssen überwiesen, ein zweiter wird abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen.

Einen kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Zuschläge zum Grundgehalt der Besoldungsgruppen 1 bis 9 begründet Abg. Torgler (Komm.). Das Elend der Beamten sei seit dem Dezember des vorigen Jahres, wo man sich das letztemal mit dieser Frage beschäftigt habe, nicht geringer geworden, und eine Neuregelung der Besoldung sei deshalb dringend erforderlich.

Präsident **Löbe** macht darauf aufmerksam, daß der Abg. Torgler im Aeltestenausschuß sich ausdrücklich mit der debattelosen Ueberweisung des Antrags an den Haushaltsausschuß einverstanden erklärt habe. (Lebh. Hört, hört!) Sämtliche Parteien hätten sich also darauf eingerichtet, daß dieser Antrag jetzt nicht verhandelt werde. Es sei eine Täuschung des Reichstags, wenn der Abg. Torgler die sofortige Abstimmung über den Antrag verlange. (Sehr richtig!)

Der Antrag wird darauf dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Antrag des Rechtsausschusses auf Ablehnung des kommunistischen Antrages, wonach eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Urteile des Staatsgerichtshofes ermöglicht werden soll, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Gegen 5 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag nachmittag 2 Uhr. Tagesordnung: Handelsverträge mit Spanien, Portugal und Honduras, Zusatzantrag zum deutsch-französischen Abkommen, Abkommen mit Dänemark und Estland, Antrag auf Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik. —

Albert Thomas' Berliner Mission.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf, Albert Thomas, weilte am Montag in Berlin, um mit den zuständigen Stellen Rücksprache über die diesjährige Arbeitskonferenz zu nehmen. Insbesondere handelt es sich um Fragen der Betreuung und Beaufsichtigung auf den Auswandererschiffen, wo eine Vereinheitlichung des Aufsichtsdienstes durch Aerzte usw. erstrebt wird, und um Fragen der See-Inspektion.

Die Gewerkschaften wünschen auf Grund eines Beschlusses, daß diese Konferenz auch die Frage des Arbeitstages auf See erörtert. Statutenmäßig ist die Erörterung aus rein formalen Gründen auf der diesjährigen Konferenz leider nicht zulässig. Thomas hofft aber, daß die Arbeitskonferenz einen Beschluß fassen wird, wonach die Frage des Arbeitstages auf das Programm der Arbeitskonferenz 1927 zu setzen ist.

Ein Redaktionsmitglied des „Soz. Pressedienst" nahm Gelegenheit, Thomas über seine Meinung bezüglich des englischen Streiks und seines Ausgangs zu befragen. Thomas betonte, daß die Forderung der englischen Unternehmer nach einer Lohnherabsetzung mit einer Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiterschaft gleichbedeutend ist. Im übrigen ist nach Thomas' Auffassung der Streik der Ausdruck einer Reihe von ökonomischen Fragen, die in das Arbeitsgebiet der vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz fallen.

Von der Tagung selbst ist Thomas durchaus befriedigt. Gern hätte er gesehen, daß die Entschließung der vorbereitenden Konferenz gewisse Richtlinien enthalten hätte, die die Natur der zu leistenden Untersuchungsarbeit bestimmten. Jedoch betonte er, daß die vorgenommene Abgrenzung der Arbeitsgebiete die Untersuchungsarbeit nach einer bestimmten Richtung im Sinne der Gewerkschaften beeinflußt hat. Insbesondere wies Thomas darauf hin, daß der Gedanke der planmäßigen Gestaltung der Weltwirtschaft sozialistischen Ursprungs sei. Vielen Unternehmern der großen Industrieländer sei dieser Gedanke lange fremd geblieben, auch sei er ihnen heute noch neu. Deshalb wäre es ein großer Fortschritt, wenn sie ihm jetzt positiv und bejahend gegenüberstehen.

In welchem Maße der Gedanke einer planmäßigen Gestaltung der internationalen Wirtschaft sich durchgesetzt hat, legt Thomas durch folgende charakteristische Erzählung dar: Im Anschluß an die internationale Bergarbeiterkonferenz in Gent 1920, die den Hueschen Plan einer Abstellung des Leerlaufs im internationalen Kohlenhandel befürwortete, wandte sich Thomas um entsprechende Maßnahmen an das Völkerbundssekretariat. Er fand kein Verständnis, besonders nicht bei einem bekannten und hervorragenden englischen Wirtschaftler, der aber heute eine Rationalisierung im internationalen Kohlenhandel lebhaft befürwortet.

Bezüglich der Stellung der internationalen Arbeiterschaft zu der kommenden Weltwirtschaftskonferenz bemerkte Thomas, daß die geplante internationale Aktion in der Wirtschaft von den Sympathien der breiten Masse getragen werden muß, und nur die Befürwortung der internationalen Arbeiterschaft den Erfolg der Konferenz sicherstellen kann. Gefreut habe ihn bei seinem jetzigen Besuch in Deutschland, so schloß Thomas die Unterredung, feststellen zu können, daß die Idee des Internationalen Arbeitsamtes in Deutschland marschiert! —

Das Blatt des Volkes
ist die
Volksstimme!
Für
Demokratie, Republik, Sozialismus, Freiheit und Frieden.
Wer dazu steht, lese die
Volksstimme!

Reichsverbandstag der Baugenossenschaften.

Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend voriger Woche fand in Meiningen der 30. Verbandstag des Reichsverbandes deutscher Baugenossenschaften statt. Ueber 200 Vertreter waren von den 410 angeschlossenen Genossenschaften entsandt worden.

Am Vorabend des Verbandstags sprach nach einer Begrüßung durch den Oberbürgermeister Keßler Herr Justizrat Klinke über die Lage der gemeinnützigen Bautätigkeit und ihre Finanzierungsmöglichkeit. Es handele sich um Leben oder Sterben der Baugenossenschaften. Anschließend schilderte Professor Keßler (Jena) das Wohnungselend Thüringens. Als letzter Redner band sich der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rennert den Meininger Oberbürgermeister vor, der in seiner Begrüßungsrede dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft das Wort geredet hatte.

Die Hauptversammlung

wurde am Donnerstag vom Vorsitzenden, Professor Albrecht, eröffnet. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß eine so große Zahl Vertreter nach Meiningen gekommen ist. Vertreten sind ferner das Reich, die Reichsbahndirektion Berlin, das Ministerium für Volkswohlfahrt in Preußen, die Reichsbahndirektion Erfurt, die Thüringer Behörden, die Thüringer Landespfandbriefanstalt, die Stadtbehörden u. a. m. Alle seien sie auf das herzlichste gegrüßt im Kreise der Genossenschafter.

Der Vertreter der Reichsbahngesellschaft bringt die besten Wünsche dar und hofft, daß das gute vertrauensvolle Verhältnis zwischen Baugenossenschaft und Reichsbahngesellschaft weiterhin bestehen möge. Auch für dieses Jahr werden ganz erhebliche Mittel zum Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt.

Der Vertreter des preußischen Wohlfahrtsministeriums überbrachte ebenfalls die besten Wünsche und gab zum Ausdruck, daß er seine ganze Kraft dafür einsetzen wolle, nach dem bekannten Ausspruch: „Politik ist die Kunst des Möglichen", die baugenossenschaftlichen Bestrebungen zu unterstützen, da sie die berufensten Vertreter für den Wohnungsbau sind. Mit dem ganzen Herzen bin ich dabei. Ich wünsche dem Verbandstag einen glücklichen und erfolgreichen Verlauf.

Oberbürgermeister Keßler überbrachte, wie am Vorabend, die Grüße der Stadtverwaltung, doch die Aeußerung über die Wohnungszwangswirtschaft ließ er diesmal weg. Er kenne das Wohnungselend und die Wohnungsnot. Die Stadtverwaltung sowie auch die Meininger Hypothekenbank haben zur Behebung dieser Mißstände ihr möglichstes getan.

Kreisdirektor Groß entbot im Namen der Kreisverwaltung und der Thüringer Staatsregierung die besten Grüße und Wünsche; letztere habe ihn telephonisch beauftragt. Allen denen sind wir zu Dank verpflichtet, die mithelfen, die große Wohnungsnot zu beseitigen. Wir im Kreise haben das gesamte Aufkommen der Mietaufwertungssteuer dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt.

Landtagsabgeordneter Rennert gab seiner Freude Ausdruck, daß sich die Regierung nunmehr hat vertreten lassen. Wir wollen weiter nichts, als daß man uns anerkennt, trotz allem.

Nunmehr erstattete der Vorsitzende, Professor Dr. Albrecht, seinen Bericht, aus dem zu entnehmen war, daß eine Reihe Persönlichkeiten, die Großes für die Baugenossenschaftsbewegung geleistet haben, durch den Allbezwinger Tod abberufen wurden. Die Anwesenden erhoben sich zum Gedenken der Verstorbenen von den Plätzen. An Mitgliedern hat der Reichsverband 33 verloren, dagegen 57 Zugänge zu verzeichnen, so daß am Schlusse des Jahres 1925 der Reichsverband 420 Mitglieder zählt. Einzelne Mitgliedschaften mußten aus dem Reichsverband austreten, weil ihnen die Bereitstellung von Mitteln für den Wohnungsbau davon abhängig gemacht wurde. In der letzten Zeit konnte eine ganze Reihe von Neugründungen von Baugenossenschaften beobachtet werden, die nur den Fang der kleinen Sparer im Auge haben und ein Geschäft für sich machen wollen. Es sind meistens

Unternehmungen betrügerischer Art.

Daß sich noch solche Leute finden, die diesen sogenannten Genossenschaften nachlaufen, ist tief bedauerlich. Bei der Anerkennung der Gemeinnützigkeit selbst muß äußerste Vorsicht walten. Auch der Zustand, daß sich die Gemeinden der Bautätigkeit ganz annehmen, muß nach und nach verschwinden.

Als absolute Notwendigkeit muß es gelten, daß wir bei Staat und Regierung als beachtenswerter Faktor anerkannt und bei wichtigen Entschlüssen und Entscheidungen mit gehört werden. Die bisherige kalte Behandlung muß aufhören. Jeder Eigennutz muß ausgeschaltet werden. Die Ausgaben des Verbandsvorstandes nebst Bureauunkosten und einer Hilfskraft beliefen sich auf 7500 Mark. Mit dieser geringen Summe ist der ganze Verband aufrechterhalten worden. 726 Eingänge waren im Laufe des letzten Jahres zu verzeichnen.

Die anschließende Debatte war eine rege, die den Bureaukratismus des Staatsapparats ins rechte Licht rückte und weitestgehende Unterstützung der Behörden den Baugenossenschaften gegenüber forderte. Die Genossenschaft dient dem Vaterlande, weil sie gute Staatsbürger erzieht.

Den Bericht über die 1925 ausgeführten

Verbandsrevisionen

erstattete Verbandsrevisor Neumann. Dieser Bericht wird wohl der bedeutendste und wichtigste gewesen sein. In ihm wurde eine reichsgesetzliche Reglung der Frage der Gemeinnützigkeit verlangt und empfohlen, die Anteile der Genossenschafter auf mindestens 250 Mark festzusetzen. Mit geringeren Beiträgen sei nicht viel anzufangen. Die Haftsumme soll mindestens ebenso hoch sein wie der Geschäftsanteil. Auch soll die Zahl der Vorstandsmitglieder in den einzelnen Baugenossenschaften nicht zu groß sein. Drei Vorstandsmitglieder genügen. Die Kassen- und Buchführung ist im allgemeinen einwandfrei gewesen. Es bewahrheitet sich immer wieder, daß ohne Eigenkapital kein Bauen möglich ist.

Eine Aussprache fand nicht statt. Im Anschluß daran wurden die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt.

Es folgte die

Rechnungslegung für 1925

und der Bericht der Rechnungsprüfer. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Der Voranschlag für das laufende Geschäftsjahr, der ein Mehr von 11 000 Mark erfordert (von 27 000 auf 38 000 Mark) wurde angenommen und dem Vorstand die Umlage des Mitgliederbeitrags auf die einzelnen Genossenschaften je nach Größe überlassen. Von der Versammlung wurde gewünscht, daß in Zukunft der Reichsverband einen gedruckten Bericht vorlegen soll.

Als nächster Ort des Verbandstags wurde einstimmig Breslau bestimmt. Die Anerkennung des neuerrichteten Bezirksverbandes Pommern wurde beschlossen. Unter Punkt Verschiedenes kam die neueste Novelle zum Genossenschaftsgesetz (Vertreterversammlung) zur Sprache, die eine rege Aussprache hervorrief, jedoch dann abgebrochen wurde, um im engern Kreise noch einmal hierzu Stellung zu nehmen.

Eine Entschließung, von der Baugenossenschaft Breslau nach guter Begründung vorgelegt, wurde abgelehnt, jedoch dann auf Antrag eines Delegierten der erste Absatz angenommen, der folgendes besagt:

Der 30. Verbandstag des Reichsverbandes deutscher Baugenossenschaften begrüßt den am 6. Mai d. J. vom Preußischen Landtag gefaßten Beschluß, der die Reichsregierung ersucht, das Bodenreformgesetz dem Reichstag zur Verabschiedung vorzulegen.

Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht. Nach einem kurzen Schlußwort schloß der Vorsitzende den 30. Verbandstag. Am Sonnabend wurden Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung unternommen. —

TRAGT FARBIGE SALAMANDER
SALAMANDER-SCHUHE
SIND SCHÖN, GUT UND PREISWERT
SALAMANDER
MARKE SALAMANDER
Breiter Weg 48 Magdeburg Breiter Weg 48

Nachrichten aus der Provinz.

Schütze dein Kind!

Die Elternbeiratswahlen stehen vor der Tür. Durch den Flaggenstreit und den bevorstehenden Volksentscheid sind wir in eine Zeit der politischen Hochspannung gekommen, in der man Schulfragen leicht übersieht. Aber die diesjährigen Elternbeiratswahlen haben eine ungeheure Bedeutung, da sie mit den Ausschlag geben werden für die Gestaltung des kommenden Reichsschulgesetzes.

Wir wissen, welche starken Kräfte am Werke sind, die die Schulentwicklung wieder auf den Stand des Mittelalters zurückwerfen und unsre Schulen der Kirche ausliefern wollen. Das Bayrische Konkordat, der Marquardtsche Erlaß für Braunschweig zeigen uns, welch finsterer Geist der Reaktion künftig in unsre Kinder hineingetragen werden soll. Wir bekämpfen nicht den Gottesdienst, wir bekämpfen nicht das Recht des Einzelnen, sich im Glauben Befriedigung zu verschaffen; aber wir wehren uns gegen den geistlosen Drill unsrer Kinder mit kirchlichem Formelkram, weil unser öffentliches Leben zeigt, daß dieser mittelalterliche Geist in unsrer Zeit nicht mehr lebendig ist.

Wir sind ein freies Volk und verlangen deshalb

für unsre Kinder die freie Schule.

Freiheit heißt nicht Zügellosigkeit, Freiheit heißt aber auch nicht Unterdrückung des Geistes. Eine solche Unterdrückung aber findet statt durch Einführung der konfessionellen Schule. Mit erziehlich manchmal verwerflichen Mitteln unterjocht sie den gesunden Menschenverstand unsrer Kinder, vertreibt sie die für das Proletarierkind so notwendige Lebenskritik, die es sich durch naturwissenschaftliches Denken und eigne Beobachtung und Erfahrung aneignen kann.

Wir leben in einem weltlichen Staat, also

fordern wir ein verweltlichtes Schulwesen,

denn nur ein solches kann die Kinder für den Lebenskampf tüchtig machen. Es genügt uns nicht, wenn man nur den Religionsunterricht durch Lebenskunde ersetzt. Der gesamte Unterricht muß im Sinne der Lebenskunde erteilt werden. Was würden unsre verstorbenen großen Führer sagen, wenn sie den Geschichtsunterricht der konfessionellen Schulen in unsrer Republik sehen würden! Auch nicht einen Hauch des Marxismus zeigt dieser Unterricht der Hausgeschichte der Fürstenhäuser. Wir verlangen einen Geschichtsunterricht, der auch die Erkenntnisse des Marxismus berücksichtigt.

Geistige und politische Reaktion gehen im Kampfe gegen unsre freie Schule Hand in Hand. Das wird auch wieder bei den Elternbeiratswahlen in die Erscheinung treten. Deshalb haben wir alles zu tun, um auch in unserem Lager

eine Einheitsfront

herzustellen. Bei den letzten Wahlen vor 2 Jahren standen wir vor einer ganz anderen Lage. Da dachte noch jeder, wir würden eine Gemeinschaftsschule im Sinne der Einheitsschule bekommen. Der [illegible] Reichsschulgesetzentwurf, der aber heute noch lange nicht erledigt ist, hat uns gezeigt, daß der Gesetzgeber die Gemeinschaftsschule zurückdrängt, die konfessionelle Schule stark bevorzugt und die weltliche Schule [illegible]. Es soll danach in Zukunft nur weltliche, evangelische und katholische Schulen geben.

Demgemäß müssen sich auch die kommenden Elternbeiratswahlen richten. Wir haben zwischen den drei Arten zu wählen. Da kommt nur die weltliche in Betracht, da nur sie die Schule der Republik und der Gemeinschaft ist, die wahre Einheitsschule. Unsre Pflicht ist es also, wo nicht bereits etwas anderes bestimmt ist, gemeinsame Listen aufzustellen, die von allen, die die Kirchenschule ablehnen, gewählt werden können.

Für unsern Bezirk hat die Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände mit den freien Schulgesellschaften übereingekommen, eine gemeinsame Liste unter dem Kennwort „Schütze dein Kind!" aufzustellen. Alle Parteigenossen und Gewerkschaftsfreunde werden gebeten, dort, wo eine gemeinsame Liste aufgestellt wird, für diese einzutreten und [illegible] Interessen [illegible]. Der gemeinsame proletarische Kulturwille muß sich durchsetzen. Die Liste bedeutet keinen [illegible] Zwang, sie läßt jedem Orte völlige Freiheit in bezug auf die Zusammensetzung des Elternbeirats über den Aufbau seiner Schule. Die gemeinsame Liste soll nur unser Kennwort in Schulfragen erhalten.

„Schütze dein Kind!", sei ein eindringlicher Weckruf für alle Mütter, für jeden Vater, bei den Elternbeiratswahlen unsre Liste zu unterstützen. —

Schädigungen der Feldfrüchte.

Unsre wirtschaftliche Lage zwingt uns, darauf bedacht zu sein, der durch Schädigungen hervorgerufenen Ernteausfall zu [illegible]. Deswegen ist es erforderlich, sich über Umfang und Art der Schädigungen ein genaues Bild zu machen. Aus diesem Grunde veröffentlicht der [illegible] im Jahre 1925.

Die Schädigungen der Pflanzen zu Anfang des Sommers [illegible]. Weizen, Roggen und Hafer wurde [illegible] als 1924. [illegible]

Die Meldungen über tierische Schädlinge sind vom [illegible] 1924 bis [illegible] 1925 gestiegen. [illegible]

[illegible] Bekämpfung [illegible] ist [illegible] Entwicklung [illegible] Der Kampf gegen Schäd-linge und Unkräuter ist eine Pflicht, die leider oft genug nicht als solche erkannt ist und darum vernachlässigt wird. Unsrer Land- und Volkswirtschaft gehen so ganz erhebliche Werte verloren. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Barleben. Frauenabend Mittwoch abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Auch alle Genossen, vor allem sämtliche Funktionäre, müssen kommen. Die Elternbeiratswahl muß besprochen werden. — Elternversammlung am Donnerstag in der Schule um 8 Uhr. Keiner darf fehlen. —

Olvenstedt. Die Arbeiterwohlfahrt hält jeden Montag nach dem Ersten ihren Frauenabend ab. — Die Parteiversammlung hätte besser besucht sein können. Die Wahlvorschläge zur Elternbeiratswahl wurden beraten. Es scheiden aus die Genossen Alb. Eisenhut, Gustav Lübke und Hermann Höding; vorgeschlagen wurden Ad. Butz, Reinh. Kupey, Heinrich Krause, Otto Ebeling, Hermann Schellhase, Herm. Hartmann, Leo Krotki, Bertold Franke, Karl Ost; Wilhelm Meier und Frau Friese als Ersatzleute. Genosse Ad. Butz sprach über das Schulwesen und die Lauheit der Eltern. Bedauerlich ist es, daß nicht einmal die weltliche Schule bisher eingerichtet werden konnte. Das muß nachgeholt werden. Die zweite Elternversammlung findet am 6. Juni statt. Zur Unterkonferenz am 6. Juni wurden als Delegierte Wilhelm Busse und Frau Schellhase gewählt. Den Bericht von der Gemeindevertreter-Sitzung gab Genosse Körnig; er berichtete über Steuerfragen und kritisierte, daß steuerlich der unbebaute Grund und Boden gegenüber dem bebauten im Vorteil ist. Die Poststraße soll neu gepflastert werden, aber aus finanziellen Gründen vorläufig erst 60 bis 80 Meter weit. Die beiden Schulgebäude und das Spritzenhaus werden einer Reparatur unterzogen. Ueber die Kanalisierung der Post- und Ebendorfer Straße und über die mangelnde Beleuchtung wurde gesprochen. Genosse Ludwig forderte auf, sich mehr dem Reichsbanner anzuschließen. —

Neu- und Althaldensleben. Aus dem örtlichen Gewerkschaftsleben. Die am letzten Sonnabend bei Herzog tagende Sitzung des Ortsausschusses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes war von 31 Vertretern besucht. Entschuldigt fehlten 3, unentschuldigt 8 Vertreter. Die Versammlung beschloß die Sammellisten für die englischen Bergarbeiter in Umlauf zu setzen. Dann erläuterte Feldmann die jetzt geltenden Bestimmungen über die Stundung bzw. Niederschlagung der Hauszinssteuer. Eine Eingabe an die Handelskammer in Halberstadt wegen Ausbildung der Lehrlinge in der Albrechtschen Handschuhfabrik wird zur Kenntnis gegeben. Die Maifeier hat einen Ueberschuß von 122,40 Mark ergeben. Am 30. Mai findet in Neuhaldensleben eine Kundgebung des Deutschen Landarbeiterverbandes statt. Es wird einstimmig beschlossen, sämtliche Gewerkschaftskollegen aufzurufen, damit sie an dieser Demonstration teilnehmen. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des 1. Quartal 2573 gegenüber 2636 zu Anfang des Jahres. Vom Arbeitersekretariat sind 220 Anträge auf Erstattung von Lohnsteuern angefertigt worden, worauf die Antragsteller zusammen den Betrag von rund 4500 Mark zurückgezahlt erhalten haben. Der niedrigste Betrag im Einzelfall war 4 Mark, der Höchstbetrag 50 Mark. Anschließend hielt Feldmann einen Vortrag über das Thema „Wie wahre ich meine Rechte aus der Invalidenversicherung?". Das Gewerkschaftsfest findet am 27. Juni in Althaldensleben statt. Mit den vorbereitenden Arbeiten wurde der Vorstand zusammen mit den Vertretern aus Althaldensleben beauftragt. Gewünscht wurde vom Genossen Lindemann, daß den Erwerbslosen zum Gewerkschaftsfest durch ihre Gewerkschaft Festabzeichen kostenlos auszuhändigen sind. Eine lebhafte Aussprache entstand noch über die Teilnahme des Reichsbanners an der Landarbeiterkundgebung. Die Kommunisten lehnten es ab, hinter der schwarzrotgoldenen Fahne zu demonstrieren. Es wurde ihnen aber von einer Anzahl Vertreter auseinandergesetzt, daß die Fahnenfrage bei der Demonstration keine Rolle spiele, es käme darauf an, in großen Massen zusammen mit dem Landproletariat für die Besserstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Klassengenossen zu demonstrieren. Die schwarzrotgoldene Fahne sei unsre Nationalfahne, mit der wir uns abgefunden haben und die immerhin bedeutend besser ist als die schwarzweißrote Fahne des alten Obrigkeitsstaates. Der Genosse Falke wies bei dieser Gelegenheit noch darauf hin, daß die Kommunisten doch auch für das Mißtrauensvotum gegen Luther gestimmt haben, wodurch sie sich für die schwarzrotgoldenen Reichsfarben eingesetzt haben. Es wurde dann trotzdem einstimmig beschlossen, sich an der Demonstration zu beteiligen. Beschwerde geführt wurde noch über die lange Arbeitszeit in dem Malergewerbe, wo die Lehrlinge teilweise 11 bis 12 Stunden arbeiten müssen. —

Kreis Jerichow 1.

Gommern. Vom Ertrinken gerettet wurde der [illegible] Sohn der Kriegerhinterbliebenen Koppin auf [illegible] der Gemeinde. Der Kleine war in einem Kahn im Rohr [illegible] und hatte es sich recht gemütlich gemacht. Beim Verlassen des Kahnes verlor der Kleine das Gleichgewicht und fiel kopfüber in den Teich. Der Kleine wäre unbedingt ertrunken, wenn nicht eine zufällig des Weges kommende beherzte Frau das Kind mit vieler Mühe dem nassen Element entrissen hätte. — Tätlich angegriffen wurde auf öffentlicher Straße der Maurermeister Otto Hahn bei der Firma J. G. [illegible] von dem Arbeiter [illegible]. Strafantrag wurde gestellt.

Pretzien. Der Zentralverband der Invaliden versuchte am Sonntag in unserem Orte ebenfalls eine Ortsgruppe zu gründen. Leider war durch ungenügende Bekanntmachung der Besuch nicht stark genug, so daß vorläufig eine provisorische Leitung bestimmt wurde, welche aus einem Unfallbeschädigten und zwei Witwenrentenempfängern besteht. Die nächste Versammlung findet am Sonntag dem 30. Mai, nachmittags 3 Uhr, bei Kahle statt. —

Stadtkreis Burg.

Aus dem Stadtparlament.

Vom Zentralverband der Schuhmacher wird ein Schreiben verlesen, in dem angeregt wird, die Firma [illegible] u. Co. in eine G. m. b. H. unter Beteiligung der Stadt umzuwandeln. Der Magistrat hat bereits diese Gründung abgelehnt, es wird deshalb zur Tagesordnung übergegangen. Vom [illegible] ist ein Schreiben eingegangen, in welchem ein großzügiges Bauprogramm entwickelt wird. Alle aus der Hauszinssteuer einkommenden Gelder sollen zu Bauzwecken benutzt werden. Es wird vom Genossen Stollberg darauf verwiesen, daß das Reich den größten Teil der Hauszinssteuer in Anspruch nimmt. Der Magistrat hat auch die Mittel der Stadt bereits im Etat [illegible] vorgesehen, weitere sind nicht möglich. Der Kommunist Seifinger macht es sich wie immer aber leicht und verlangt, daß unter allen Umständen mehr gebaut wird. Wo das Geld herkommt, ist ihm gleichgültig. Genosse Stollberg verlangt, daß die K.P.D.-Fraktion auch Mittel zu diesem Zwecke bewilligen müsse, nicht aber die Steuern ablehnen. Wenn die Möglichkeit vorhanden ist, eine Anleihe aufzunehmen, so werden auch wir dafür zu haben sein. Die Ausführungen Seifingers werden vom Stadtrat Schöneberg in steuerrechtlicher Beziehung glatt widerlegt. Genosse Härlein tritt dafür ein, daß die Hauszinssteuer-Darlehen gerechter verteilt werden, was ebenfalls dazu beitragen würde, den Baumarkt zu beleben. Stadtbaurat Böhe betont, daß diese Darlehen gerecht verteilt würden, und das möglichst genau auch, um das Bauwesen der Genossenschaften und anderer zu fördern. Von Seifinger wird ein Antrag eingebracht, eine Anleihe von 300000 Mark aufzunehmen, um einen größeren Häuserbau vorzunehmen.

Genosse Stollberg betont, daß, wenn eine Möglichkeit vorhanden ist, eine Anleihe zu annehmbarer Verzinsung zu erhalten, auch die S.P.D. für diesen Antrag stimmen wird. Herr Schade meint, daß die Versammlung bereits einen Antrag beschlossen hat zur Aufnahme von 1 Million Mark; die Gelder waren nicht zu haben. Genosse Böhning tritt ebenfalls für die Aufnahme einer Anleihe ein, wenn sie zu erhalten ist. Herr Dr. Schöneberg gibt für den Magistrat die Erklärung ab, daß dieser im Prinzip die Aufnahme der Anleihe begrüßt, stellt aber fest, daß die Verzinsung und Amortisation nicht möglich sein wird infolge der finanziellen Notlage der Stadt. Der Antrag wird gegen 8 Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Ein Gesuch der uniformierten Polizei um Erhöhung des Kleidergeldes wird dem Magistrat überwiesen, ein Gesuch des Fräulein Mohrenweiser wegen Pension ebenfalls.

Es wird nun in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Genosse Sowack befürwortet einen Antrag des Magistrats, zur Reichsgesundheitswoche einen Zuschuß von 500 Mark zu bewilligen. Er wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Genosse Ebeling ist Berichterstatter über einen Antrag auf Unterstützung der ausgesteuerten Erwerbslosen. Vom Magistrat wird vorgeschlagen, den Ausgesteuerten 90 Prozent der Erwerbslosenunterstützung zu gewähren. Die sozialdemokratische Fraktion stelle den Antrag auf 100 Prozent. Herr v. Auw vertritt den Antrag des Magistrats. Genosse Stollberg verkennt nicht die Tatsache, daß durch die Bewilligung von 100 Prozent wohl die Finanzen der Stadt schwer erschüttert werden, aber es muß unter allen Umständen für die Ausgesteuerten gesorgt werden, und die Lasten müssen getragen werden. Ein Antrag der Kommunisten, zu Pfingsten allen Erwerbslosen 10 Mark zu bewilligen, kann von der Versammlung nicht gebilligt werden, da in dieser Beziehung gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen und den Erwerbslosen von Regierungsseite aus diese Summe wieder abgezogen würde. Schüßler (K.P.D.) will gegen die gesetzlichen Bestimmungen gehandelt wissen. Stadtrat Genosse Reimelt weist darauf hin, daß, wenn beschlossen werde, den Erwerbslosen eine Extravergütung zu geben, von der Regierung sofort die Gelder für die Erwerbslosen gesperrt würden. Er bittet im Interesse der Erwerbslosen, den Antrag zurückzunehmen.

Gegen die Stimmen der Bürgerlichen werden 100 Prozent beschlossen. Der Antrag zur Genehmigung einer Pfingstbeihilfe wird abgelehnt. Genosse Böhning als Berichterstatter befürwortet einen Antrag des Magistrats auf Erwerb von drei Baracken des Preußischen Neubauamtes an der Niegripper Chaussee zum Preise von 1400 Mark. Dem Antrag wird zugestimmt; ebenso der Verlängerung des Pachtvertrags mit dem Neubauamt. Der Abtretung von Straßengelände an den Maurer Otto Meyer, Ihlestraße 26, wird zugestimmt. Die Genehmigung zur Ausführung eines Anbaues an das Siedlungsdoppelhaus Niegripper Chaussee 28, wird erteilt. Der Abstandnahme von Bauverboten wird zugestimmt. Es wird angeregt, daß die Abstandnahme von Bauverbot zur rechten Zeit eingereicht wird, und nicht, wenn der Bau bereits fertiggestellt ist.

Dem Antrag auf Ueberlassung des Sportplatzes in der Koloniestraße auf 15 Jahre an den Burger Sportklub v. J. 1911 und pachtweise Ueberlassung von Gelände am Ihlekanal auf 15 Jahre an den Verein für freien Ruder- und Kanusport E. V. wird zugestimmt. Bürgermeister Genosse Wiegand und Stadtv. Ebeling regen an, einen Beschluß zu fassen, um die Sportverbände durch eine längere Pachtzeit in den Genuß der Reichsmittel zu setzen. Es wird den betreffenden Vereinen anheimgegeben, solche Anträge zu stellen, die die Genehmigung der Versammlung finden werden. In den Grundwertausschuß werden gewählt als Mitglieder Genosse Stollberg und Herr Schade, als Stellvertreter Genosse Paproth und Herr Delorme. In den Geausschuß als Mitglieder Genosse Schilling und Herr Duchow, als Stellvertreter Genosse Härlein und Herr Friedrich Kirchhoff. Der Reichsstädtetag soll beschickt werden. Dann geheime Sitzung. —

*

Weltliche Schule. Die Elternversammlung mußte wegen der Veranstaltung des Sportkartells ausfallen. Die Versammlung findet nun am Mittwoch den 19. Mai, abends 8 Uhr, in der Turnhalle der Mittelschule, statt. Das Erscheinen aller Eltern ist notwendig, da über die Wahlen zu den Elternbeiräten beraten werden soll. —

Kreis Calbe.

Opfer der Streikbrecher.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Magdeburg hatten sich sieben Salinenarbeiter aus Schönebeck wegen schweren und einfachen Landfriedensbruches, Körperverletzung und Nötigung zu verantworten. Die Verhandlung, die bis in die späten Nachtstunden dauerte, beschäftigte sich mit folgendem Anklagematerial:

Im letzten Halbjahr 1925 standen die im Fabrikarbeiterverband organisierten Schönebecker Arbeiter im Streike gegen das Salinenamt um ein paar Pfennige Lohnerhöhung. Der Streik verlief monatelang sehr ruhig, bis das Salinenamt sogenannte „Arbeitswillige" einstellte, die täglich in einem großen Zuge — der von der Polizei begleitet wurde — zur Saline geführt wurden. Dieser Aufzug der Streikbrecher wirkte auf die um bessere Lebensbedingungen ehrlich kämpfenden Arbeiter wie Hohn. Aus gegenseitigen Anrempelungen entwickelte sich schließlich eine starke, durchaus verständliche Verbitterung der Streikenden gegen die Streikbrecher, die schließlich am Abend des 2. Dezember zum Ausbruch kam. An diesem Abend wurden zwei Streikbrecher angegriffen und verprügelt. Obwohl an dem Abend starke Dunkelheit und dichtes Schneegestöber herrschte, wollen die Streikbrecher vier Streikende erkannt haben, die sie verprügelt haben sollen.

Zwei Tage später wurde vor Arbeitsbeginn ein Streikbrecher von unbekannten Leuten geschlagen und seine „ihn zum Schutz begleitende Ehefrau" angeblich zu Boden gestoßen. Der flüchtende Streikbrecher will dann auf seiner Flucht zwei weiteren Arbeitern begegnet sein, die ihn mit einem Gummiknüppel bedroht haben sollen. Auf Grund der Angaben der Streikbrecher wurden sieben Arbeiter auf die Anklagebank gebracht. Der eine Hauptbelastungszeuge, der als Streikbrecher tätig gewesene Spandau, behauptet, aus der Schlägerei schwere Gesundheitsschädigungen davongetragen zu haben.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Braun, trat Beweis an, daß dieser Mann, den seine Kollegen seit Jahren als den „Mann der 32 Krankheiten" bezeichnen, bei der Krankenkasse als Schwindler und Simulant bekannt ist, und der jetzt aus diesen Vorgängen Kapital zu schlagen versucht. Dieser Mann hat dabei, wie in der Verhandlung nachgewiesen wurde, am Tage nach den angeblich schweren Mißhandlungen ein hübsches Zechgelage veranstaltet und sich wenige Tage später zur doppelten Arbeitsleistung bereiterklärt. Im Verlauf dieser Verhandlung mußte er auch zugeben, dem ihn aus dem Getümmel tragenden Sanitäter gesagt zu haben, daß er gar keine Verletzungen davongetragen habe.

Rechtsanwalt Dr. Braun legte dem Gericht die Gründe dar, aus denen es zu solchen Zusammenstößen kommt. Er charakterisierte die Streikbrecher als Schmarotzer und Verräter der Arbeiterbewegung, die während eines Lohnkampfes den Arbeitern in den Rücken fallen und nach erfolgreichem [illegible] die Früchte des für die übrigen entbehrungsreichen Kampfes [illegible] nießen. Das Gericht, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Tiede, erkannte die anständige Gesinnung der Angeklagten, die sämtlich unbestraft waren, an und sprach drei Angeklagte von der Anklage des Landfriedensbruchs frei. Es verurteilte den [illegible] Hauptbeschuldigten wegen schweren Landfriedensbruches zu der Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis und die drei übrigen Angeklagten wegen einfachen Landfriedensbruches zu der Mindeststrafe von je drei Monaten Gefängnis unter gleichzeitiger Strafaussetzung mit Bewährungsfrist. Das Verfahren des Betriebsratsvorsitzenden soll darin bestehen, daß er — nach Angabe der Streikbrecher — zu Beginn der Schlägerei gepfiffen haben soll. Bereits in der Hauptverhandlung haben

unverdächtige Zeugen unter ihrem Eide gesagt, daß der Vorsitzende, der in ihrer unmittelbaren Nähe war, nicht gepfiffen haben könne.

Es wird Aufgabe der Berufungsinstanz sein, diesen Widerspruch durch neues Zeugenaufgebot zugunsten des Angeklagten zu klären.

Zum Schlusse soll ein Wort des verständigen und objektiven Vorsitzenden nicht unbeantwortet bleiben. Er betonte, daß gerade die in letzter Zeit erworbene Freiheit es als verwerflich erscheinen lassen müsse, wenn man Arbeitswillige zu zwingen versuche, die Arbeit niederzulegen. Die moderne Freiheit verlange, daß jeder sich im Arbeitsprozeß frei entscheide. Dieser veraltete Begriff von Freiheit im abhängigen Arbeitsverhältnis kann gegenüber dem heutigen Koalitionsrecht, das unstreitig nur zum Besten der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft besteht, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Arbeitswillige sind Deserteure und Marodeure im Heere ihrer kämpfenden Klassengenossen und werden von ihren Berufskollegen so bewertet. Unsre Juristen — in engkapitalistischen Begriffen aufgewachsen — können für die Ehrbegriffe der Arbeiterschaft kein Verständnis finden. —

*

Barby. Der neugegründete Bildungsausschuß prüfte die Bühnenverhältnisse im „Rautenkranz" und vereinbarte mit dem Wirt folgende Veränderungen: die Ankleideräume wandern unter die Bühne, wo nach Tiefe und Breite genügend Platz ist, um drei Räume zu schaffen. Dadurch wird nicht nur die Bühne stark vergrößert, sondern auch die Sicherheit erhöht. Wir haben ein starkes Interesse an derartigen Verbesserungen; denn der „Rautenkranz" ist unser Parteilokal, und sein Saal und seine Bühne werden von uns oft genug benutzt. Schon immer haben wir die Enge und die Unsicherheit der Bühnenverhältnisse übel empfunden. Auch die sonstigen Vereine und die Schule mit ihren Versammlungen werden von der Erfüllung des Wunsches des Bildungsausschusses profitieren. — Die Elternversammlung in der Stadtschule war nur schwach besucht. Rektor Genosse Karstädt verlas die Bestimmungen über die Elternbeiratswahl. — Am Sonnabend wurden die Lehrer Kaies und Kuhpfahl und die Lehrerinnen Günther und Klugmann bei einer Schulfeier in ihr Amt eingeführt. — Rabiate Polen. Drei Polen wurden aus dem Gutsbezirk Zeitz-Monplaisir ausgewiesen und abtransportiert. Ihr herausforderndes und verletzendes Benehmen war die Ursache dazu. — Ueber unsre Finanzpolitik. Während andre Städte ihre Zuschläge herabsetzen, konnte Barby auch in diesem Jahre noch nicht daran denken, ja, es mußte sie an einer Stelle sogar erhöhen. Was ist die Ursache dazu? Es wurde vor dem Kriege hier eine falsche Einkommensteuerpolitik getrieben. Die Veranschlagung war andern Städten gegenüber zu niedrig, und danach richten sich nun heute die vom Reich geleisteten Ueberweisungen. Das war bürgerliche Mißwirtschaft? — Deichschau. Zurzeit wird die Frühlingsdeichschau vorgenommen. In der vergangenen Woche wurde der Elbdeich von Aken bis zum Saalhorn besichtigt. —

Calbe. Der Triebwagen Schönebeck—Calbe-Ost, der bisher täglich abends verkehrte, fährt von jetzt an nur noch Sonntags. Abfahrt von Schönebeck 9.50 Uhr, in Calbe-Ost 10.10 Uhr. — Die Polizeistunde wurde bisher nicht sehr streng gehandhabt; das soll jetzt anders werden. Die Polizei wird jetzt rücksichtslos gegen die „Setzhaften" vorgehen. Wirte und Gäste werden deshalb an die Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften erinnert. — Zur Straßenreinigung gehört auch die Beseitigung des Graswuchses zwischen dem Pflaster. — Klagen über das Treiben von Liebesleuten in den Anlagen, besonders auf dem Laurenti-Friedhof machen schärfere Maßnahmen der Polizeibehörde erforderlich. — Ein Berliner Kinderchor, Dirigent Paul Mitz, will während der Sommerferien mit 80 Kindern ein Gesangskonzert geben, wenn für die Kinder freies Quartier und Verpflegung für zwei Tage gesichert wird. Die Einwohnerschaft wird gebeten, bis zum 25. Mai Quartieranmeldungen im städtischen Wohlfahrtsamt anzubringen. — An ansteckenden Krankheiten wurden amtlich gemeldet: Lungentuberkulose: Schönebeck 1, Staßfurt 1, Calbe 2 Erkrankungen, Aken 1 Todesfall. Diphtherie: Aken 1, Barby 1 Erkrankung. Milzbrand: Glinde 1 Erkrankung. —

Löderburg. Weltliche Schule. Die Anhänger der weltlichen Schule haben sich jetzt auch bei uns zu einer Ortsgruppe zusammengeschlossen. Eine Mitgliederversammlung fand dieser Tage im Lehrerzimmer der Schule statt. Der Vorsitzende, Genosse Medau, gab bekannt, daß bis jetzt 50 Kinder zum weltlichen Schulunterricht angemeldet seien, und demnächst lebenskundlichen Unterricht bekommen werden. Zur Elternbeiratswahl wurde Stellung genommen und aus den Reihen der weltlichen Schulfreunde eine Vorschlagsliste aufgestellt, die mit dem Namen Friedrich Medau beginnt. Die Elternbeiratswahl findet am 15. Juni statt. Wir möchten alle Eltern schon jetzt darauf hinweisen, die Liste Medau zu wählen. Die Zusammenkunft der weltlichen Schulgemeinschaft findet jeden Mittwoch nach dem Monatsersten im Lehrerzimmer statt. Eltern, die ihren Kindern eine freie, fortschrittliche Erziehung zukommen lassen wollen, melden sie zum weltlichen Schulunterricht an. —

Staßfurt. Die Parteiversammlung nahm diesmal einen besonders interessanten und anregenden Verlauf. Da Genosse Herbold immer noch nicht wiederhergestellt ist, wurde sie wieder vom Genossen Möbius geleitet, der zunächst dem verstorbenen Genossen Friedrich Banse einen ehrenden Nachruf widmete. Der Vorsitzende gab Kenntnis von der Einladung der Leopoldshaller Parteigenossen zu ihrem Stiftungsfest am 13. Juni, ferner von einer Einladung des Sportkartells zu einer vom 20. bis 22. Mai stattfindenden Filmvorführung über die erste Arbeiter-Olympiade. Weiter brachte er ein Schreiben der K. P. D. zur Verlesung, die wieder zu einer Kampfgemeinschaft wegen der Fürstenenteignung zusammen mit dem Ortsausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes auffordert. Es bestand sehr wenig Neigung, dieser Aufforderung Folge zu leisten, jedoch wurde zur Beruhigung ängstlicher Gemüter nach Aussprache beschlossen, sich durch Anfrage vom Bezirksvorstand versichern zu lassen, daß aus dieser Kampfgemeinschaft nichts werden kann; wir marschieren getrennt und schlagen vereint. Die zurückgestellt gewesene Entlastungserteilung für den Kassierer erfolgte nunmehr nach Anhören des Berichts der Revisorin Genossin Richter. Dann erstattete Genosse Möbius Bericht von der Unterbezirkskonferenz in Barby. In der Aussprache wies Genosse Wiczorowski sen. auf die großen Ereignisse hin, die sich in der Woche seit der Unterbezirkskonferenz zugetragen haben. Er kennzeichnete die dadurch entstandene Zuspitzung der politischen Lage, die den bevorstehenden Volksentscheid stark beeinflussen wird, und forderte zu begeisterter Mitarbeit zur Erringung des Sieges beim Volksentscheid auf. Die weitere Aussprache, an der sich besonders die Genossen Heinze und König beteiligten, wandte sich mehr der „Volksstimme" und der Möglichkeit zu, ihr weitere Verbreitung zu verschaffen. Für die erkrankte Genossin Zimmermann wurde die Genossin Schumann als Unterkassiererin gewählt. Zum Schlusse erstatteten die Genossen Hennig und Möller sehr interessanten und ausführlichen Bericht über die Stadtverordneten-Sitzung. —

Tangermünde. Oeffentliche Volksbücherei
Knabenschule Lindenstr. Geöffnet Mittwochs 4-6 Uhr.

Stadtkreis Aschersleben.

Die Kreishebammenstelle hat die Aufgabe, nach den nähern gesetzlichen Vorschriften das örtliche Hebammenwesen zu regeln. Dazu gehört unter anderm auch die Stellungnahme zu Honorarstreitigkeiten. In ihrer letzten Sitzung beschäftigte sie sich besonders mit den Urteil des Oberverwaltungsgerichts, nach dem das preußische Hebammengesetz insofern ungültig sei, als es die Ausübung der Hebammenpraxis von einer besondern Niederlassungsgenehmigung abhängig mache. Das verstoße gegen die Gewerbefreiheit. Nach den Ausführungen des Bürgermeisters Genossen Kleeis, dem Vorsitzenden der Kreishebammenstelle, wird mit der Entscheidung dem Gesetz der stützende Eckpfeiler entzogen. Die wesentlichen sonstigen Einrichtungen bauen sich darauf auf. In Aschersleben war bisher nicht allen Hebammen die Niederlassungsgenehmigung erteilt worden, weshalb auch gegen die Stadt ein Prozeß vor dem preußischen Oberverwaltungsgericht schwebte. Er ist nunmehr durch Vergleich beigelegt worden. Da die Niederlassungsgenehmigung jetzt überhaupt nicht mehr verweigert werden kann, ist sie auch in allen beantragten Fällen erteilt worden. Praktisch hatte die ganze Frage bislang keine Bedeutung, weil auf Grund der Uebergangsbestimmungen alle bei Einführung des Gesetzes vorhandenen Hebammen bis zum Jahre 1928 auch ohne besondere Zulassung ihr Gewerbe ausüben können. Die früher einmal vom Magistrat erlassene Bekanntmachung über die Verteilung der Hebammenhilfe in Aschersleben und die damit zusammenhängenden wöchentlichen Sprechstunden der Hebammen in der Säuglingsfürsorgestelle sind damit als überholt und erledigt anzusehen. Es besteht die Absicht, eine der Geburtenzahl angepaßte Verteilung der Hebammenhilfe durch freiwillige Vereinbarung herbeizuführen. Da die Frage, inwieweit zurzeit überhaupt noch das Hebammengesetz gilt, recht ungeklärt ist, hat der Magistrat zu andern Hebammenangelegenheiten (z. B. Versicherung für den Fall der Erwerbsunfähigkeit) eine abwartende Stellung eingenommen. Es ist anzunehmen, daß die augenblicklich unklare Sachlage bald durch eine reichsgesetzliche Reglung geordnet wird. Zweifel herrscht unter anderm zurzeit auch darüber, ob die Hebammen noch Anspruch auf den Zuschuß von den Stadt- und Landkreisen haben, wenn sie das im Gesetz vorgesehene Mindesteinkommen nicht erreichen. —

Unterbezirke Quedlinburg-Aschersleben.

Unterbezirkskonferenz in Thale.

Auf der Parteikonferenz des Unterbezirks Quedlinburg-Aschersleben am Sonntag in Thale nahm Genosse Lotz das Wort zu einer Ansprache und umriß in großen Zügen die innen- und außenpolitische Lage. Hochspannung ist's. Gärung überall. Mehr denn je muß die Partei auf dem Plan sein. Im richtigen Lichte zeigte der Redner den Fürstenraub, die Flaggenprovokation und die reaktionäre Gefahr. Wir müssen uns auf uns selbst besinnen, müssen wieder stärker an unsrer Idee arbeiten. Die Zukunft und die Menschheit gehört uns, wenn wir Weg und Ziel unsrer Partei treu innehalten.

Das Hauptthema „Zwischen Volksbegehren und Volksentscheid" behandelte Genosse Ferl (Magdeburg). Ueber den Inhalt des Referats haben wir bei der Konferenz in Barby berichtet. Dann sprach Genosse Ferl über die politische Lage: Wenn wir auf die Unterstützung der Kommunisten rechnen könnten, wäre die Weimarer Koalition möglich. Soweit sind die Kommunisten noch nicht. Sie werden aber wahrscheinlich noch dahin kommen. Die Parole der Stunde heißt: Hie Republik — hie Monarchie; hie Demokratie — hie Mussolini-Methoden. Diese Frage muß jetzt gelöst werden. Das deutsche Volk muß seine politische Reife erweisen und zeigen, daß es den Willen und die Kraft hat, sein Geschick selbst zu bestimmen. Wir wollen nicht zurück in den alten Untertanenstaat, den Militärs und Beamte regierten, sondern vorwärts in den freien Volksstaat, in dem das Volk selbst Träger der Gewalt ist, die eben aufgedeckten Putschpläne müssen für uns Ansporn sein, um so energischer unsre Kräfte zusammenzufassen, um so fester sich um die Republik zu scharen. Zum Entscheidungskampf seid gerüstet!

In der Aussprache nahm zunächst Genosse Lotz (Aschersleben) das Wort und sprach sich gegen Koalitionen aus. Genosse Schinkel (Thale) sprach zu den Kosten des Volksentscheids. In der Flaggenfrage war es ein Fehler, daß das Hissen schwarzweiß-roter Fahnen nicht allgemein verboten wurde. Genosse Schinkel trat für Koalitionen ein und sprach noch zum Gemeindebestimmungsrecht. Genossin Simon stellte eine Anfrage wegen des Reichswehretats. Landtagsabgeordneter Genosse Kasten (Schönebeck) behandelte in längern Darlegungen die politische Lage. Die Sozialdemokratie muß aktiv in die Regierung eintreten. Gegenwärtig ist der Augenblick wohl nicht gekommen. Die Verantwortung zu tragen, sind wir bereit. Das haben wir bewiesen. Genosse Schuchardt (Quedlinburg) sprach sich zuversichtlich zum Volksentscheid aus. Dann sprach noch Genosse Winkel (Thale). Im Schlußwort faßte Genosse Ferl das Ergebnis der Aussprache zusammen.

Parteisekretär Genosse Peters (Magdeburg) gab nach der Mittagspause den Tätigkeitsbericht des Sekretariats. Der Redner behandelte eingehend agitatorische und organisatorische Fragen, berichtete über die Arbeiten des Sekretärs im Geschäftsjahr, die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt, die Bildungsarbeit im Kreis und die Sterbeunterstützung. Die Mitgliederzahl im Kreis ist im Steigen begriffen. Die Frauenbewegung steht günstig. Weiter berichtete Geschäftsführer Treff (Halberstadt) über die Presse und über die Notwendigkeit der immer größern Ausbreitung der sozialistischen Zeitung. Genosse Schinkel (Thale) gab den Bericht der Pressekommission.

So sprachen dann die Genossen Schuchardt und Lotz. Es sollen wieder Gemeindevertreterkonferenzen einberufen werden. Landtagsabgeordneter Kasten (Schönebeck) verbreitete sich über die Schwierigkeiten, die der Verabschiedung der neuen Städte- und Landgemeindeordnung entgegenstehen.

Angenommen wurde folgender Antrag zur Sterbeunterstützung. Der Unterbezirkstag Quedlinburg-Aschersleben ist in seiner außerordentlichen Konferenz vom 16. Mai in Thale grundsätzlich der Meinung, daß nach Leistung von 52 Beiträgen 50 Mark nach Leistung von 104 Beiträgen 55 Mark, von 156 Beiträgen 60 Mark usw. an die empfangsberechtigten Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes aus der Bezirkskasse gezahlt werden sollen. Der Bezirksvorstand Magdeburg-Anhalt soll die Frage in diesem Sinne verabschieden, wenn die Mehrzahl der Unterbezirkskonferenzen zustimmt und die entsprechende Aenderung im § 4 des Bezirksstatuts vollziehen.

Einstimmig wurde ferner folgender Antrag angenommen: Die Unterbezirkskonferenz schlägt dem Bezirksvorstand vor, daß für den Unterbezirk Calbe-Aschersleben-Quedlinburg ein eigner Reichstagskandidat nominiert wird, der bei der nächsten Wahl an aussichtsreicher Stelle stehen soll. Vorgesehen ist Genosse Ferl. Es wird jedoch den Mitgliederversammlungen oder gegebenenfalls, wenn die politische Situation es erfordert und vorher ein ordentlicher Unterbezirkstag nicht tagt, dem Unterbezirksvorstand überlassen, zur Kandidatenfrage endgültig Stellung zu nehmen. Der bisherige Unterbezirksvorstand wurde wieder bestätigt.

Zum Schluß der Tagung nahm Genosse Lotz das Wort zu einer kurzen eindrucksvollen Ermahnung, im kommenden Kampfe stark zu sein, den Glauben an die Partei und die Verwirklichung unsrer Idee in unverbrüchlicher Treue vorwärts zu tragen. Unser ist die Zukunft; es lebe die Partei. —

*

Quedlinburg. Aus Furcht vor Strafe. Ein 17jähriger junger Mann, E. Qu. aus Thale, der in einem hiesigen Geschäft in der Lehre ist, hat sich, weil er einen Brief von geringer Bedeutung verloren hat, zu erschießen versucht. Die Kugel drang ihm in den Kopf; er wurde schwer verletzt in das Quedlinburger Kreiskrankenhaus gebracht. Seine Mutter weilte an dem Tage in Magdeburg. —

Altmark.

Salzwedel. Die Hauptversammlung des Mietervereins findet am Donnerstag den 18. Mai, abends pünktlich 8 Uhr, bei Lunkwitz im „Tivoli", statt. —

Stadtkreis Stendal.

Der **Bebauungsplan** der Melanchthonstraße von der Lüderitzer Straße bis zur Kriegersiedlung ist endgültig hergestellt und liegt vom 18. bis 31. Mai im Rathause, Zimmer 13, offen. —

Die Benutzung von D-Zügen mit der Sonntagsrückfahrkarte, die während des Winterfahrplans zugelassen war, ist mit Inkrafttreten des neuen Sommerfahrplans nicht mehr gestattet.

Zum Pfingstjugendtag der sozialistischen Arbeiterjugend muß bis spätestens Donnerstag das Fahrgeld von 4 Mark an den Genossen Erich Riekhoff, Winckelmannstraße 23, entrichtet sein, weil die Fahrpreisermäßigung frühzeitig eingereicht werden muß. Des weiteren müssen sofort bezahlt werden Festbeitrag, Morgenfeierkarten und andre zu besuchende Veranstaltungen. —

Das Walderholungsheim, das unweit der Stadt in der Stadtforst liegt, hat in diesem Jahre am 14. Mai seine Türen wieder geöffnet. Die erste Kurzeit begann am 14. Mai und dauert bis 25. Juni. Untergebracht werden während dieser Zeit 50 Kinder und zwar 10 Berliner und 40 Stendaler. Vom 2. bis 30. Juli währt die zweite Kurzeit, für die bis jetzt 15 Berliner Kinder angemeldet sind, eine dritte Kurzeit ist vom 6. August bis 3. September in Aussicht genommen. Aufgenommen werden Kinder von 5 bis 10 Jahren. Lungenkranke Kinder finden keine Aufnahme. Aufnahmegesuche werden im Fürsorgeheim, Moltkestraße, entgegengenommen. Der Arbeiterwohlfahrt erwächst die Aufgabe, hilfsbedürftige Kinder der Arbeiterschaft dem Walderholungsheim zugänglich zu machen. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Klein-Ottersleben. Die Omnibusfahrer müssen sich bis Mittwoch beim Kameraden Richter oder Stolze melden. Abfahrt am 1. Pfingstfeiertag früh 6 Uhr vom Denkmal.

Groß-Ottersleben. Donnerstag wichtige Führersitzung bei Ihre. An demselben Abend Versammlung der Jugend- und Radfahrerabteilung. —

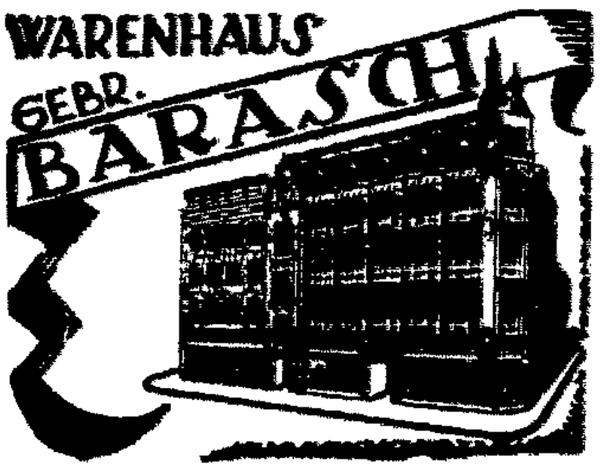
Kreis Wanzleben. Kreisausflug Pfingsten. Die Jugendabteilungen marschieren schon am Sonnabend nach Klein-Wanzleben und Seehausen, treffen dort zwischen 8 und 9 Uhr abends ein und beziehen Quartier. Die Abteilungen melden umgehend, in welcher Stärke sie dort eintreffen. Adressen: Andr. Hahn, Klein-Wanzleben; Alb. Mollenhauer, Seehausen, Schanze Nr. 6. Die Kameradschaften Klein-Wanzleben und Seehausen veranstalten einen kameradschaftlichen Abend mit den Gästen. 11 Uhr abends in die Quartiere, morgens 5½ Uhr Wecken. Abmarsch 6 Uhr. Alle Kameradschaften mit Familien treffen am ersten Pfingstfeiertag zwischen 9 und 10 Uhr in der Nähe des Walderholungsheims auf Jagen 18 ein. Spielleute müssen Instrumente mitführen. Kameraden, sorgt für Massenbeteiligung zu unserm Kreis-Familienausflug. —

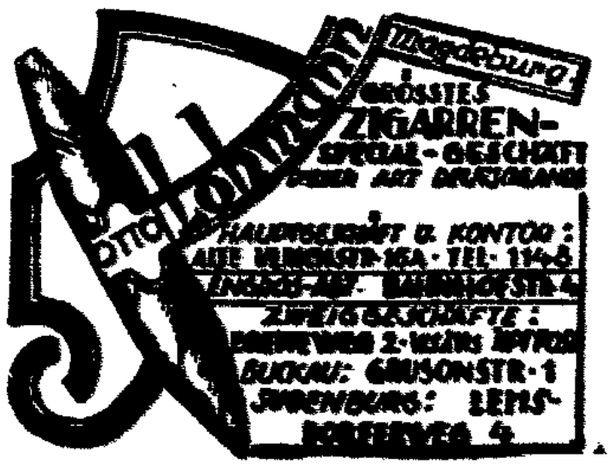
Reichsbannerkundgebung in Schermen. Am Sonntag fand in unserm Ort eine Kundgebung und Fahnenweihe des Reichsbanners statt. Schwarz-rot-gold beherrschte den Ort, und die Einwohnerschaft hatte die Straßen festlich geschmückt. 13 Ortsvereine mit ihren Fahnen waren erschienen. Um ½3 Uhr marschierten die Fahnendeputationen unter den Klängen des Reichsbannermarsches zum Ehrendenkmal der im Weltkrieg Gefallenen. Unsre Ortsgruppe legte am Denkmal einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife nieder. Der Kreisleiter hielt die Gedächtnisrede. Um 3½ Uhr setzte sich das Reichsbanner zum Festplatz in Bewegung. Etwa 800 bis 1000 Kameraden beteiligten sich an dem Umzug. Auf dem Festplatz begrüßte der Vorstand von Schermen die Gäste, und dann hielt Kreisleiter Reimelt jun. (Burg) die Festrede, in der er die Republikaner zur größten Wachsamkeit aufforderte. Redakteur Kamerad Diesenthal schilderte in seiner Ansprache die Putschgelüsten der Reaktion und nahm dann die Weihe der Fahne vor. Zwei Republikanerinnen trugen Kampfgedichte vor. Mit einem Frei Heil auf das Reichsbanner und die Republik fand die erhebende Feier ihr Ende. Die Feier hat den Beweis erbracht, daß auch in unserm Orte die republikanische Idee immer mehr Boden gewinnt. —

Groß-Salze. Die Reichsbannerjugend beteiligt sich an der republikanischen Pfingstkundgebung auf dem Brocken. Abfahrt mit Rädern am Sonnabend abend 7 Uhr nach Wernigerode. Für Kreuzquartiere ist gesorgt.

Reichsbannerfahnenweihe in Bingelberg. Am Sonntag demonstrierten in dem Dörfchen Bingelberg 50 Reichsbannerkameraden für die Republik. Trotz nationalistischer Treibereien haben doch beherzte Republikaner sich zusammengefunden, um dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die Wege zu ebnen. Girlanden und frisches Maiengrün grüßten die Kameraden. Kreisleiter Köhler (Gardelegen) begrüßte die Vereine und Fahnendeputationen. Dann hielt Kreisleiter Gothardt (Osterburg) die Fahnenweiherede. 13 Fahnen umgaben das neue Banner der Republikaner in Bingelberg. Möge es ihnen voranleuchten im Kampf um die Erhaltung der Republik und die Farben Schwarz-Rot-Gold. Nach Ueberreichung der Zahlenkugel formierte sich ein heiterer Zug zum Marsch durch das Dorf. Diese Reichsbanner-Veranstaltung war sicherlich als Anspern für alle gewirkt, die dem Reichsbanner noch fernstanden. —

Moderne illustrierte Sonder-Inserate nach künstlerischen Entwürfen





KVM

Zum bevorstehenden

Pfingstfeste

bringen wir nachstehende Artikel in empfehlende Erinnerung.

Backartikel

Weizenmehl	Pfund	24 Pf.
Beutelmehl Kais.-Auszug, 5-Pfd.-Beutel		150 Pf.
Butter	Pfund	200 Pf.
Pflanzenbutter	Pfund	68 Pf.
Homa-Margarine	Pfund	90 Pf.
Siegerin-Margarine	Pfund	80 Pf.
Solo-Margarine	Pfund	80 Pf.
Tafelstolz-Margarine	Pfund	70 Pf.
Fri-Ho-Di-Margarine	Pfd.	120 Pf.
Rahma buttergleich	Pfund	100 Pf.
Zucker Raffinade	Pfund	32 Pf.
Zucker Melis	Pfund	30 Pf.
Sultaninen	Pfund	86 Pf.
Rosinen	Pfund	50 Pf.
Korinthen	Pfund	60 Pf.
Mandeln extra fein	Pfund	240 Pf.
Palmin		85 Pf.
Schmalz		86 Pf.
Milch kondensiert		60 Pf.

Vanillinzucker, Backpulver, Kuchengewürz, Zitronen, Zitronat u. Hefe

Aus eigener Bäckerei und Konditorei:

Bienenstich ganz		400 Pf.
Mandelkuchen		550 Pf.
Streuselkuchen		400 Pf.
Apfelkuchen		800 Pf.
Kirschkuchen		800 Pf.
Stachelbeerkuchen		800 Pf.
Zuckerkuchen		400 Pf.
Topfkuchen mit Rosinen	pro Pfd.	60 Pf.
Topfkuchen ohne Rosinen	pro Pfd.	55 Pf.
Stollen	pro Pfund 55 und	60 Pf.
Stollen extra gut	pro Pfund	120 Pf.
Torten verschiedene	von	250 Pf. an
Obsttorten Apfel, Aprik. u. Kirsch.	zu	300 Pf.
Eisser		200 Pf.
Eisser mit Schokoladenüberzug		250 Pf.
Eisser alkoholfrei		300 Pf.
Eisser alkoholfrei, mit Schokoladenüberzug		400 Pf.
Auslänser (Blech)		350 Pf.
Kranzkuchen		50 Pf.
Ananaskränze		300 Pf.
Frankfurter Kränze	von	100 Pf. an
Baumstamm		280 Pf.
Käsekuchen pro Stück	20 Pf. ganz	800 Pf.

Gerösteter Kaffees

nur schmackhafte, ergiebige Qualitäten. Stets frisch gebrannt in eigener Rösterei

Kaffee I mit Packung	½ Pfund	100 Pf.
Kaffee II ohne Packung	½ Pfund	88 Pf.

Für die Festtage

empfehlen wir noch:

Rotweine

Terrangua	¾ Flasche	150 Pf.
Gula		210 Pf.
Ehrenfelsheimer		120 Pf.
Bordeaux		100 Pf.
Johannisbeerwein	¾ Flasche	110 Pf.
Schlehdornwein		110 Pf.

Weißweine

Wallertheimer	¾ Flasche	110 Pf.
St. Martiner Berg		145 Pf.
Gaubickelheimer Berg		145 Pf.
Gensbacher Schloßberg		185 Pf.
Apfelwein	¾ Flasche	60 Pf.
Apfelwein, süß		85 Pf.

Zigarren und Zigaretten

in großer Auswahl.

Konsumverein

für Magdeburg und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Ach, dass die Decken, die im Bette
Man stets mit Lux gewaschen hätte.

Wie schnell sind wollene oder Kamelhaardecken verdorben, wenn Sie scharfe Waschmittel verwenden! Und wie prächtig und leicht wäscht man sie mit LUX Seifenflocken. Sorgsam in warmen LUX-Schaum getaucht, reichlich gespült und im Schatten tropfnass, fadengerade aufgehängt, werden sie immer wieder schmiegsam und griffig, wie neu, gehen nicht ein und behalten ihre schönen Farben.

Doppelpackung 90 Pfg.
Normalpackung 50 Pfg.

Waschen Sie auch Ihr Haar mit LUX Seifenflocken; sie machen es schmiegsam, locker und schön.

L 18

LUX SEIFENFLOCKEN

SUNLICHT GESELLSCHAFT A.-G. MANNHEIM-RHEINAU

Gute, billige Möbel

1 schön. kleines Speisezimmer 350 M, 1 Speisezeiche, Büfett 300 br., Kredenz 130 br., Spiegelr. 500 M, 1 mod. eich. Schlafzimm. 900 M, 1 sehr schön. Herrenzim. 400 M, 1 Wohnzim. 150 M, 1 einz. Büfett 180 M, Schrank 90 M, 6 Speisezimmerstühle, eichgebeizt, à 15 M, Schreibtisch 75 M, Sofa 75 M, Bettst. 30 M, Küche 50 M, Bettstelle 60 M, groß. Trumeau-Spiegel 65 M, 1 Bettstelle 50 M, alles gediegen. Möbelspeicher Jakobstr. 49.

Leih-Haus Franz Koch

Leipzigerstraße Nr. 2
Fernsprecher 1907
empfiehlt
Silber-, Gold- und Brillantsachen
bei guter Verzinsung
Darlehn und sonstige Vorschüsse
gegen Wertpapiere.

Gaststätte Magdeburger Hof

Breiteweg-Schlachtstraße 3
— Tel. 1951 —
Inhaber Max Kaminski
bis 100 Personen
Walter Grunow.

Bequeme Teilzahlung gern gestattet.
Reparatur-Werkstatt, Motor- u. Fahrrad-Zubehör.

O. Pfannschmidt, Leitenstr. 15. Tel. 4980.

Mein Wiwa-Kaffee ist anerkannt gut und preiswürdig. Trotzdem verabfolge ich als Pfingstreklame auf je ½ Pfund Wiwa-Kaffee ein schönes

Tablett gratis

bis einschließlich Sonnabend

½ Pfund Wiwa-Kaffee kostet Mk. 1.60 1.80 2.00 2.20 2.40

Willy Walther, Kaffeefabrik, Magdeburg

Filialen:
Breitestraße 8, Fallstraße 17 (zw. Ulrich- u. Hasenbreiche.)
Alter Markt 24 (Eingang Heilingpassage), Fürstenstraße 19

Kaufhäuser empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme.

Wegen Verlegung meiner Konfektions-Abteilung

veranstalte ich bis zum 31. Mai einen

billigen Räumungs-Verkauf

Die Bestände in
Damen-Mänteln, Kleidern in Wolle, Wollmusselin, Crêpe de Chine, Voile usw.
Morgenröcken, Matinees, Blusen, Röcken, Kindermänteln, Kinderkleidern usw.
sollen schnell geräumt werden.
Die Preise sind beispielhaft billig.

Rudolf Broetje

Jakobstraße, Ecke Peterstraße.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18 Mai 1926.

Mieter-Bau- und Sparverein.

Die rührige Baugenossenschaft, der Mieter-Bau- und Sparverein Magdeburg, der seit 25 Jahren die genossenschaftliche Herstellung von Kleinwohnungen im Mehrfamilienhaus mit Erfolg pflegt, hat jetzt zu seiner Generalversammlung, die am Mittwoch den 19. Mai, abends ½8 Uhr, im „Konzerthaus", Leipziger Straße stattfindet, einen Geschäftsbericht herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen:

1925 haben wiederum 144 neue Mitglieder den Weg zur Genossenschaft gefunden; der Verein zählt jetzt 3313 Mitglieder. Die Genossenschaftsmitglieder haben im Jahre 1925 der Genossenschaft trotz der wirtschaftlichen Nöte erhebliche Kapitalien zur Verfügung stellen können. 1924 wurden nur 15 472 Mark Geschäftsguthaben eingezahlt; im Jahre 1925 erfolgten aber 42 717 Mark Einzahlungen. An Spareinlagen wurden 1924 der Genossenschaft 1718 Mark anvertraut, im Jahre 1925 aber 22 220 Mark. Insgesamt wurden also von den Mitgliedern 73 817 Mark im Jahre 1925 der Genossenschaft zur Verfügung gestellt.

Die Bilanz für 1925 weist einen Bestand an Geschäftsguthaben von 313 404 Mark auf; die Spareinlagen belaufen sich auf 291 621 Mark. Die Bilanz des Vereins schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 426 368 Mark ab. Die Genossenschaft ist also fest fundiert und leistungsfähig. Seit ihrem Bestehen hat sie 816 Wohnungen gebaut, und zwar in der Baugruppe Westerhüser Straße 442 Wohnungen, „Grasemanns Garten" 176, Windmühlenstraße 90 und Braunschweiger Straße 108 Wohnungen.

1926 wird die Baugruppe Braunschweiger Straße mit den beiden Eckhäusern und 68 Wohnungen abgeschlossen und mit der Baugruppe „Grasemanns Garten" an der Königsborner Straße wieder neu begonnen. Die Wohnungen — Stube Kammer, Küche — werden nicht unter 54 Quadratmeter groß gebaut. Es wird auch eine Warmwasserheizung eingebaut, die als Etagenheizung sämtliche Räume einer Wohnung von einem Kessel aus heizt, der in der Küche steht. Der geplante Neubau in der Königsborner Straße wird Wohnungen mit drei Zimmern, Küche und Bad enthalten.

Das Vertrauen zur Genossenschaft hat sich erfreulicherweise immer mehr gestärkt. Im Interesse der Mitglieder und eines gesteigerten Wohnungsbaues liegt es, wenn sie ihre Spargelder im Mieter-Bau- und Sparverein anlegen, die Geschäftsguthaben so schnell als möglich einzahlen und wenn möglich, auch Schuldverschreibungen erwerben. Jeder kleine Betrag ist dem Verein von Nutzen. Der Verein läßt sich auch die Förderung der Wohnungskultur, des Gemeinschaftsgedankens und der Jugenderziehung angelegen sein. Durch seine bemerkenswerten Leistungen hat der Mieter-Bau- und Sparverein bewiesen, welchen Segen genossenschaftliche Betätigung zu schaffen vermag. —

Afrika.

Den letzten Vortrag der Außenpolitischen Woche hielt Gouverneur a. D. Dr. Seitz über Afrika. Er führte ungefähr folgendes aus:

Vor 1880 zeigte die Karte von Afrika in der Mitte einen großen weißen Fleck. Nur die Küste war bekannt. Um die Zeit, als Deutschland seine afrikanischen Kolonien erwarb, begann ein internationales Wettrennen in das Innere des schwarzen Erdteils und bald war das kurz vorher noch unbekannte Gebiet restlos aufgeteilt.

Seit Deutschland durch den Weltkrieg aus Afrika verdrängt wurde, sind die Beherrscher dieses Weltteiles Frankreich und England. Der ganze Westen, einschließlich des belgischen Kongo, steht unter französischem Einfluß. Die drei englischen Kolonien Sierra, Nigeria (mit Deutsch-Kamerun) und die Goldküste, sind nur englische Enklaven in einem großen französischen Kolonialreich.

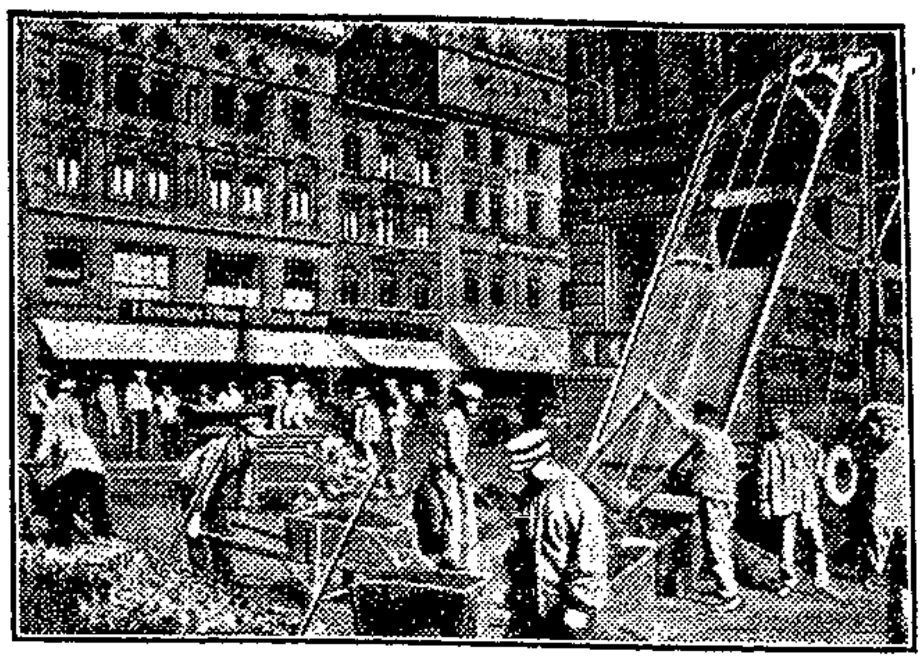
Englands Einfluß erstreckt sich vom Süden, wo die Unionstaaten gebildet wurden, zusammenhängend bis nach Aegypten.

Das Verhältnis der Schwarzen zu den Weißen ist durch den Weltkrieg, bei dem allein die Franzosen 700 000 Farbige nach Europa brachten, ganz wesentlich zum Nachteil der Weißen verschoben worden. Der Schwarze bekam dadurch, daß er erlebte, wie der Weiße gegen den Weißen kämpfte, ein äußerst gesteigertes Selbstbewußtsein. Aber es ist falsch zu behaupten, dieser Zustand wäre ohne den Krieg nicht eingetreten. Er ist durch ihn nur beschleunigt worden.

Man hat nach dem Kriege viel geredet und geschrieben von einer Allafrikanischen Bewegung, deren Ziel es sei, den Weißen aus Afrika zu verdrängen und einen großen Staat der Schwarzen zu bilden. Solche Ideen können nur dort Glauben finden, wo man keine Vorstellung hat von der außerordentlich großen Verschiedenheit der Interessen der Schwarzen. In den Unionstaaten ist die Selbständigkeitsbestrebung der Schwarzen eine brennende Tagesfrage geworden. England hat hier im Weltkriege viel weiße Arbeiter aus den industriellen Betrieben herausgezogen und ihre Stellen mit Schwarzen besetzt. Die klimatischen Verhältnisse sind so, daß der Weiße mit dem Schwarzen im Konkurrenzkampf gerät. Gelingt es nicht, einen Zustand zu schaffen,

Erneurung des Breiten Weges.

Der südliche Teil des Breiten Weges erhält jetzt ebenfalls eine neue Straßendecke, nachdem im vorigen Jahre die Straße vom Staatsbürgerplatz zur Steinstraße fertiggestellt worden ist. Im Winter war Gelegenheit genug festzustellen, welcher Unterschied zwischen dem neuen und dem alten Straßenteil bestand und wie nötig es war, das begonnene Erneuerungswerk



fortzusetzen. Der Breite Weg als Hauptverkehrs- und Geschäftsstraße Magdeburgs muß von guter Beschaffenheit sein, schon um eine leichtere Abwicklung des Verkehrs zu ermöglichen. Schlechte Straßen tragen zur Erhöhung der Unfallgefahr bei und verursachen unter Umständen empfindliche Verkehrshindernisse. So war z. B. die Beschaffenheit der Straßenbahngleise auf dem Breiten Weg so, daß mit einer Erneuerung nicht mehr gewartet werden konnte, wenn man die Sicherheit des Fahrens nicht aufs Spiel setzen wollte.

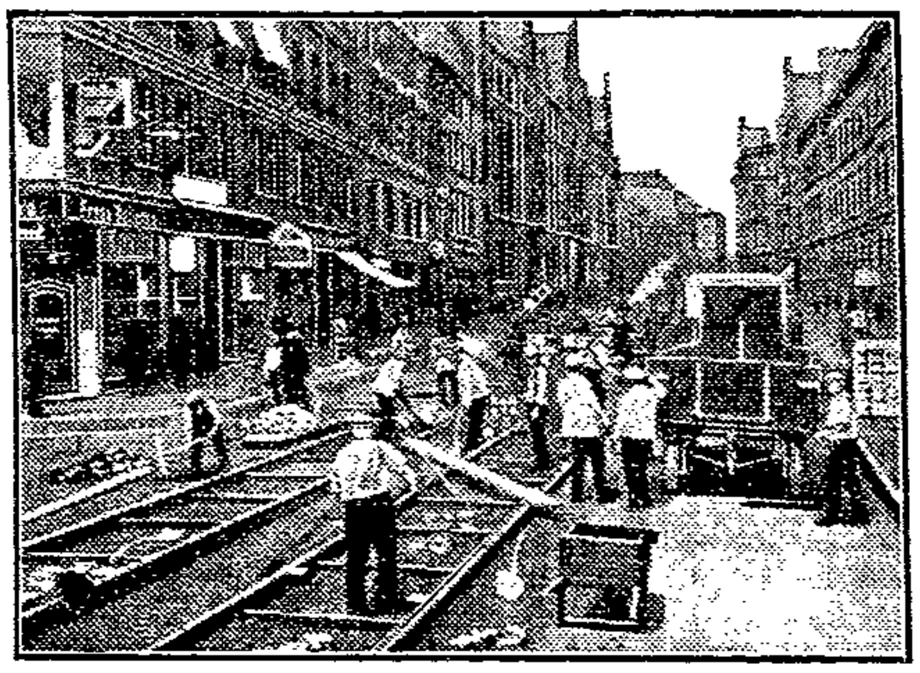
Deshalb war es auch eine Kurzsichtigkeit bürgerlicher Stadtverordneter, als sie gegen die Bewilligung der erforderlichen Mittel für die Neubefestigung der Magdeburger Hauptstraße stimmten mit der Begründung, die Reparatur könne noch ein Jahr hinausgeschoben werden. Aber nicht allein aus verkehrstechnischen Gründen muß eine Hauptstraße in guter Beschaffenheit sein. Sie ist für die Stadt auch ein Stück Repräsentation. Dem fremden Besucher muß sie sich sauber und freundlich zeigen, damit er sich in unsrer Stadt wohl fühlt. Darauf legen ja auch die am Breiten Wege wohnenden Geschäftsleute Wert. Aber sie beschweren sich trotzdem über die Unannehmlichkeiten, die ihnen durch die Bauarbeiten entstehen, die aber doch nicht zu vermeiden sind. Sie sollten nicht vergessen, daß die Arbeiten auch ihren Interessen dienen, denn wenn sie beendet sind, dann haben sie eine Straße, die den modernsten Anforderungen entspricht, die auch wiederum den Wert ihres Geschäfts erhöht.

In gar manchen andern Straßen Magdeburgs wäre eine Erneurung bitter nötig, ebensosehr wie auf dem Breiten Wege. Wie holprig und verbeult ist das Pflaster in zahlreichen Proletarierstraßen der Altstadt. Seit 50 Jahren ist es teilweise nicht erneuert. Was würden die Anwohner dort nicht alles gern an vorübergehenden Schwierigkeiten in Kauf nehmen, bekämen sie eine solche glatte Straße. Wenn in den Straßen des Arbeitsvolkes ein Lastauto über das Pflaster rollt, dann erschüttern alle Häuser. Selbst in den Hinterhäusern klirren die Geschirre im Küchenschrank. Dort wäre eine neue Straßendecke sehr angebracht.

*

Seit mehreren Wochen singt die Arbeit auf dem Breiten Wege ihr Lied. Hämmer dröhnen, Wagen ächzen, Kutscher treiben Pferde an, metallisch springt der Klang aus den neuverlegten Straßenbahnschienen. Von der Steinstraße bis zur Prälatenstraße ist am Dienstag der Verkehr wieder aufgenommen. Die erste Teilstrecke des Fahrdammes ist fertiggestellt. Bis zum Scharnhorstplatz wurde die Straße weiter gesperrt, damit auch dort ungestört gearbeitet werden kann. Die Bürgersteige sind noch nicht in Angriff genommen in dem fertigen Straßenteil. Nur die Bordschwellen sind neu gelegt. Aber auf der Fahrbahn sind ungeheure Mengen Beton verarbeitet, wurde mit glühendem Eisen Asphalt gestampft und die Gleiszone mit Schlackensteinen gepflastert. Unsre Bilder zeigen die Betonmischmaschine bei der Arbeit und die Anfuhr der Schlackensteine für die Gleiszone.

Noch einige Monate wird es dauern, dann sind die Arbeiten bis zur Blumenthalstraße, wie weit sie in diesem Jahre projektiert sind, fertig. Die Straße wird in alter Weise aber mit neuer Widerstandsfähigkeit den Verkehr wieder aufnehmen. Nach den Absichten der Verkehrspolizei soll sie dann zur Verkehrsstraße erster Ordnung erhoben werden. Man hat aus diesem Grunde auch schon die alten Bäume längs der Bürgersteige entfernt. Wenn die Absichten der Polizei Wirklichkeit geworden sind, d. h., wenn eine entsprechende Aendrung der Straßenpolizeiverordnung veröffentlicht wird, dann darf auf dem Breiten Wege kein Radfahrer mehr in der Zeit von 8



bis 7 Uhr nachmittags fahren, dann dürfen Fußgänger die Straße nur noch an Straßenkreuzungen überschreiten, dürfen Fahrzeuge nicht mehr wenden, darf mit Rollern und Rollschuhen nicht gefahren werden.

Dann werden aber auch die Geschäftsleute nicht mehr unzufrieden sein. Und es werden andre Straßen auf Neubefestigung warten, so viele, daß man nicht wissen wird: wo soll angefangen werden? —

Der Brandstifter.

Roman von Bertold Auerbach.
Illustriert von Rudolf Bethge

(41. Fortsetzung.)

Stolz aufgerichtet, mit gespanntem Selbstgefühle, kehrte Munde in den Rautenkranz zurück; er wollte seiner Fränz Abbitte tun, daß er so bös gegen sie gewesen sei, und ihr sagen, wie er sich nun wacker ins Geschirr legen wolle, daß es ihm landauf, landab keiner voraus tun könne.

Als er in den Rautenkranz trat, hörte er in der Küche die Stimme der Fränz; sie sagte:

„Das ist ja prächtig daß Sie Kellner im Wildbad geworden sind. Ich komme diesen Sommer mit meinen Eltern auch dahin."

„Aber Sie sind Braut," sagte eine Männerstimme.

„Ja, mit mir," sagte Munde eintretend, er sah einen Mann — es war der älteste Haussohn aus dem Rautenkranz — der die Hand der Fränz hielt.

„Ich gratuliere," sagte der Nebenbuhler, schnell die Hand loslassend, und Munde erwiderte:

„Dank schön. Komm mit, Fränz, in die Stube." Er faßte sie nicht eben zart am Arm, und Fränz machte große Augen, als er ihr allein sagte, daß das Scharmutzieren ein Ende habe, und ob sie mit den Eltern ins Wildbad gehe, darein habe er auch noch ein Wort zu reden. Fränz widersprach heftig, und Munde erklärte, daß er von dieser Stunde zu regieren anfange über alles, was ihm gehört, und das sei vor allem seine Frau, es müsse ja Fränz recht sein, daß er sich als Mann zeige.

„Zeig's zuerst beim Vater. Bei mir brauchst nicht anfangen," stachelte Fränz, der diese Wendung gar nicht lieb war. Munde sprach wiederholt und in verstärkter Weise seinen Herrscherplan aus, und der Abend dieses unheilvollen verhetzten Tages schien doch noch erwünscht auszuklingen.

Schon am frühen Morgen jedoch hatte Munde einen gewaltigen Zank mit seinem Schwäher, er wollte sich die Geldgurte umschnallen, Diethelm aber lachte ihm ins Gesicht.

„Dann reiß ich sie Euch auf öffentlichem Markt vom Leib herunter, wenn Ihr mich sie gehen lasset und ich Euch damit seh," drohte Munde und ging hinab in die Wirtsstube.

Diethelm schaute hoch verwundert dem so plötzlich Veränderten nach, und Fränz sah mit Schrecken die böse Saat aufgehen, die sie gesäet; sie wußte aber den Vater noch dahin zu beschwichtigen, kein Geld mit auf den Markt zu nehmen. Die Leute könnten es für Prahlerei ansehen, und das müsse man vermeiden nach so einem Unglück. In der Wirtsstube übergab hierauf Diethelm der Rautenwirtin die Geldgurte zum Aufbewahren, und Munde lächelte vergnügt zu seinem Siege. Diethelm traf hier viele Bekannte, unter denselben auch den Reppenberger und den Steinbauer. Reppenberger war eben so zutulich und redselig, als der Steinbauer unachtsam und maulfaul; er erzählte, daß er einen umfangreichen Branntweinhandel betreibe, er habe den Betrieb übernommen und fahre mit seinem Gespänner im Lande umher, während sein Geschäftsgenosse das Brennen aus dem Grunde verstehe.

Munde trat auf Diethelm zu und wiederholte in entschiedener Weise einen früher gemachten Vorschlag, daß man die Rappen gegen gute Ackerpferde vertausche, sie brauchten ja keine Kutschpferde mehr.

Diethelm widersprach heftig, und der Steinbauer, der sich sonst nicht in fremder Leute Sachen mischte, ließ sich doch zu den Worten herbei:

„Dein Tochtermann hat recht, Gäule, die gewohnt sind, in der Kutsch zu laufen, gehen zugrund, wenn sie wieder Jacker fahren müssen."

Der Steinbauer sagte das mit so schelmisch zwinkernden Augen, daß eine Bezüglichkeit seiner Worte auf die Lebensweise Diethelms kaum zu verkennen war. Diethelm merkte das auch, aber er tat, als ob er's nicht verstände; ihm war das verfessene Wesen des Steinbauern in der Seele zuwider, aber er vermied doch jede offene Feindschaft mit ihm. Er schüttelte lächelnd den Kopf und gab lange keine Antwort, bis er endlich, zu Munde gewendet, sagte:

„Das ist mein' Sach', Putzum."

Der große Umzug der Marktpferde, der eben an dem Rautenkranz vorüberkam und alles an die Fenster und auf die Straße lockte, unterbrach den Streit; Munde folgte seinem Schwäher auf den Markt. Mitten im Gewühl wurde er von seinem Feldwebel und mehreren Kameraden angehalten, die wie versprochen gekommen waren und nun aufs neue ihr Verlangen aussprachen, den Pfifferling einkaufen zu sehen.

„Ist der bärenmäßige Bauer Dein Schwäher?" fragte der Feldwebel.

„Ja, der ist's." Aber Diethelm war verschwunden. Munde suchte ihn mit seinem Geleit hin und her, ohne ihn finden zu können, und mußte manchen Spott darüber hören, daß er sich nicht getraue, einen Pferdeschwanz allein einzukaufen.

Munde ließ sich diese Neckereien gefallen und schwieg, er wollte nicht weiter gehen, als ihm eigentlich zustand; etwas von der alten Zaghaftigkeit seines Wesens kam wieder über ihn. Er verwünschte es, daß er sich im Uebermut Wächter seiner Ehrenstellung zugesellt hatte, und hoffte sie in guter Weise wieder loszuwerden. Der Feldwebel war ein Pferdeverständiger und tat sich was darauf zugute, er suchte ein Viergespann gleichgezeichneter Braunen aus. Munde ließ sie sich hin und her vorführen, holte die Rappen aus dem Rautenkranz zum Vertauschen und war eben daran, unter Bedrängen des Feldwebels und der Kameraden in die dargebotene Hand einzuschlagen, als Diethelm herzutrat. Munde hielt ein und rief ihm zu:

„Schwäher, ich hab einen Handel gemacht."

„Du? Hast ein' Geis gekauft?"

Munde schoß das Blut zu Kopf, und Diethelm fragte wieder:

„Wie kommen die Rappen daher?"

„Ich hab unsre Rappen vertauscht," berichtete Munde.

„Unsre?" lachte Diethelm. „Vorderhand sind sie noch mein und ist keine Red' von unsern, was hast Du von unsern zu sagen?"

„Schwäher, was machet Ihr? Jeder Knecht sagt zu seines Herrn Sach' unser, und ich bin kein Knecht. Sehet nur das Viergespann an. Ich bin so viel als handelseins."

„Du? Was nimmst denn Du Dir 'raus? Wenn man Dich auf den Kopf stellt, und es fällt Dir ein Guldenstückle 'raus, soll man mir die Augen mit ausstechen. Und Du willst vier Roß kaufen?"

„Schwäher, das geht über den Spaß, redet nicht so. Ich hol gleich unsre Geldgurt aus dem Rautenkranz. Besehet Euch nur die vier Roß."

„Daß ich ein Narr war. Wenn Du allein Meister bist, so bezahl's auch."

„Schwäher, ich weiß nimmer, was ich tu, wenn Ihr so fort machet."

„Das glaub ich. Du hast keinen Groschen zum Einkaufen. Ich will Dir zeigen, wer die Geißel in der Hand hat."

„Schwäher," kreischte Munde, heiser vor Wut, und ballte beide Fäuste, „Schwäher, redet anders, oder ich . . ."

„Weg da, führ' die Rappen in den Stall und red' kein Wort mehr."

„Ich will nichts von Deinem Brandgeld, nichts von Deinen Sachen. Du bist unterm Galgen weggelaufen, aber Du bleibst doch noch einmal dran hängen. Lasset mich los," schrie Munde, den seine Kameraden festhielten, daß er nicht auf Diethelm eindrang.

Eine große Menge Menschen hatte sich um die Streitenden versammelt, Diethelm hatte sich rasch entfernt. Munde riß sich von seinen Kameraden los, und mit geballten Fäusten und schäumendem Mund eilte er nach dem Rautenkranz; Fränz mußte ihm Genugtuung verschaffen für die unerhörte Schmach, die ihm der Vater angetan, und dann mußte sie noch zur Stunde ihren Vater verlassen, nichts von seinem Sündengut annehmen, er wollte Tag und Nacht arbeiten, um sein Brot in Ehren zu verdienen. — Als er in die Wirtsstube trat, sah er Fränz, die Hand in Hand neben dem Rautenwirtssohn am Tische saß. Sie heftig schüttelnd, fuhr er auf:

„Lumpenpack! Hundebagage seid Ihr alle. Da sitzt Du bei einem andern, derweil Dein Vater mich vor aller Welt beschimpft. Der Zorn gab ihm plötzlich höllische Gedanken ein, und er fuhr fort: „Du hast mich aufgestiftet, ich soll Deinem Brandstifter-Vater Widerpart tun, und ihn hast Du aufgestiftet, daß er mich beschimpfen soll, damit Du mich los wirst. Du hast schon einen andern. Jetzt seh ich, Du bist das schlechteste — ich kann's gar nicht sagen, was. Aber warte nur, Du hast mir selber gesagt, was Du von Deinem Vater weißt. Verflucht ist Dein ganzes Haus. Ich will nur so lang' leben, bis Du mit Deinen Kindern vor meiner Tür um Brot bettelst. Ich bin froh, daß ich nimmer so schlecht bin und von Euerm Sündengut was mag. Fresset's allein und erstickt daran."

Fränz stieß den Munde weit von sich, und er stürmte fort, die Stadt hinaus der Heimat zu. —

(Fortsetzung folgt.)

der auch dem ungelernten weißen Arbeiter ein Einkommen sichert, bei dem er bestehen kann, dann wird langsam, aber mit absoluter Sicherheit der Schwarze den Weißen völlig aus dem Lande verdrängen. Man ist jetzt in den Unionstaaten dabei, dem Schwarzen beschränkte politische Rechte zu gewähren, aber sein Bestreben geht auf völlige Gleichberechtigung.

In den Kolonien am Aequator ist der Interessenkampf nicht so bedeutend, weil hier der Weiße sich nicht niederlassen und Familie gründen kann. Er ist zwar der Herr, aber er kommt und geht wieder, nur der Schwarze bleibt. Er gewinnt durch die Anwesenheit des Weißen, ohne sich bedroht zu fühlen.

Die englische Kolonialpolitik geht darauf aus, in den einzelnen Gebieten einen Gleichgewichtszustand zu schaffen, dem Schwarzen, wo nötig, entgegenzukommen, ihn aber möglichst außerhalb der Interessensphäre des Europäers zu halten. Die französische Kolonialpolitik ist völlig anders. Schon seit Generationen ist der oberste Grundsatz der französischen Politik, alle Menschen ihres Gebietes zu Franzosen zu machen. Dadurch, daß man dem Schwarzen gestattet, Offizier zu werden mit voller Gleichberechtigung den weißen Offizieren gegenüber nicht nur in Afrika, sondern auch in Frankreich selbst, bekommt man eine sehr große Gewalt über den Afrikaner. Aber nicht nur die Offizierslaufbahn gestattet dem Schwarzen, ein vollwertiger Franzose zu werden. Er wird auch französischer Vollbürger, wenn er eine 10jährige Unteroffizierslaufbahn hinter sich hat, wenn er 10 Jahre Beamter war oder — wenn er eine Französin heiratet. Man propagiert in Frankreich direkt die Rassenvermischung. Auf diese Art hat sich Frankreich eine militärische Macht geschaffen, die eine große Gefahr für den Weltfrieden ist; denn die afrikanischen Soldaten sind äußerst kriegerisch und werden, wenn Frankreich einmal keine Beschäftigung für sie haben sollte, für Frankreich selbst gefährlich. Es ist darum völlig falsch, den gegenwärtigen Krieg in Marokko als eine mohammedanische Bewegung gegen die Europäer zu bezeichnen. Frankreich hat gegen Abd el Krim ein Heer von 200 000 Mann stehen, davon sind nur 30 000 Weiße (von diesen ein Drittel Deutsche), alles übrige sind zum großen Teile mohammedanische Truppen. Es kämpfen also Mohammedaner gegen Mohammedaner. Die Religion hat bei diesen Kämpfen nur eine untergeordnete Bedeutung. Die französische Kolonialpolitik ist im Augenblick der englischen überlegen, aber sie muß in wenigen Jahrzehnten zu einer schweren Katastrophe für Frankreich werden. Auf die Dauer kann sich nur das englische System halten.

Das Verhältnis zwischen Frankreich und England ist durch die afrikanische Politik sehr ungemütlich geworden, und wenn man sich scheinbar über eine Frage am Rhein streitet, so steht im Hintergrunde in Wirklichkeit der Konflikt in Afrika. Es gibt nicht mehr, wie zu Bismarcks Zeiten, eine europäische Politik. Das Verhältnis der europäischen Mächte zueinander wird wesentlich durch ihre Kolonien, durch die Weltpolitik bestimmt.

Nach Beendigung des von der wieder vorhandenen großen Hörerschaft mit starkem Beifall aufgenommenen Referats schloß Präsident Hansmann mit Worten des Dankes an die Referenten und an die Teilnehmer im Namen der Volkshochschule und der Zentrale für Heimatdienst die Außenpolitische Woche. —

Das neue Haus der Ortskrankenkasse.

Heute vormittag wurde der Grundstein zum neuen Verwaltungsgebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse, das in der Lüneburger Straße entstehen soll, gelegt. Wir haben über den Neubau selbst schon eine ausführliche Beschreibung und orientierende Abbildungen gebracht. Zu dem feierlichen Akt der Grundsteinlegung hatten sich außer dem Vorstand der Krankenkasse Vertreter der Behörden und der Presse auf dem Bauplatz eingefunden. Der Vorsitzende, Fritz Drechsler, sprach über die Entwicklung der Krankenkasse, über ihre Einrichtungen und über die Vorgeschichte des ganzen Bauprojekts. Danach erfolgte die Legung des Grundsteins und die feierliche Einmauerung der Urkunde. Eingemauert wurden in einer Kassette eine Urkunde, Vorgeschichte des Baues, das Statut der Allgemeinen Ortskrankenkasse, je ein Exemplar der hiesigen Tageszeitungen, die zur Zeit gültigen Münzen und Geldscheine und [illegible] aus der Inflationszeit.

[illegible] sprach einen Prolog, in dem das [illegible] gefeiert wurde. [illegible] wurde dann eine Flasche Sekt zerschlagen. Den feierlichen Akt beschlossen der Vorstand und die Vertreter der befreundeten Organisationen und Behörden, indem sie mit den Hammerschlägen ihre Glückwünsche für den neuen Bau zum Ausdruck brachten. Wir werden auf den Bau noch zurückkommen. —

— [illegible] [illegible]

— [illegible]

— [illegible]

— [illegible]

— **Pfingstpostkarten.** Ohne Umschlag versandte gedruckte Pfingstkarten, die den Bestimmungen für Postkarten entsprechen müssen, kosten im Ortsbereich des Aufgabeorts, auch wenn sie mit beliebigen handschriftlichen Zusätzen versehen sind, 8 Pfennig. Sollen sie im Fernverkehr gegen die Gebühr für Volldrucksachen (8 Pfennig) befördert werden, so dürfen außer den sogenannten Absenderangaben (Absendungstag, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders usw.) noch weitere fünf Worte, die aber mit dem gedruckten Wortlaut in leicht erkennbarem sachlichen Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Die im offenen Umschlag versandten Pfingstkarten kosten sowohl im Ortsbereich des Aufgabeorts wie nach außerhalb nur dann 8 Pfennig, wenn auf der Karte außer den Absenderangaben (siehe oben) nichts weiter geschrieben ist. Ist jedoch ein vorhandener Wortaufdruck, wie „Beste Pfingstgrüße" und dergleichen handschriftlich durch gestattete Nachtragungen bis zu fünf Wörtern — z. B. durch den Zusatz „sendet mit besten Wünschen Ihre" — ergänzt, so ist die Gebühr für Teildrucksachen, also 5 Pfennig zu entrichten. Weitere Nachtragungen bedingen die Briefgebühr (im Ortsverkehr 5 Pfennig, nach außerhalb 10 Pfennig). Auf Karten, die lediglich ein gedrucktes Bild, aber keinen Aufdruck von Worten tragen, dürfen handschriftlich nur die Absenderangaben hinzugefügt werden. Andernfalls unterliegt die Sendung bei Versendung als offene Karte der Postkartengebühr, bei Versendung unter Umschlag der Briefgebühr. Unreichend freigemachte Sendungen werden mit Nachgebühr belastet. —

— **Die Schupo im Strohhut!** Das preußische Ministerium des Innern hat den Tschako aus Strohgeflecht offiziell in Preußen für die Bekleidungsordnung eingeführt und das Berliner Polizeipräsidium hat sofort die Anfertigung vernehmen lassen, damit die Berliner Schupo schon zu Pfingsten die Annehmlichkeit der Sommerkopfbedeckung aus Strohgeflecht, offiziell als Sommertschako bezeichnet, genießen kann. Außer Preußen erwägen Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Hamburg, Bremen, Lübeck ebenfalls die Aufnahme dieser Kopfbedeckung aus Strohgeflecht in die dienstliche Kleiderordnung. Der Tschako ist aus feinem Pedalgeflecht hergestellt und wiegt 180 Gramm gegen 380 Gramm in der bisherigen Ausführung.

— **Schwerer Sturz eines Motorfahrers.** Einen schweren Sturz hatte am Montag mittag ein Motorradfahrer in der Leipziger Straße. Er wurde von Passanten in bewußtlosem Zustande aufgefunden und dem Sudenburger Krankenhause zugeführt, wo der Arzt schwere Kopf- und innere Verletzungen feststellte. —

— **Straßenunfall.** In der Lübecker Straße fuhr am Dienstag früh ein Radfahrer gegen einen Zaun. Er fiel rückwärts vom Rade und schlug mit dem Hinterkopf auf das Pflaster. Dort lag er kurze Zeit anscheinend ohne Besinnung. Ein Arbeitskollege brachte den Verunglückten in seine Wohnung. —

— **Unglücksfall bei der Arbeit.** Der Arbeiter Karl L., Groß-Ottersleben, Rathenaustraße 44 wohnhaft, kam auf dem Kruppwerk beim Verladen von Breitern so unglücklich zu Fall, daß er von einer der Bohlen getroffen, mittels Sanitätswagens in seine Wohnung übergeführt werden mußte. —

— **Augen nach vorn!** Ein junger Mann hatte es sehr eilig, sah aber im Laufen nach rückwärts und rannte dabei gegen den Briefkasten am Hause Otto-von-Guericke-Straße 18. Er brach zusammen und wurde von einem zufällig des Weges kommenden Sanitäter in seine Wohnung gebracht. —

— **Vom Auto überfahren.** An der Ecke Friesen- und Olvenstedter Straße wollte am Montag früh eine Frau mit einer Tragkiepe den Fahrdamm überschreiten. Ein vorbeifahrendes Lastauto erfaßte die Frau und riß sie zu Boden. Ein herbeigeholter Arzt stellte einen Knöchelbruch fest. Die Verunglückte wurde in die Wohnung ihrer Tochter nach der Friesenstraße gebracht. —

— **Hinweis.** Der Gesamtauflage liegt heute bei ein Prospekt des bekannten Fahrradhauses August Stukenbrok in Einbeck.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Achtung! Die Bundeszeitung kann am Mittwoch abend abgeholt werden.

Abteilung Neue Neustadt. Am Mittwoch 8 Uhr im „Wintergarten" Sitzung des Vorstandes, der Hundertschafts-, Zug- und Gruppenführer. [illegible]

Abteilung Wilhelmstadt. [illegible]

Aus den Gerichtssälen.

Auch ein Vaterlandsverteidiger.

Der 1896 geborene Maler und frühere Reichswehrsoldat Fritz Palndnik [illegible] bereits einmal wegen Fahnenflucht und Unterschlagung von militärischem Eigentum mit 1 Jahr und 5 Monaten Gefängnis bestraft worden war, trat er im Oktober 1923 als Freiwilliger abermals der Reichswehr bei. Einige Tage darauf wurde er auf die republikanische Staatsverfassung vereidigt. Zehn Tage später ergriff er abermals das Hasenpanier, fuhr nach Koburg und trat dort der Schupopolizei bei. Der Eintritt in die Koburger Schupopolizei [illegible] nach eigener Aussage des Angeklagten nur den Zweck, sich recht erfolgreich an dem von Ludendorff im November 1923 geplanten Bierkeller-Putsch beteiligen zu können. Als es mit dem Putsche nichts wurde, [illegible] Palndnik Bayern wieder und ging in Preußen [illegible] Verfolgung nach. Einige Jahre später erinnerte sich die Staatsanwaltschaft des Burschen und zog ihn abermals wegen Fahnenflucht zur Verantwortung.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Magdeburg gibt er an, daß er von Bekannten erfahren hätte, daß er möglicherweise als Reichswehrsoldat gegen die [illegible] bayrischen Putsche verwendet würde. Da er selbst „Nationalist" sei, habe er die Reichswehr verlassen, um sich statt gegen, für die bayrischen Putschisten beteiligen zu können. Wenn er seine Reichswehruniform nicht abgeliefert habe, so sei das nur „Vergeßlichkeit" gewesen. [illegible] Schöffengericht beschäftigte sich vor allem mit der Frage, ob der Angeklagte als Zeitfreiwilliger dem Heere angehört habe oder nicht und ob er auch den militärischen Strafgesetzen unterliegt. Das Gericht hat diese beiden Fragen in Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt bejaht, so daß der Angeklagte abermals wegen Fahnenflucht und Unterschlagung von Militäreigentum zu einem Jahr einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Damit hat hoffentlich der „völkische" [illegible] „Vaterlandsverteidigers" seinen [illegible] gefunden. —

Vereins-Kalender.

[illegible]

Warenmärkte.

Magdeburger Zuckerbörse vom 17. Mai.

[illegible]

Berliner Produktenbörse vom 17. Mai.

[illegible]

Briefkasten.

Fr. O., Dessauer Straße. Mit Ihrem Eingesandt sind wir einverstanden, wir sehen aber von einer Veröffentlichung ab, weil die „Volksstimme" fast im gleichen Wortlaut schon über diese Angelegenheit geschrieben hat. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe.

	Datum	Stand	Fall	Wuchs
Nimburg	18. 5.	— 0,06	0,02	—
Brandeis	"	+ 0,25	0,05	—
Melnik	"	+ 0,80	0,06	—
Leitmeritz	"	+ 0,63	—	0,00
Aussig	"	+ 0,06	—	—
Dresden	"	— 1,60	—	—
Torgau	18. 5.	+ 0,82	0,04	—
Wittenberg	17. 5.	+ 1,69	—	—
Roßlau	18. 5.	+ 0,88	0,04	—
Aken	"	—	—	—
Barby	"	+ 0,95	0,08	—
Magdeburg	"	+ 0,75	0,08	—
Tangermünde	17. 5.	+ 1,56	—	—
Wittenberge	"	+ 1,29	—	—
Lenzen	"	—	—	—
Dömitz	"	+ 0,79	—	—
Dalchau	"	—	—	—
Boizenburg	"	—	—	—
Hohnstorf	"	+ 0,72	—	—

	Datum	Stand	Fall	Wuchs
Mulde.				
Düben	18. 5.	+ 0,06	0,02	—
Unstrut und Saale.				
Grochlitz	17. 5.	+ 1,11	—	—
Trotha Utp.	18. 5.	+ 1,80	—	—
Bernburg Utp.	"	+ 1,04	—	—
Calbe Oberpeg.	"	+ 1,84	—	—
Calbe Unterpeg.	"	+ 0,52	0,08	—
Grizehne	"	+ 0,56	0,08	—
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	17. 5.	+ 2,00	—	—
Brandenburg Unterpegel	"	+ 0,70	—	—
Rathenow Oberpegel	"	+ 1,42	—	—
Rathenow Unterpegel	"	+ 0,08	—	—
Havelberg	"	+ 1,48	—	—

Wetterbericht. (Nachdruck verboten.)

Aussichten für Mittwoch: Zeitweise aufklarend, milder, nur vorübergehend etwas Regen. —

Rundfunkprogramme.

Rundfunk-Progr. Berlin, Königswusterhausen, Stettin Berlin Welle 504 u. 571, — Königswusterhausen Deutsche Welle 1300, — Stettin Welle 241. — Stettin gibt außer eigenen Darbietungen das Programm Berlins. — Königswusterhausen gibt es von 8.30 ab (Sonntags von vorm. 11.30—2 und abends von 8 Uhr ab.) — Wochentags 10.10: Kleinhandelspreise. ⊙ 10.15: Nachrichten, Wetter. ⊙ 11—12.50: Konzert für Versuche und für die Industrie. ⊙ 12.55: Zeit. ⊙ 1.15: Nachrichten, Wetter. ⊙ 2.20: Börse. ⊙ 3.10: Landw.-Börse, Zeit. — Nach Abendprogramm: Nachrichten, Zeit, Wetter, Sport, Theater, Film.

Mittwoch, 19. Mai. 5: Für unsere Kleinen. Mitw.: Fritz Alten, Eva Holberg, Knabenchor der Kaiser-Friedrich-Schule. ⊙ 6.50: Fritz Badicke: „An entlegenen Havelseen". ⊙ 7.15: Prof. Dr. Hirsch: „Probleme des modernen Handels (Veränderungen des Weltmarktes)". ⊙ 7.50: Geh. Justizrat Prof. Dr. Heilfron: „Streifzüge durch das bürgerliche Recht (Das Erbrecht)". ⊙ 8.30: Konzert. Mendelssohn: Rondo capriccioso. Frühlingslied. Spinnerlied. (James Simon, Klavier.) — Kowalski: Aus „Pierrot lunaire". (Theodor Bariton.) — K. Baum: Das Lied von der dünnen Wand. Jan Rainer. (Karl Jander, Rez.) — Wieniawski: Romanze aus dem d-moll-Konzert. — Kreisler: Caprice viennois. (Jacques van Kinsbergen, Violine.) — Simon: Harlekinade. — Chopin: Walzer F-dur. Walzer E-moll. — Liszt: Waldesrauschen. Rigoletto-Paraphrase. (Simon.) — Kowalski: Aus „Pierrot lunaire". — Bransen: Aschermittwoch. April. (Scheidl.) — Baum: Der Schmied von Laibach. — Kehlheim: Die Brandstifterin. (Jander.) — Bloch: Zerknirschung, aus „Baal Schem". — Kreisler: Tambourin chinois. (Kinsbergen.) **Stettin.** 8.30: Unterhaltungsmusik. Fr. v. Blon: „Heil Europa", Marsch. — Puccini: Fant. „Madama Butterfly". (Stett. Kammermusikvereinigung: A. Littkiewicz, Klavier; A. Schuster, Viol.; M. Pohlers, Bratsche; A. Stubbe, Cello.) — O. J. Bierbaum: Frühlings-Zuruf. — Herm. Löns: Alle Birken grünen. (Edgar Flatau vom Stadttheater, Rez.) — Hildach: Der Lenz. — Mendelssohn: Leise zieht durch mein Gemüt. (Hohnau v. Stadtth., Tenor, Am Flügel: Herm. Scheibenhofer.) — Sinding: Prelude. (Schuster.) — Renard: Berceuse. (Stubbe.) — Th. Fontane: Herr von Ribbeck auf Ribbeck. — A. Kopisch: Die Heinzelmännchen. (Flatau.) — Wagner: Winterstürme wichen dem Wonnemond, aus „Walküre". (Hohnau.) — Thoma: Lausbubengeschichten. (Flatau.) — Meyerbeer: Ihr Wangenpaar, aus „Hugenotten". — Puccini: Wie eiskalt ist dies Händchen, aus „La Boheme". (Hohnau.) — Leo Fall: Walzer nach „Der fidele Bauer". — E. Robrecht: Dear one, Onestep.

Königswusterhausen. Mittwoch 19. Mai. 1: Lektor Grauder und Julius Kalinski: Französisch für Schüler. ⊙ 3: Studienrat Friebel und Lektor Mann: Englisch für Anfänger. ⊙ 3.30: Dieselben: Englisch für Fortgeschrittene. ⊙ 4: Geheimrat Prof. Dr. Sievers: Der Neuklassizismus und seine Grundlagen. ⊙ 4.30: Mitteilungen des Zentralinstitutes. ⊙ 5: Anna von Gierke: Das Schulkind in der Freizeit.

Rundfunk-Progr. Hamburg, Bremen, Hannover, Kiel Hamburg Welle 392, — Bremen Welle 279, — Hannover Welle 297. — Kiel Welle 233. Wochentags: 12.10: Wetter, Wasser etc. ⊙ 12.15: Börse. ⊙ 12.55: Nauener Zeit. ⊙ 1.10: Schiffahrtsfunk. ⊙ 12.30—2: Konzert in den Pausen. ⊙ 2: Bremer Wetter. ⊙ 2.05: Konzert der Bremer Norag. ⊙ 2.45: Funkbörse. ⊙ 3.35: Zeit. ⊙ 3.40: Börse. ⊙ 4: Schiffahrt. ⊙ 6.15: Bremer Wetter- und Kriminal-Bericht. ⊙ 7.55: Wetter.

Mittwoch, 19. Mai. 4.10: Bremen: Schachfunk. (Nur Bremen.) ⊙ 4.15: Hannover: Nachmittagskonzert. (Für Hamburg, Hannover, Kiel.) ⊙ 5: Funkheinzelmanns Kindertheater. ⊙ 6: Hannover: Abessinien. Land und Leute. 1. Vortrag Otto Müller. Dir. d. Zool. Gartens Hannover, über seine Reiseerlebnisse aus dem Jahre 1926. (Nur Hannover.) ⊙ 6: Hamburg: Im Märchenland. Plauderstunde der Funkwerbung. (Nur Hamburg.) ⊙ 6.25: Hannover: Bremen: Im Märchenland. Plauderstunde der Funkwerbung. ⊙ 6.50: Zehn Minuten in den Klippen der Musiktheorie. (Notenpapier und Bleistift!) 7. Die Genossenschaft Moll. Vortrag Dr. Heinib. ⊙ 7.05: Fritz Stavenhagen. Vortrag Dr. Strempel. 2. T. ⊙ 7.30: Internationaler Luftverkehr unter Berücksichtigung der Deutschen Luft-Hansa A.-G. Vortrag H. Bircham. ⊙ 8: Die Heirat wider Willen. Kom. Oper von Humperdinck. Pers.: König Philipp V.: Bernh. Jelschtat. Robert Graf von Montfort: Ferd. Schneider. Emil Duval: Kurt Rodeck. Hedwig von Merian: Eva Echler. Luise Marchair: E. Kroll-Lange. ⊙ 10: Konzert aus dem Cafe Continental Hannover.

Rundfunk Leipzig (Welle 452), Dresden (Welle 294) Chemnitz Welle 454. — Weimar Welle 454. — Wochentags: 10: Wirtschaft. Wetter d. Sächs. Verkehrsverbandes. ⊙ 11.45: Wetterdienst der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. ⊙ 12: Mittagsmusik. ⊙ 12.55: Nauener Zeitzeichen. ⊙ 1.15: Börse, Presse. ⊙ 2.45: Wirtschaft. ⊙ 3—4: Pädagog. Rundfunk d. Zentral-Instituts (Deutsche Welle 1300). ⊙ 3.25: Berl. Prod.-Börse. ⊙ 5.30 u. 6.15: Börse. Wirtschaft. ⊙ Anschl. an die Abendveranstaltung: Presse, Sport etc.

Mittwoch, 19. Mai. 4.30: Dresden: Kindernachmittag. Deutsche Sagen. ⊙ 6.30: Funkbastelstunde. ⊙ 6.45: Arbeitsbericht des Sächs. Landesamtes. ⊙ 7: Prof. Wittmann: „Geschichte des deutschen Dramas und des Theaters." ⊙ 7.30: (von Dresden aus): Dr. Roth: „Die Frauen der Frühromantik". ⊙ 8.15: „Wie heiße ich meinen Mann?" Fröhl. eheliches Kampfspiel von Hans Sturm. Pers.: Doktor Hennig, Apotheker: E. Bitmann. Ida, seine Frau: Elfe Sanders. Bankmüller, Kaufmann: Fr. Schönemann. Käthe, seine Frau: Elisabeth Frank. Ludwig Dralle, Verlagsbuchhändler: K. Bauer. Olga, seine Frau: Hilde Schwandt. Der Baron: Fr. Ohmald. Die Baronin: Mathilde Hecht. Max Nack, Gastwirt: C. Zimmermann. Selma, seine Frau: Charl. Friedrich. Handlung: Erster und zweiter Akt: Gemeinsames Gartenzimmer in einer Pension auf dem Weißen Hirsch. Dritter Akt: Gaststube in einer Wirtschaft der Sächs. Schweiz. ⊙ 10.15: Funkbrettl. Anschl.: Tanzmusik aus Dresden.

(Schluß des redaktionellen Teiles)

[illegible]

[illegible]

Gesundheit ist Lebensglück!

Kauft die Ullstein-Sonderhefte:

Wie bleibe ich frisch und elastisch, jung und schön?

Gesunde Kinder, glückliche Mütter!

Jedes Heft reich illustriert nur 1.25

Buchhandlung Volksstimme

Mein Pfingstverkauf!

bietet Ihnen große Vorteile

Sonntagsanzüge, hell und gestreift	39.00	32.00	27.00	21.00
Gummimäntel, in verschied. Farben	19.50	16.00	15.00	12.90
Windjacken, imprägniert		11.50	8.00	6.00
Sommerjacken		6.50	5.00	4.50	3.25
Breecheshosen		8.75	7.00	6.00	4.50
Zwirnhosen			4.50	3.75	3.00
Satinhosen			5.75	5.00	4.50
Pilothosen			5.50	4.50	3.75

Blaue Jacken, Arbeitswesten

Konkurrenzlos billig in

Preßlers Textilhalle

nur Buttergasse 8.

Jede Weite wird auf Wunsch angefertigt.

Cornucoll das flüssige Hühneraugenmittel

Nur echt

HOF-APOTHEKE

Breiteweg 158 Am Ulrichsbogen

Schuhbesohlanstalt Hansa

Herren-Sohlen	2.60
Damen-Sohlen	1.75
Herren-Absätze	0.90
Damen-Absätze	0.75
Kinder-Sohlen nach Größe	

Anfertigung von nur prima Kernleder. Auf Wunsch Sohlen u. Absätze in ½ Stunde.

Besohlanstalt Hansa

Sackmannstraße 20, Ecke Schopenstraße.

Schönebeck

Heute Mittwoch:

Gr. Schlachtfest

Von nachmittags 6 Uhr an

alle Sorten frische Wurst

in la. Qualität nach Harzer Art, von morgen ab die beliebte Pottwurst, Hackepeter

Theodor Sieber, Inhaber: J. Sieber, Lübecker Straße 15 (Lübecker Straße)

Telephon 706.

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Die öffentlichen Badestellen befinden sich in der Elbe am Münnichswerder oberhalb des Kanalisationsdammes und sind vom 15. Mai an eröffnet. Das Baden ist dort wie folgt gestattet:

Werktags von 3 bis 5 Uhr nachm. für Kinder
" " 5 " 6 " " " Frauen
" " 6 " 8 " " " Männer
Sonn- u. festtags 8—9 Uhr vormittags für Frauen
" " " 9—11 " " " Männer
" " " 11—2 " " " Kinder
" " " 3—5 " nachmittags " Kinder
" " " 5—6 " " " Frauen
" " " 6—8 " " " Männer

Während einer andern Tageszeit ist das Baden dort nicht gestattet.

Die Badestellen stehen unter Aufsicht des Bademeisters Engel, dessen Anordnungen jedermann Folge zu leisten hat.

Wer im Münnichswerder außerhalb der Grenzen dieser Badestellen oder des Jugendhafens veranlaßt wird, hat polizeiliche Strafe zu gewärtigen.

Tangermünde, den 14. Mai 1926.

Der Magistrat. Lenz.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 19. Mai 1926 vom 8 Uhr vormittags bis 12½ Uhr mittags werden Gegenstände gepfändet.

Burg, den 18. Mai 1926.

Der Magistrat. Gerichtsvollzieher.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 15. Mai. Schlosserlehrling Rudolf Pluck, 19 J. Schneidermeister Karl Schröder, 72 J. Magistrats-Vermittlungsassistent Fritz Hoyer, 48 J. Witwe Johanna Baumann geb. Dierrich, 82 J. Witwe geb. Barnow, Mutter des Bildhauers Heinrich Regel, 77 J. —

Todesfälle. 17. Mai. Margarete geb. Nietzsch, Ehefrau des Ingenieurs Emil Löser, 41 J. Kaufmann Otto Köhne, 60 J. Witwe Marie Dannenberg geb. Denk, 76 J. Handlungsgehilfe Hans Kümmerman, 20 J. Witwe Anna Kuckenagel geb. Meyer, 64 J. Wilhelm, Sohn des Ingenieurmachers Wilhelm Dierrich, 6 M. Anna geb. Buchhaus, Ehefrau des Reichsbahnassistent Heinrich Krüger aus Drusberge, 30 J. Helga, Tochter des Maurers Willi Bergemann, 2 M. Luise, Tochter des Handlungsgehilfen Rudolf Meyer, 2 J. Arbeiter Heinrich Wiffenbach, 72 J. Friedrich geb. Hedtke, Ehefrau des Schmiedes Heinrich Mühlenberg, 64 J. Witwe Marie Schmidt geb. Hetzer, 72 J.

Magdeburg-Sudenburg.

Todesfälle. 15. Mai. Ehefrau des Maschinenbauers Emil Sponge, Helene geb. Stern, 28 J. Kind, T. des Oberschweizers Arthur Koop in Cochstedt, 6 J. Kaufmannswitwe Emma Mannschott geb. Schwarzkopf, 69 J.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfälle. 17. Mai. Witwe des Arbeiters Johannes Weber, Auguste geb. Schneider verw. Kaufmann Kreutzmann, 69 J. Hella, Tochter des [illegible]

Die **Gewähr** für **beste Qualitäten** zu **billigsten Preisen** verbürgen die am nebenstehenden Zeichen erkennbaren

Edeka-Geschäfte

durch den gemeinschaftlichen Großeinkauf ihrer

Edeka-Zentrale

In Deutschland: 35 000 Einzelgeschäfte

Eigene Importstelle Hamburg

Zu Magdeburg gehören 150 Geschäfte

Zum Pfingstfest!

Backartikel

Auszugmehl	5-Pfund-Beutel 1.30		
Edeka-Auszugmehl	5-Pfund-Beutel 1.50		
Diamant-Mehl	5-Pfund-Beutel 1.50		
Zucker Raffinade	Pfd. 0.32	Melis	Pfd. 0.29
Palmin	Pfd. 0.85	Wizona	Pfd. 0.70
Margarine Rahma, Blauband, Pfd. 1.00 and von 0.60 an			
„ Fri-Ho-Di Pfd. 1.20		Homa	Pfd 0.90
Sultaninen la. helle	Pfd 1.00	und	0.85
Korinthen Gartenfrucht	Pfd. 0.70	Korinthen I	Pfd. 0.50
Mandeln la. süße	Pfd. 2.50	und	2.20

Weinbrand-Verschnitt	1/1 Flasche	3.00
Edeka-Weinbrand reines Weindestillat	1/1 Flasche	4.50
Edelbrand (Woldemar Schmidt)	1/1 Flasche	4.50
Ur-Buchholz	1/1 Flasche	5.00
Asbach-Uralt	1/1 Flasche	7.00
Laubenheimer Berg	1/1 Flasche	1.25
Rüdesheimer Bischofsberg	1/1 Flasche	1.90
Rappoltsweilerer Rotwein	1/1 Flasche	1.25
Château la Providence	1/1 Flasche	2.00
Tarragona 1. Marke	1/1 Flasche	1.60

inklusive Glas und Steuer

Kaffee

Stets frisch geröstet	Pfund 3.00 und	3.20
Guatemala-Mischung	Pfd.	3.80
Edeka-Mischung hochfein	Pfd.	4.20
Kaffee Hag	Paket	2.00
Karlsbader Kaffee-Gewürz	Paket	0.35

Bowlenfrüchte

Ananas	1/1 Dose 1.90		1/2 Dose	1.00
Erdbeeren	1/1 Dose 1.90		1/2 Dose	1.00

Edeka-Großhandel E. G. m. b. H., Magdeburg.

Lachen links Jede Woche eine neue Nummer empfiehlt Buchhandlung Volksstimme

Palast-Theater Burg

Dienstag bis Donnerstag

1. **Die neue Großmacht** Der Film der intern. Olympiade zu Frankfurt a. M.
2. **Paulchen als Sportsmann** Eine Wassersportkomödie in 5 Akten. Hauptdarsteller: Paul Heidemann und Julius Falkenstein.
3. **Die Trianon-Woche** Neuestes vom Tage.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Jugendliche haben Zutritt. Kleine Eintrittspreise.

Vogel & Co., A.-G., Magdeburg

V Weinbrand O Liköre C Weinbrand O Liköre

Braunehirschstraße 2 :-: Seit 1840

Autoführer-Ausbildung

Ing. Kreuter, Gr. Diesdorfer Str. 29 Tel. 8583. Prosp. frei. Eintritt täglich.

Hofjäger

— im grünen Tal —

Täglich abends 8.15 Leipziger Fritz-Weber-Sänger

Eintritt 1.00 bis 60 Pf. einschließl. Steuer.

Mitteldeutsche Ausstellungsgesellschaft m. b. H. Magdeburg

Viktoria-Theater

Eröffnung:

Freitag den 21. Mai 1926, abends 8 Uhr

Künstlerische Leitung:

Hans Beckow, Magdeburg.

Darstellende Künstler:

Margrete Barowska, Lessing-Theather Berlin. **Hanna Janthos,** Albert-Theater Dresden. **Gusta Karna,** Tribüne Berlin. **Hilde Körner,** Barnowski-Bühnen Berlin. **Wanda Lind,** Trianontheater Berlin. **Isolde Milde,** Stadttheater Königsberg. **Inge Sitzr,** Trianontheater Berlin. **M. B. Bernheim,** Kammerspiele München. **Richard Feist,** Kammerspiele Hamburg. **Erich Freund,** Kammerspiele Wien. **Max Gerhard,** Lessing-Theater Berlin. **Erich Haack,** Schiller-Theater Berlin. **Edwin Jürgensen,** Kammerspiele Hamburg. **Florian Klenzl,** Goethe-Bühne Berlin. **Herbert Mühlberg,** Goethe-Bühne Berlin. **Joseph Schneicher,** Stadttheater Frankfurt a. d. O. **Alexander Starke,** Schauspielhaus Zürich. **Heino Thiele,** Trianontheater und Kleines Theater Berlin.

Aufführungen:

Ein Spiel von Tod und Liebe von Romain Rolland. **Das Nachtmahl der Kardinäle** von Julio Dantas. **Die letzte Geliebte,** Schauspiel von Ossip Dymow. **Gesellschaft,** Schauspiel von John Galsworthy. **Der Schatten,** Schauspiel von Dario Niccodemi. **Ein Volksfeind,** Schauspiel von Henrik Ibsen. **Mrs. Cheneys Ende,** Lustspiel von Frechrik Lonsdale. Uraufführung: **Großreinemachen,** Komödie von Hjalmar Bergmann. **Eine Bonbonniere,** ein behagliches Bühnenspiel von Hermann Heijermans. **Sein Windhund,** Schwank von Kurt Kraatz und Artur Hoffmann, u. a.

Gastspiele:

Bisher vorgesehen: **Ella Durlaux, Tobias Gondy, Ilka Grüning, Herta Ruß, Eugen Klöpfer, Jakob Tiedtke.**

Eintrittspreise:

Orchesterlage	3.00	Loge (2. Reihe)	1.75	Mittellage (nummer.)	1.00
Prosceniumslage	2.50	Sperrsitz	2.25	Parterre (nummer.)	0.75
Loge (1. Reihe)	2.00	Parkett	1.50	Stehplatz	0.50

Die Kassen des Viktoria-Theaters sind geöffnet:

Werktags von 6½ Uhr abends. Sonntags von 2½ Uhr nachmittags an.

Vorverkauf nur im Verkehrsverein, Breiter Weg 166.

Dauerkarten zu ermäßigten Preisen nur an der Konzertkasse Heinrichshofen, Breiter Weg und in der Blumenhandlung Bernhard Spiecker, Alter Markt.

Das Theater ist vollständig renoviert.

Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag von 3½ bis 5 Uhr:

Großes Konzert im Theatergarten

Die Zarten

künstliche Blumen

Sal. Siebert

ZENTRAL

Der große Erfolg!

Lene, Lotte, Liese

– Jungfrauen Töchter –

Zentraltheater-Restaurant

Varieté-Programm!

Konzerthaus

Mittwoch und Donnerstag

Die beliebten **Kaffee-Konzerte**

mit Modernsten Einlagen

Bei günstiger Witterung im Garten

Eintritt frei! Eintritt frei!

Die Herrschaft der 500

Ein Bild des unternehmerischen Lebens im neuen Deutschland. — — Von W. Lambach.

Über 30 Illustrationen und politische Zeitbilder nach Originalzeichnungen.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Zeitungsverlagen.

Die Lehren des englischen Kampfes.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung" schreibt Otto Bauer:

Der Riesenstreik der britischen Arbeiter war eins der gewaltigsten Ereignisse in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Es ist unser aller Pflicht, aus den Erfahrungen dieses Kampfes zu lernen.

Die britischen Arbeiter haben den Sieg, den Hunderttausende in England, Millionen in der ganzen Welt erhofft, nicht errungen. Warum?

Die Kommunisten und ihre Nachläufer sind mit ihrem Urteil schnell fertig: die „Führer" haben die Bewegung „verraten". Das ist ja das Geschwätz bei und nach jedem großen Kampfe: die Welt wäre längst ein Paradies, wären die „Führer" der Arbeiter nicht Schwächlinge, Feiglinge, Verräter.

Die bürgerlich-individualistische Geschichtsauffassung betrachtet die Geschichte als das Werk großer Männer. Alles Große, das geschehen ist, hat ein Weiser oder ein Held getan. Alles Unheil, das sich ereignet hat, hat ein Tor oder ein Verräter verschuldet.

Marx hat diese

individualistische Geschichtsauffassung

überwunden. Nach Marxens Lehre ist der Gang der Geschichte bestimmt durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte der Menschheit; durch die Entwicklung der Klassen, durch den jeweiligen Reifegrad ihrer Entwicklung, durch die Kämpfe zwischen den Klassen. Große Männer können immer nur vollziehen, was durch die wirtschaftliche Entwicklung, durch die Entwicklung der Klassen schon längst möglich geworden ist.

Wer das Schicksal der Arbeiterklasse aus den Tugenden oder den Verbrechen ihrer Führer erklären will, der steckt noch ganz in der bürgerlich-individualistischen Geschichtsauffassung darin; der hat noch nicht einmal das Abc des Marxismus verstehen gelernt.

Versuchen wir es also, die erschütternden Ereignisse des britischen Riesenkampfes nicht nach dem bürgerlich-individualistischen Schema, das die Kommunisten übernommen haben, sondern aus den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, unter denen der Kampf geführt wurde, verstehen zu lernen!

Zunächst ein paar Tatsachen, die uns zu denken geben:

1. Schriftsetzer und Buchdrucker haben den Streik proklamiert. Aber die Zahl der Streikbrecher war so groß, daß nach wenigen Tagen die größten bürgerlichen Zeitungen Londons wieder erscheinen konnten!

Massenstreikbruch

selbst in dem auch in England bestorganisierten Beruf!

2. Die Eisenbahner haben den Streik proklamiert. Aber die Zahl der Streikbrecher war so groß, daß täglich tausend Eisenbahnzüge fahren konnten!

3. Die Seeleute haben sich am Streik nicht beteiligt. In den festländischen Häfen haben sich deutsche, holländische, belgische, französische Hafenarbeiter geweigert, englische Schiffe zu laden und zu löschen; aber englische Seeleute haben den Dienst auf diesen Schiffen verrichtet. Und diese Seeleute gehören einer Gewerkschaft an, die der Gesamtorganisation der englischen Gewerkschaften angeschlossen ist.

Es unterliegt nach diesen Beispielen wohl keinem Zweifel: Hunderttausende Streikbrecher haben der Regierung die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste, die Truppentransporte, die Lebensmittelversorgung ermöglicht. Deshalb konnte der Streik nicht siegen. Wie ist dieser Massenstreikbruch zu erklären?

Gewiß, lang andauernde Massenarbeitslosigkeit hat die moralische Kraft vieler Arbeitsloser zermürbt. Streike in Zeiten großer Arbeitslosigkeit sind immer gefährlich. Aber wir haben in Mitteleuropa die Erfahrung gemacht, daß selbst in Zeiten großer Arbeitslosigkeit große Kämpfe geführt werden konnten, ohne daß sich viele Streikbrecher fanden. Warum war das in England anders?

Auf dem Festland hat die Sozialdemokratie die Gewerkschaften begründet. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter von Anfang an zur

Klassensolidarität,

zur Solidarität über die Berufsgrenzen hinaus mit den Arbeitern aller Berufe, zur Solidarität im gewerkschaftlichen wie im politischen Kampfe erzogen.

Anders in England! Dort gab es Gewerkschaften, lange bevor eine Arbeiterpartei entstanden ist. Diese Gewerkschaften waren gänzlich unpolitisch; sie beschränkten sich auf den rein gewerkschaftlichen Kampf. Jede dieser Gewerkschaften führte den Kampf im eigenen Beruf, ohne sich um die Arbeiter der andern Berufe zu kümmern. Die englischen Gewerkschaften haben im neunzehnten Jahrhundert ihre Mitglieder nicht erzogen zur Klassensolidarität, sondern nur zu enger

Berufssolidarität.

Erst in den letzten zwanzig Jahren ist das allmählich anders geworden. Der industrielle Aufstieg Deutschlands und der Vereinigten Staaten hat das Weltmonopol der britischen Industrie gebrochen. Dann hat der Krieg der britischen Industrie schwere Wunden geschlagen. Die Lage der britischen Arbeiter hat sich empfindlich verschlechtert. Dadurch wurden die britischen Arbeiter revolutioniert. Die enge Berufssolidarität begann sich allmählich zu der die ganze Arbeiterklasse umspannenden, auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Kampffeld verbürgten Klassensolidarität zu erweitern.

Der Streik, den wir jetzt erlebt haben, war ein Triumph dieser Entwicklung. Eisenbahner, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Zeitungssetzer traten in den Streik, um die Löhne der Bergarbeiter zu verteidigen. Und zum erstenmal in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung operierte nicht jede Berufsgewerkschaft auf eigne Faust, übertrugen vielmehr alle Gewerkschaften dem Generalrat die Leitung der ganzen Bewegung. Gewiß, ein gewaltiger Fortschritt.

Aber die Erfahrung des Streiks hat es gelehrt: Die Mehrheit der britischen Arbeiter hat diese große Entwicklung von der Berufs- zur Klassensolidarität zurückgelegt, aber

eine noch große Minderheit

hat es noch nicht, sie lebt noch in den engen Schranken engherziger Berufssolidarität.

Die Arbeiter, die zu dieser rückständigen Minderheit gehören, würden nicht zu Streikbrechern, wenn es sich um einen Lohnkampf in ihrem engeren Berufe handelte. Ihr eignes Interesse an einem solchen Lohnkampf würden sie verstehen. Aber ein Solidaritätsstreik für die Interessen eines andern Berufs — nein, das entspricht nicht ihrem zünftlerischen Denken. Und wenn ihnen gar Regierung und bürgerliche Presse sagen, das sei gar kein gewerkschaftlicher Kampf, sondern ein politischer, ein Attentat auf Englands durch die Jahrhunderte geheiligte Verfassung — nein, da tun sie nicht mit! Da haben sie die Rechtfertigung vor sich selbst, Streikbrecherdienste zu leisten!

Verstehen wir nun den Massenstreikbruch, an dem der Streik gescheitert ist? Er war die Auflehnung der noch in den engen Schranken der Berufssolidarität befangen gebliebenen Arbeiter gegen die schon zur Klassensolidarität gereifte Mehrheit. Er war

die Rebellion der Vergangenheit

der englischen Gewerkschaften gegen ihre Gegenwart. Er war die Revolte halbzünftlerischer Nurgewerkschaftertums gegen moderne, gewerkschaftliche und politische Kampfmittel kombinierenden Klassenkampf.

Die britische Regierung hat vom Anfang an auf die rückständigen, noch nicht aus dem alten Zünftlertum emporgewachsenen Elemente innerhalb der britischen Arbeitermassen spekuliert. Sie hat den Streik als politischen hingestellt, das Gespenst des Bolschewismus an die Wand gemalt, nicht nur um das Bürgertum gegen die Arbeiter zu mobilisieren, sondern auch, um die rückständigen Elemente innerhalb der Arbeiterschaft selbst zu überreden, daß Streikbruch in diesem Falle patriotische Pflicht sei.

Die Gewerkschaften ließen sich durch diesen Versuch der britischen Regierung in die entgegengesetzte Position drängen. Sie beteuerten und demonstrierten vom ersten Tag an, daß es sich nur um eine rein gewerkschaftliche, beileibe

nicht um eine politische Aktion

handle. Damit wollten sie diejenigen Arbeiter an der Stange halten, die, mögen sie auch bei reinen Lohnkämpfen Disziplin halten, politisch doch in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien sind. Die Zahl dieser Arbeiter ist ja in England sehr groß; wäre sie es nicht, so gäbe es in dem Lande, in dem die Arbeiter zwei Drittel der Wählerschaft bilden, keine bürgerliche Parlamentsmehrheit.

Wie stand es aber in Wirklichkeit? War es ein rein gewerkschaftlicher oder ein politischer Kampf?

Es ging um die Löhne im Bergbau. Aber es ist unbestritten, daß viele Bergwerke die bisherigen Löhne nicht zu bezahlen imstande sind, sobald ihnen die Staatssubvention entzogen wird. Es gab nur ein Mittel, die Bergarbeiterlöhne zu retten: die Regierung zu einer Reorganisation des Bergbaues zu zwingen, die die Weiterzahlung der bisherigen Löhne ermöglichen würde. Der Kampf ging also nicht gegen die Bergwerksbesitzer. Er mußte vielmehr die Regierung unter Druck, unter allerstärksten Druck stellen; denn es ging ja darum, eine bürgerliche Regierung zu einer Art Sozialisierung des Bergbaues zu zwingen. Ein solcher Kampf war seinem Wesen nach ein politischer Kampf, konnte nur als politischer Kampf siegen!

Die reichen Leute halten Störungen in der Lebensmittelversorgung und den Stillstand der Betriebe viel länger aus als die Arbeiter. Ein Generalstreik kann also — ganz anders als ein Streik im einzelnen Betrieb oder Industriezweig — nicht durch seine wirtschaftlichen Wirkungen siegen. Er kann nur dadurch siegen, daß er in einen

Kampf um die politische Macht,

in eine Revolution umzuschlagen droht, dadurch die Bourgeoisie und ihre Regierung in Angst versetzt und zur Kapitulation zwingt.

Diese Einschüchterungswirkung aber konnte diesmal nicht erreicht werden. Erstens, weil die Truppen fest in der Hand der Regierung waren. Zweitens, weil die Zahl der Streikbrecher so groß war, daß die Regierung die öffentlichen Dienste aufrechterhalten konnte. Drittens, weil die Gewerkschaften selbst aus Rücksicht auf die politisch noch unter bürgerlichem Einfluß stehenden Arbeiter ständig beteuerten, daß die Arbeiter beileibe nicht die politische Macht der Bourgeoisie bedrohen wollten. So konnten Bourgeoisie und Regierung ruhig sein. Sie richteten sich auf lange Dauer des Streiks ein. Nach wenigen Tagen mußte der Generalrat einsehen, daß der Streik

nicht zu gewinnen war,

weil die Regierung ihn länger aushalten konnte als die Arbeiter.

Das ist die wichtigste Lehre dieses Streikes: In einem Entscheidungskampf wie diesem kann die Arbeiterschaft nur dann siegen, wenn sie in ihrem Ganzen — und nicht bloß ein vorgeschrittener Teil von ihm — nicht nur zu enger Berufssolidarität, sondern zu wirklicher Klassensolidarität und nicht nur zum Lohnkampf, sondern auch zum Kampf um die politische Macht, zu politischem Machtwillen erzogen ist; nur dann also, wenn die gewerkschaftlich organisierten Massen nicht bloß für enge Berufsinteressen zu kämpfen bereit, sondern mit dem Geiste des politischen Klassenkampfes erfüllt, das heißt: im Geiste des Sozialismus erzogen sind.

Das Resultat des Kampfes? Es scheint, daß die Regierung den Bergarbeitern nicht ganz ungünstige Bedingungen anbieten. Trotzdem: Hätten sie nicht, solange die Regierung noch den Ausbruch eines Generalstreiks zu fürchten hatte, Günstigeres bekommen können als jetzt, da Bourgeoisie und Regierung von dieser Furcht befreit sind?

Ein Jahr lang hat die Bourgeoisie in der

Angst vor dem Generalstreik

gelebt. Das machte sie nachgiebig. Jetzt ist diese Furcht von ihr genommen. Jetzt nimmt sie ihre Revanche. Man sehe, welche demütigenden Bedingungen sich die Eisenbahner bei der Wiederaufnahme der Arbeit unterwerfen mußten.

Die Kommunisten haben aus der alten syndikalistischen Theorie die Praxis der „revolutionären Gymnastik" übernommen. Fragt nicht nach den Kampfbedingungen. Ob Sieg oder Niederlage in Aussicht steht — jeder kühn unternommene Kampf ist gut. Selbst wenn die Arbeiter geschlagen werden, üben sie sich doch im Kampfe für die Revolution.

Was die englischen Arbeiter jetzt erleben, warnt vor dieser

gefährlichen Irrlehre.

Jede Niederlage der Arbeiter wird von den Kapitalisten furchtbar ausgenutzt. Immer noch besser, einem Kampfe, wenn die Aussichten allzu ungünstig sind, auszuweichen, als sicherer Niederlage entgegenzugehen. Auch das ist eine Lehre aus dieser bittern Erfahrung.

Und die Führer der englischen Gewerkschaften? Mußten diese erfahrenen Männer nicht voraussehen, daß der bisher erreichte Reifegrad der englischen Arbeiterschaft den Sieg nicht erhoffen ließ? Wie konnten sie trotzdem den Generalstreik beschließen?

Man spricht von Rechten und Linken, von Gemäßigten und Radikalen, von Reformisten und Revolutionären in der englischen Gewerkschaftsbewegung. Man deute diese Gegensätze nicht falsch. Cook, der Bergarbeiterführer, war „radikal"; er wußte: seine Bergarbeiter, um deren Löhne es ja ging, werden sich ausgezeichnet schlagen. Cramp, der Eisenbahnerführer, war „gemäßigt"; er wußte: es wird nicht ganz leicht sein, die Eisenbahner in einem Streike zu führen, bei dem es sich nicht um ihre Löhne handelte. „Radikal" waren manche Führer, die unter dem Drucke von Massen standen, welche bereits zum Klassenbewußtsein gereift sind; „gemäßigt" die Führer andrer Gewerkschaften, in denen noch viele Arbeiter im Geist enger Berufssolidarität denken. Es sind nicht so sehr Gegensätze der Ansichten der Führer als Verschiedenheiten der Situation in den einzelnen Berufen.

Nicht diese Gegensätze der „Richtungen" waren das entscheidende.

Entscheidend

war die Erfahrung von 1921. Auch damals verlangten die Bergarbeiter den Generalstreik. Damals haben die Führer der Eisenbahner und der Transportarbeiter ihn abgelehnt. Seither sind sie jahrelang als „Verräter" beschimpft worden. Nicht jeder erträgt solchen Schimpf. Diesmal hatten sie Angst, abermals als Verräter hingestellt zu werden. Deshalb haben sie, offenbar gegen ihre Ueberzeugung, für die Proklamierung des Generalstreiks gestimmt.

Wenn kampflustige Leute jeden, der nach sorgfältiger, gewissenhafter Prüfung der Kampfbedingungen zu dem Ergebnis gelangt, daß ein großer Kampf in einem bestimmten Augenblick nicht ratsam sei, deshalb einen Schwächling, Feigling, Verräter schimpfen, dann erzeugen sie eine Atmosphäre, in der viele es nicht mehr wagen, sich einem Kampfbeschluß zu widersetzen, auch wenn sie den sichern Mißerfolg voraussehen; dann werden Kampfbeschlüsse gefaßt, die mit verhängnisvollen Enttäuschungen enden. Auch das ist eine Lehre der englischen Erfahrung. Und vielleicht nicht die unwichtigste. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Bergarbeiterkonferenz in Bochum.

Die Ortsgruppendelegierten der Betriebsräte und die neugewählten Generalversammlungsdelegierten des Bergarbeiterverbandes nahmen in einer Revierkonferenz Stellung zu dem englischen Arbeiterkampf und den bisher getroffenen Maßnahmen der Organisationsleitung.

Die Berichterstattung über den Stand der englischen Bewegung und über die Unterstützungsaktion des Deutschen Bergarbeiterverbandes hatte das Vorstandsmitglied Schmidt übernommen. In der Diskussion stellten sich die Redner bis auf einen vollständig auf den Boden des Referenten. In seinem Schlußwort bemerkte Schmidt, daß wegen einer Reduzierung der Arbeitszeit für die Uebertagearbeiter der Verband im geeigneten Augenblick den Kampf aufnehmen würde. Auch werde der Verband in entschiedener Weise für ein gesetzliches Verbot der Ueberarbeit eintreten.

Die von der Konferenzleitung vorgelegte Entschließung empfiehlt die Annahme der Reichskonferenzbeschlüsse, in welchen die getroffenen Maßnahmen der Verbandsleitung anerkannt werden. Es waren etwa 230 Delegierte anwesend. Gegen die Entschließung stimmten 9 Delegierte.

Einen weitern Diskussionsstoff bildete der augenblickliche aktuelle Kampf um die Reichsknappschaftsnovelle. Der Referent Viktor betonte, daß es gelungen sei, zwar einige Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen, denen aber so viele Verschlechterungen gegenüberständen, daß mit Recht die Reichsfraktion zuzustimmen, die die Annahme ablehnte. Die Konferenz beschloß einstimmig, die ablehnende Entschließung der Reichskonferenz gutzuheißen. —

Verbandstag der Zimmerer.

Am Sonntag hat im Dresdner Volkshaus der 24. Verbandstag des Zentralverbandes der Zimmerer, an dem 180 Delegierte teilnehmen, begonnen. Auf der Tagesordnung stehen unter andern die Fragen des Bauarbeiterschutzes und die Verhandlungen über den Reichstarif für das Baugewerbe.

In den letzten 2 Jahren stand der Verband oft in harten Kämpfen. Nur durch die Opferwilligkeit der Mitglieder konnte der von den Unternehmern geplante Raub des Achtstundentags und die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vereitelt werden. Rund 71 000 Mitglieder waren an diesen Kämpfen beteiligt und für weit über 1½ Millionen Streik- und Aussperrungstage mußte Unterstützung gezahlt werden. Der in der Streik- und Lohnbewegung pro Mitglied ausgegebene Betrag stellte sich 1924 auf 8,12 Mark, 1925 aber auf 32,72 Mark. Im ganzen wurden hierfür 3 Millionen Mark und bis zum März d. J. 1,9 Millionen Mark für Erwerbslosenunterstützung ausgegeben.

Der Kampf war jedoch nicht begehens, 17 Prozent der Mitglieder arbeiten wöchentlich weniger als 48 Stunden, 75 Prozent arbeiten 48 Stunden und nur 8 Prozent über 48 Stunden. Der Durchschnittslohn betrug im Januar 1924 insgesamt 53 Pf. und stieg auf etwas über 102 Pf. Der Mitgliederaufstieg betrug im letzten Jahre rund 7,33 Prozent. Rund 50 Prozent aller im Zimmergewerbe vorhandenen Lehrlinge sind im Zentralverband organisiert und für 65 Prozent alle organisierten Lehrlinge sind die Löhne tariflich geregelt. In 70 Städten unterhält der Verband Modellierschulen zur fachlichen Ausbildung der Lehrlinge.

Alles in allem ein Stück gewerkschaftlicher Arbeit, das sich sehen lassen kann. —

Verbandstag der Dachdecker.

Vom 9. bis 13. Mai fand in Friedrichroda der 15. Verbandstag des Zentralverbandes der Dachdecker statt. Der Bericht des Vorsitzenden Thomas zeigte, daß sich der Verband in den zwei letzten Jahren sehr gut entwickelt hat. Auch die oft katastrophale Arbeitslosigkeit der Mitgliedschaft vermochte diese günstige Entwicklung, die auf den Tiefstand kurz nach der Inflation folgte, nicht aufzuhalten. Die Mitgliederzahl ist nicht nur stabil geblieben, sondern hat sich relativ verbessert. Der Kassenbericht gab ebenfalls ein zufriedenstellendes Bild. Der Verbandsleitung wurde gegen eine Stimme das Vertrauen ausgesprochen.

Am zweiten Verhandlungstag hielt Genosse Professor Nölting (Frankfurt) ein Referat über Wirtschaftsnot und Wirtschaftsgesundung, das Beifall fand und als Broschüre erscheinen soll.

Ueber die wirtschaftliche Lage im Beruf sprach Schmidt (Erfurt). Er schilderte besonders die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die durch die darniederliegende Bauwirtschaft gekennzeichnet ist. In einer längeren Debatte wurde zur

Frage des Reichstarifs

beschlossen, eine Verhandlungskommission mit dem Abschluß eines neuen Tarifs zu betrauen. Der Anschluß an den Baugewerksbund wurde ebenfalls lebhaft debattiert. Man beschloß, die Gautage darüber entscheiden zu lassen. Die prinzipielle Bereitschaft zum Anschluß wurde von allen Rednern ausgesprochen.

Nach einem Referat des Kollegen Sachs vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund über den Bauarbeiterschutz wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die geplante Verschlechterung des Bauarbeiterschutzes protestiert und eine Mitwirkung der Arbeiter, die als Baukontrolleure tätig sein sollen, gefordert wird. Die Entschließung soll den Regierungen und Parlamenten zugestellt werden.

In bezug auf Streikunterstützung wurde beschlossen, die Karenzzeit wegfallen zu lassen. Die Beiträge wurden ebenfalls neu festgesetzt, und zwar mit einem festen Lokalzuschlag. Mehrere Anträge, die Wahlen der Gauleiter auf den Gautagen vorzunehmen, wurden nach längerer Debatte abgelehnt. Abgelehnt wurde ein Antrag, den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund aufzufordern, sich der gewerkschaftlichen Einheitsbewegung England-Rußland anzuschließen. Ferner stellte sich der Verbandstag vollinhaltlich hinter den Volksentscheid und verlangt restlose Enteignung der Fürsten.

Die Wahlen zum Zentralvorstand ergaben die einstimmige Wiederwahl des Kollegen Th. Thomas als Vorsitzenden und des Kollegen J. Diel als Kassierer. Die bisherigen Gauleiter wurden ebenfalls — bis auf den verdienten Kollegen Schreinert (Dresden), der aus dem Angestelltenverhältnis wegen hohen Alters ausscheidet — einstimmig wiedergewählt.

CHINOSOL

Zu hygienischen Spülungen

vor das ungiftige, entzündungswidrige, keimtötende Chinosol! Verlangen Sie in Apotheken und Drogerien kostenlosen Prospekt mit Anwendungsvorschriften.

Kleine Chronik.

Großfeuer in einer Baumschule. In den Spaethschen Baumschulen in Baumschulenweg bei Berlin brach ein großes Schadenfeuer aus. Der Brand entstand in einem 1000 Quadratmeter großen Packschuppen, in dem wertvolle Pflanzen von Tannen, Fichten und sonstigen Coniferen versandfertig lagerten, wahrscheinlich durch Selbstentzündung von Heu, das auf dem Boden des Schuppens aufgestapelt war. Das Feuer griff infolge des herrschenden Westwindes rasch auf einen dahinterliegenden Lagerschuppen über und setzte auch den angrenzenden alten Park und den Obstmustergarten in Brand. Sechs Löschzüge der Berliner Feuerwehr arbeiteten mit neun Schlauchleitungen an der Bekämpfung des Feuers. Beide Schuppen sind völlig niedergebrannt, ein drittes Haus wurde durch die Flammen schwer beschädigt. Im Parke und in dem Obstmustergarten sind wertvolle Bäume vernichtet worden. —

Im Traume erhängt. In einem Regensburger Vorort hörte zur Nachtzeit, wie die „München-Augsburger Abendzeitung" berichtet, die Witwe eines Taglöhners aus der Schlafkammer ihres 18jährigen Sohnes ein starkes Röcheln. Als sie daraufhin nachschaute, fand sie zu ihrem Entsetzen den Sohn aufgehängt vor. Sie hatte die Geistesgegenwart, sofort den Strick abzuschneiden. Als der Bursche wieder zum Bewußtsein gekommen war, tat er sehr erstaunt und fragte, was geschehen sei. Als ihm die Mutter schluchzend erzählte, daß er sich aufgehängt hätte, schüttelte der Sohn, ein sonst lebenslustiger Mensch, den Kopf. Er hätte keinen Grund gehabt, sich ein Leid anzutun, und beschwor seine Mutter, ihn nicht als Selbstmordkandidaten anzusehen. Nach einer Weile konnte er sich plötzlich entsinnen, daß ihm geträumt habe, er habe mit mehreren Kameraden das „Aufhängen" im Spaße probiert. Der Vorfall, der um ein Haar verhängnisvoll hätte ausgehen können, läßt sich nur dadurch erklären, daß der junge Mann wirklich im Traumzustand nach einem Stricke gegriffen und sich, ohne sich seiner Tat bewußt zu sein, aufhängte. —

Ein Spargeltransport-Rekord. Der moderne Luftverkehr hat sich auch der Lebensmittelversorgung angenommen und besonders beliebte Speisen für schnelle Zubereitung auf großen Strecken befördert. Dieser Tage ist auch ein Spargelversand-Rekord von Frankfurt aufgestellt worden. Es handelt sich um Spargel aus dem Kreise Groß-Gerau. Der Spargel war morgens gegen 4 Uhr in Nauheim gestochen worden und befand sich bereits mit dem ersten Zug auf der Fahrt nach Frankfurt, wo er sofort von einem Personenflugzeug übernommen und über Berlin nach Dänemark transportiert wurde. In Kopenhagen standen also am gleichen Tage abends 8 Uhr die frühmorgens um 4 Uhr in Nauheim (Hessen) gestochenen Spargel zubereitet auf dem Eßtisch eines Spargelfreundes. —

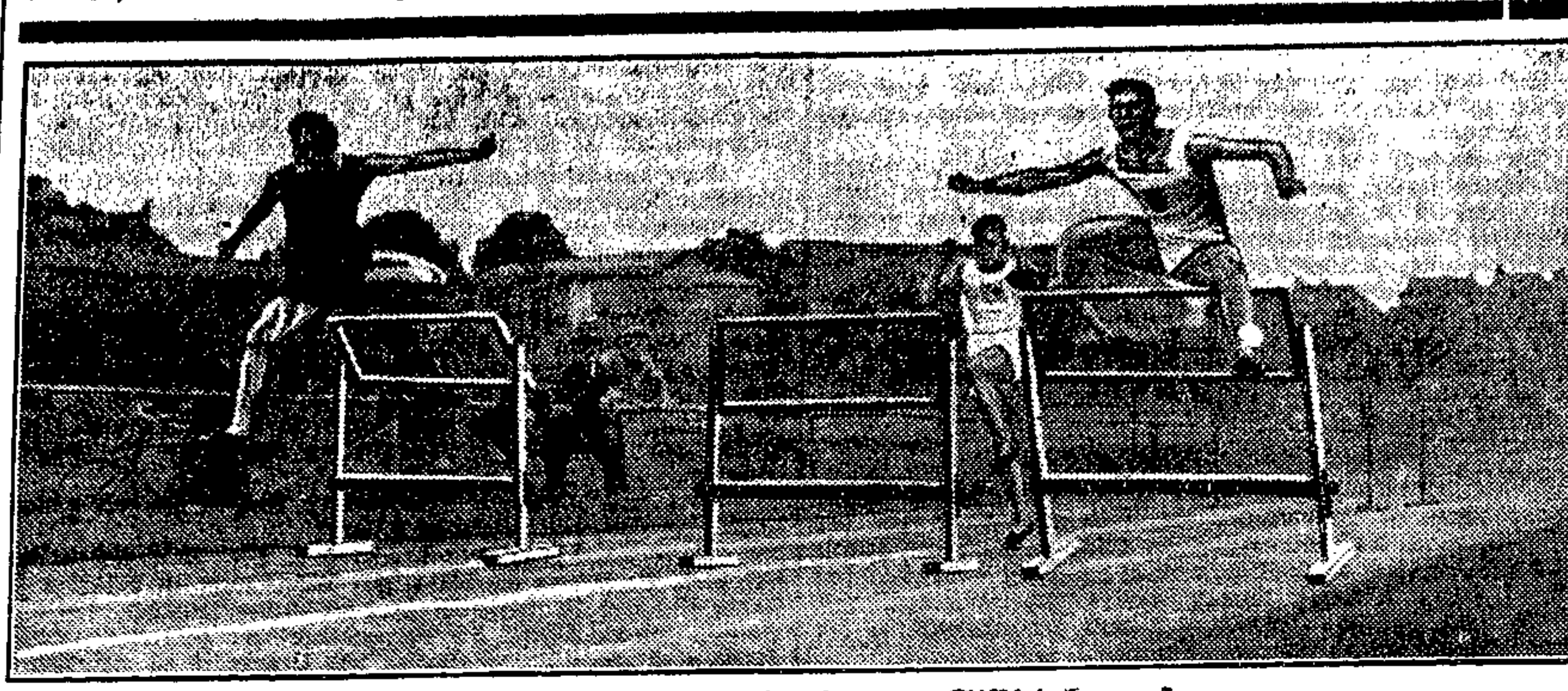
Eine Frau verbrannt. In dem Dorfe Wiese (Oberlausitz) brannte das mit Stroh gedeckte Haus nebst Scheune des Häuslers Lange nieder. Das Feuer, dessen Ursache auf einen schadhaften Schornstein zurückgeführt wird, griff so schnell um sich, daß die schon bejahrten Eheleute Lange sich nicht mehr retten konnten. Die Frau verbrannte, während der Mann sehr schwere Brandwunden davontrug. —

Die Tragödie im fröhlichen Weinberg. Im Weinberg des Grundbesitzers Leopold Prater unweit des Dorfes Wolfgang (Oesterreich) befindet sich auch ein Keller, den sich eine kleine jugendliche Gesellschaft zu fröhlichen Zechgelagen auserkoren hatte. Ein Mitglied dieses Kreises war die Magd des erwähnten Grundbesitzers, welche über die Schlüssel zu dem Weinkeller verfügte. Dieser Tage kam der Weinbergbesitzer zufällig dazu, als zwei Burschen mit der Magd und ihrer Freundin wieder bei solch einem Gelage [illegible]. Als er sie zur Rede stellte, fielen sie über ihn her, zertrümmerten ihm den Schädel und verstümmelten seinen Körper in grauenhafter und nicht wiederzugebender Weise. Der Mord wurde schon nach wenigen Stunden entdeckt, und da an den Kleidern der Leiche Haare hingen, die von der auffallenden Haarfarbe der Magd waren, wurde diese verhaftet. Sie gestand das Verbrechen ein und nannte als Mitschuldige die Brüder [illegible] und Martin [illegible], die trotz ihres Leugnens gleichfalls in Haft genommen wurden. —

Unwetter. Ein heftiges Unwetter, das zeitweise einen orkanartigen Charakter annahm, ist am Sonntag den ganzen Nachmittag über Paris und, wie die Nachrichten aus der Provinz erkennen lassen, über den größten Teil von Südfrankreich niedergegangen. In zahlreichen Departements des Südens wurde großer Schaden an den Weinbergen und Obstgärten angerichtet. [illegible] Im Oberitalien und in der [illegible] Schweiz [illegible] — Nach den letzten Meldungen ist die Wolga in der Gegend von Rybinsk einen Meter gefallen und steht noch zwei Meter über dem Normalstand. Bei Kasan ist das Hochwasser weiter im Steigen, in der Stadt selbst sind 51 Straßen überschwemmt. Ungefähr 10 000 Menschen mußten ihre Wohnungen verlassen und in Klubräumen und Schulen untergebracht werden. In Kanawina (in der Nähe von Nishni-Nowgorod) mußten annähernd 26 000 Menschen ihre Wohnungen verlassen. Der Schaden der Stadt beträgt etwa 10 Millionen Rubel. —

Ein Zug abgestürzt. Bei Tzmiquilpan (Mexiko) entgleiste ein Personenzug und stürzte den Abhang hinunter. Fast alle Wagen wurden schwer beschädigt. 15 Personen wurden getötet und viele verletzt. —

Furchtbare Explosionskatastrophe bei Klausenburg. Nach Meldungen aus Klausenburg ist die chemische Fabrik in Bacicaul infolge Kesselexplosion in die Luft geflogen. 42 Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Sechs waren auf der Stelle tot. Die übrigen sind verwundet, zum Teil sehr schwer. —



60-Meter-Hürdenlauf zum Städtekampf.

Die Teilnehmer in der Entscheidung: Links der Sieger Welz (Burg); rechts Erich Koch (Magdeburg), der den zweiten Platz belegte.

Volkssport.

Arbeiter-Sportkartell Magdeburg.

Das Arbeiter-Sportkartell hielt am Montag seine fällige Maisitzung ab, die von 42 Delegierten besucht war. Der 2. Vorsitzende, Genosse Hägebarth, eröffnete die Sitzung mit folgender Tagesordnung: Wahl eines Schriftführers; Berichte; Reichs-Arbeitersporttag; Anträge; Verschiedenes. Als provisorischer Schriftführer wurde abermals Genosse Bahle bestimmt, da die Schwimmer noch keinen Genossen für diesen Posten bestimmt haben. Genosse Heinrichs erstattete Bericht über die letzte Sitzung des Stadiamts für Leibesübungen, in der es sich in der Hauptsache um die Verteilung der von der Stadt ausgeworfenen 60 000 Mark Anleihe handelte. Die Anträge der Vereine lauteten auf 93 000 Mark. Es erhielten der Reichsausschuß von 37 000 Mark gestellter Anträge 28 000 Mark, das Arbeiter-Sportkartell 26 000 Mark zugebilligt. Die restierenden 5000 Mark liegen noch der spätern Bewilligung des Stadtamts ob. Die Besetzung im Stadtamt für Leibesübungen erfährt insofern eine Aenderung, daß noch die Deutsche Turnerschaft einen oder zwei Vertreter stellt. Die Parität soll durch Erweiterung des Stadtamts gewahrt bleiben. Ueber die letzte Sitzung im Unterausschuß des Ortsausschusses für Jugendpflege erstattete Genosse Röber Bericht. Zum Reichs-Arbeitersporttag wird die Zeitung des Kartells „Arbeiter-Sport" besonders ausgestattet und in 7000 Exemplaren gratis verteilt. Hierzu hat eine jede Sparte bis zum 22. Mai einen Artikel über die Sonderheit der betreffenden Sparte dem Genossen Heinrichs einzureichen. Das Programm wird mit Umschlag und 8 Seiten Inhalt versehen und ebenfalls gratis an die Teilnehmer abgegeben. Die Aufstellung des technischen Programms wurde [illegible]. In der Sitzung am 31. Mai erfolgt die Ausgabe des gesamten Materials, wozu jeder Verein einen Vertreter zu entsenden hat. Eine längere Aussprache ergab sich über die vom Turnverein Fichte gestellten Anträge. Es wurde trotz [illegible] Widerstand der Delegierten der Sportvereine beschlossen, 500 Mark dem Turnverein Fichte zur Erweiterung seines Platzes zur Verfügung zu stellen. Die restlichen 1000 Mark verbleiben dem Sportkartell für noch zu stellende Anträge. Die von der Stadt für besondere Zwecke zur Verfügung gestellten 300 Mark sind für die teilnehmenden Kämpfer am Sportfest in Wien [illegible]. Ueber den Verteilungsplan erfolgt nochmals eine Aussprache, wenn die Teilnehmerzahl vom Sportkartell feststeht. —

Fußball.

Jugendtreffen der Fußballsportler.

Wie alle Sparten, Bezirke, Gruppen, Jugendvereinigungen und Vereine, so versucht es auch die Jugend des Fußballsports des 2. Bezirks in Verbindung mit den Genossen der Harzgruppe, ein gemeinsames Jugendtreffen zu Pfingsten in Halberstadt zu veranstalten. An diesem Tage wollen die Großstadtkinder aus ihren Gefängnismauern außerhalb ihrer Vaterstadt weilen, sie wollen für ein paar Tage das Einerlei des Alltags vergessen. Die Veranstaltung nimmt ihren Anfang am Pfingstsonnabend in Magdeburg, und zwar durch das Sammeln der Abteilungen in den Vororten wie folgt: 1. Gruppe, Sudenburg: Borussia, Sturm [illegible], Jahn Groß-Ottersleben, Minerva Klein-Ottersleben. Treffpunkt 4 Uhr am Eiskellerweg in Sudenburg. — 2. Gruppe, Buckau: Wacker Fahrleben, Magdeburger Ballspielklub, Sturm Schönebeck, Groß-Salze, Sturm Eickendorf. Treffpunkt 4 Uhr an der Thiemstraße. — 3. Gruppe, Neustadt: Sturm 07, Eintracht 08, Verein für Bewegungsspiele, Wacker Neuhaldensleben, Wolmirstedt, Meitzendorf, Fortuna Farsleben. Treffpunkt 3.45 Uhr auf dem Neustädter Bahnhofsvorplatz. — 4. Gruppe, Burg: Die Vereine kommen mit dem Zuge um 4.20 Uhr und marschieren direkt zum Domplatz.

Von den Treffpunkten aus marschieren die Abteilungen zum Domplatz, damit um 5.30 Uhr dort alles bereitsteht. Nach Ausgabe der Fahrkarten, die dort erst erfolgen, marschiert der gesamte Zug unter Vorantritt der Jugendkapelle zum Bahnhof, um mit dem Zuge 6.10 Uhr nach Halberstadt zu fahren. In Halberstadt Abholen der Gäste vom Bahnhof und Marsch unter Mitwirkung der Kapelle des Reichsbanners zum Standlokal „Odeum". Der Sonnabend ist ausgefüllt durch einen Begrüßungs-Werbeabend unter Mitwirkung aller auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden Vereine. Am Sonntag 6 Uhr Wecken, 8 Uhr leichtathletische Wettkämpfe auf dem Sportplatz. Mittagspause von 12 bis 2 Uhr. [illegible] nachmittags 2 Uhr Demonstrationszug an Sportplatz, anschließend Fußballwettkämpfe; abends 7 Uhr Festball im „Odeum". Am Montag (zweiter Feiertag) 6 Uhr Wecken, 8 Uhr Abmarsch vom „Odeum" zur Volkswiese zwischen [illegible] und Wartburg. Dort Veranstaltungen aller Art, wie Volkstänze, Kinderbelustigungen usw. Abends 7 Uhr Abmarsch zum Bahnhof.

[illegible] beweist die Halberstädter [illegible], daß diese Jugendfest der Arbeiter-Fußballer eine Demonstration für die Forderungen der Jugend und für die Ziele des Sozialismus wird. —

V.f.B. gegen Sturm 07 2:4 (1:2). Im Rückspiel standen sich die beiden Mannschaften auf dem V.f.B.-Platz gegenüber. Sturm war gut besetzt und konnte einen verdienten Sieg erringen. In der V.f.B.-Mannschaft, speziell im Sturm, war wenig Verständnis. Eine leichte Ueberlegenheit der Gästemannschaft war nicht zu verkennen. Sofort nach Anstoß drückt Sturm auf längere Zeit, dann offenes Spiel mit beiderseitigen Torchancen. Aus einem Angriff heraus gehen die Gäste durch den Halblinken in Führung. Kurz darauf gelingt es dem Rechtsaußen des Magdeburgers, auszugleichen. Durch eine harte Entscheidung bekommt Sturm 2 Minuten vor Halbzeit einen Elfmeter zugesprochen, der den zweiten Erfolg einbringt. Nach Seitenwechsel fällt wieder der Ausgleich durch die Mitte des V.f.B., und anschließend wird eine todsichere Sache vom Rechtsaußen verpaßt. Da es dann im V.-f.-B.-Sturm nicht mehr klappt, liegt Sturm 07 meistens im Angriff, wobei des Gegners Hintermannschaft gute Störungsarbeit liefert. Doch kann V.f.B. nicht verhindern, daß die Gäste bis Schluß zwei weitere Tore aufholen. Da der Schiedsrichter nicht anwesend war, leitete ein Genosse von Sturm 07 das Spiel. —

Wacker Neuhaldensleben gegen Jahn Groß-Ottersleben 2:2 (1:1). In hartem und scharfem Kampfe standen sich beide Mannschaften gegenüber. Es war vorauszusehen, da es um zwei wertvolle Punkte ging, daß es bis an die Grenze des Erlaubten ging. Schiedsrichter Pfeiffer hätte noch schärfer durchgreifen müssen. Wacker mußte unverdient einen Punkt an den Gegner abtreten. Die Gäste spielten mit außergewöhnlichem Glück und verteidigten ihr Tor sehr gut. Wacker hatte viel Pech. Der Spielverlauf: Die Gäste haben Anstoß und gehen in der 8. Minute durch ihren Halbrechten in Führung. Wacker kann 10 Minuten später durch den Linksaußen den Ausgleich erzielen. Das gleich darauf für Wacker erzielte Tor wird vom Schiedsrichter nicht gegeben. Nun folgt bis Halbzeit ein offener Kampf. 5 Minuten nach Halbzeit bekommt Wacker durch unfaires Angehen im Strafraum einen Elfmeter zugesprochen, der vom Halbrechten verwandelt wird. Die Gäste stellen durch ihren Rechtsaußen, der einen Langschuß anbringt, den Ausgleich wieder her. Bei diesem Stande verbleibt das Spiel bis Abpfiff. Wacker war technisch überlegen, mußte sich aber doch mit diesem Resultat abfinden. —

Der Arbeitersport marschiert. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund gewinnt immer neue Vereine. Nach der Gründung von mehreren Vereinen in der Egelner Mulde und in der Heide kam die Kreisstadt Wanzleben hinzu. Dann folgte am 12. Mai die Gründung eines Fußballvereins in Cracau. Die von Interessenten unsrer Sportsache einberufene Versammlung wurde vom Genossen Grönwald eröffnet. Nach einer gründlichen Aussprache wurde man sich klar darüber, Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zu werden. Genosse Kahmann (Magdeburg) nahm die Wahl des Vorstandes vor. Sie ergab folgendes Bild: 1. Vorsitzender Grönwald, Vertreter Lutz, der Posten des Kassierers und Schriftführers wurde in die Hände des Genossen Reinbothe gelegt. Genosse Zusse (Magdeburg) begrüßte die neuen Bundesgenossen und forderte zu tatkräftiger Mitarbeit innerhalb des Bundes auf. Dem jungen Verein traten 30 Mitglieder bei. Eine gute Entwicklung möge ihm beschieden sein. —

Wassersport.

Anschwimmen der freien Wassersportler.

Bei steifem Nordostwind, der zur Freude der Segler und zum Leid der Schwimmer am Sonntag dem 16. Mai blies, hielt die Abteilung Buckau-Fermersleben des freien Wassersportvereins Groß-Magdeburg ihr Anschwimmen. Die Wassertemperatur von 14 Grad und Lufttemperatur von 13 Grad machte sich bei den zahlreich erschienenen Schwimmern doch bemerkbar. 20 unentwegte Schwimmer und Schwimmerinnen stürzten sich trotzdem in die kühle Flut, um ein Bad zu nehmen. Nachdem sie einigemal das Vereinshaus umschwommen hatten, die Zuschauer, die zum Teil noch wintermäßig angezogen waren, durch Spritzer an ihrem Bade teilnehmen ließen, verließen sie erst nach Aufforderung durch den Schwimmwart das Wasser. Unter Leitung des Schwimmwarts frottierten sie dann alle ihren Körper.

Hoffen wir auf eine baldige Besserung des Wetters, auf daß bei den in nächster Zeit stattfindenden Veranstaltungen die Zuschauer nicht wieder eine Gänsehaut bekommen. —

*

Der nasse Tod. Zu Beginn der Badesaison heißt es alles zu tun, um die Gefahr des Ertrinkens zu verhindern. Deshalb gehe nie mit vollem oder hungrigem Magen oder gar erhitzt in das Wasser. Vermeide das wilde Baden an unbekannten Plätzen besonders. Sei nicht waghalsig und bade an den dazu bestimmten Stellen. Jeder Schwimmer stelle sich dem Rettungsdienst zur Verfügung, um der Ertrinkungsgefahr helfend eingreifen zu können. Darum meldet euch bei eurem Vereinsrettungsobmann. Alle übrigen Sportler, die sich ebenfalls der Sache widmen wollen, können sich beim Genossen W. Fischer, Magdeburg-Neustadt, Große Weinhofstraße 5/6, melden, damit der Rettungsdienst wirklich gut ausgebaut werden kann. Für den Nichtschwimmer heißt es: Schwimmen lernen, wozu die Arbeiter-Schwimmvereine die beste und billigste Gelegenheit bieten. Anmeldungen werden jetzt schon entgegengenommen in den Badeanstalten der Abteilungen Fermersleben (Kagenwerder), Altstadt (am Wasserfall), Neustadt (Schöppensteg), Olvenstedt (Sternbrücke), Schönebeck, Burg, Stendal, Genthin und Groß-Ottersleben. —

Radsport.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, 11. Gau, 6. Bezirk. Die Ortsgruppe Groß-Germersleben feierte am Sonntag ihr diesjähriges Stiftungsfest, bei dem 15 Ortsgruppen mit ihren Bannern vertreten waren. Der Korso, der sich durch die Straßen des Dorfes bewegte, war glänzend gelungen. Am Saalsport nahmen 10 Reigenmannschaften teil, außerdem 3 Radballmannschaften. Als beste Mannschaft ging hervor: Im Kunstreigen Wolmirstedt mit 10,40 Punkten; im Schulreigen Schermke mit 9,25 Punkten; im Zweierrahreigen Schermke mit 9,47 Punkten; Radball Hadmersleben gegen Klein-Ottersleben II 5:3; Hadmersleben I gegen Klein-Ottersleben 7:4 für Klein-Ottersleben. —

Hermann Goldschmidt

Alter Markt 14 — Magdeburg — Alter Markt 14

Eingang 1. Etage — Eingang 1. Etage

Eigene Fabrikation in größtem Umfang!

Pfingst-Angebote!

Herren-Anzüge
[illegible]

Herren-Frühjahrs-Mäntel
[illegible]

Herren-Gummi-Mäntel
[illegible]

Billige Preise! — Gute Qualitäten! — Große Auswahl!

Spar- u. Baugenossenschaft, e.G.m.b.H. Kl.-Ottersleben

[illegible]

Vermögen — Bilanz vom 31. Dezember 1925 — Verpflichtungen

[illegible]

Mitgliederbestand

Bestand am 1. Januar 1925 . . 310 Mitglieder
Neueingetreten . . 18
. . 328 Mitglieder
Ausgeschieden und gestorben . . 67
Bestand am 31. Dezember 1925 . . 227 Mitglieder

[illegible]

Groß-Ottersleben, den 26. April 1926.
Der Vorstand. [illegible]

Mensch, ärgere dich nicht

Preis Mk. 1.50, 1.00 u. 75 Pf.

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Muskelrheumatismus.

Der Begriff des Muskelrheumatismus ist noch heiß umstritten. Neuerdings nimmt man an, daß es sich hierbei um Neuralgien handelt, bei denen es vielfach zu starken, unter Umständen krampfartigen Zusammenziehungen einzelner Muskelteilchen, also zu Knoten- und Härtebildungen in den Muskeln kommt.

Das Grundleiden würde sich demnach an den Nerven abspielen, deren Erkrankung dann ihrerseits zu den bekannten heftigen Muskelschmerzen den Anlaß gäbe. In den meisten Fällen liegt dieser Erkrankung eine Erkältung zugrunde, obwohl auch Gicht und Infektion, Stoß und Schlag die Ursachen bilden können. Um die volle Ausbildung einer beginnenden rheumatischen Erkrankung zu verhüten, empfiehlt es sich, regelmäßig (dreimal wöchentlich) Vollichtbäder zu nehmen; außerdem Diathermie, Föhn- und Blaulichtbehandlung. Das wichtigste Mittel ist jedoch die Massage.

Alle diese Maßnahmen müssen jedoch, um raschen und vollen Erfolg zu zeitigen, sofort bei Beginn der Erkrankung angewandt werden. Selbstverständlich muß sich der Rheumatismusleidende vor jeder Erkältung hüten. —

Kinderwelt.

„Es ist ganz gewiß wahr".

„Es ist eine schreckliche Geschichte!" sagte eine Henne, und zwar am Ende der Stadt, wo die Geschichte nicht passiert war. „Es ist eine schreckliche Geschichte im Hühnerhaus! Ich möchte über Nacht nicht allein schlafen! Es ist nur gut, daß wir hier so viele auf der Stiege sind!" Und dann erzählte sie, so daß den andern Hühnern die Federn zu Berge standen und der Hahn den Kamm sinken ließ. Es ist ganz gewiß! Aber wir wollen mit dem Anfang anfangen, und der trug sich in einem Hühnerhaus am andern Ende der Stadt zu. Die Sonne ging unter und die Hühner flogen auf ihre Stiege; eine von ihnen, es war eine weißgefiederte und kurzbeinige Henne, legte ihre vorschriftsmäßigen Eier und war als Henne in jeder Beziehung respektabel; indem sie auf die Stiege heraufkam, zupfte sie sich mit dem Schnabel, und dabei fiel ihr eine kleine Feder aus.

„Da geht sie hin!" sagte sie, „je mehr ich mich zupfe, um so schöner werde ich." Und das wurde nur aus lauter Heiterkeit gesagt, denn sie war das heitere Element unter den Hühnern, und im übrigen, wie bereits gesagt, äußerst respektabel; und dann schlief sie ein.

Dunkel war es ringsumher, ein Huhn saß neben dem andern, und das Huhn, das der Henne zunächst saß, schlief nicht; es hörte und horte auch nicht, wie es ja in dieser Welt sein soll, wenn man in Ruhe leben will; aber zu ihrer andern Nachbarin mußte sie es doch sagen: „Hast du gehört, was eben gesagt wurde? Ich will niemand nennen, aber hier ist eine Henne, die will sich rupfen, um gut auszusehen; wenn ich ein Hahn wäre, ich würde sie verachten!"

Und gerade über den Hühnern saß die Eule mit dem Eulenvater und den Eulenkindern; man hatte scharfe Ohren in der Familie, sie hörten jedes Wort, was die Nachbarhenne sagte, und sie rollten mit den Augen, und die Eulenmutter schlug mit den Flügeln und sprach: „Hört nur nicht hin! Aber ihr habt wohl schon gehört, was da gesagt wurde? Ich hab es mit meinen eignen Ohren gehört, und man muß viel hören, ehe die einem abfallen! Da ist eine von den Hennen, die in dem Maße vergessen hat, was sich für ein Hahn geziemt, daß sie sich alle Federn ausrupft, um den Hahn zusehen läßt."

„Das ist nichts für die Kinder," sagte der Eulenvater.

„Ich will es doch der Eule da drüben erzählen! Das ist so eine achtbare Eule im Umgang!," und damit flog die Mutter hinüber.

„Hu—uh! uhuh!" heulten die beiden, und zwar gerade in den Taubenschlag des Nachbars zu den Tauben hinein. „Habt ihr es gehört, habt ihr es gehört! uhuh! da ist eine Henne, die hat sich dem Hahn zu Ehren alle Federn ausgerupft! Sie erfriert, wenn sie nicht schon tot ist! Uhuh!"

„Wo? Wo?" gurrten die Tauben.

„Im Hofe des Nachbars! Ich hab es so gut: wie selbst gesehen! Die Geschichte streift ans Unpassende! Aber es ist ganz gewiß!"

„Glaub, glaub jedes Wort!" sagten die Tauben und gurrten in den Hühnerhof hinunter: „Da ist eine Henne, ja einige sagen sogar, da sind zwei, die sich alle Federn ausgerupft haben, um nicht so auszusehen wie die andern und um dadurch die Aufmerksamkeit des Hahnes zu erregen. Das ist ein gewagtes Spiel: man kann sich erkälten und am Fieber sterben, und sie sind alle beide gestorben!"

„Wacht auf! Wacht auf!" krähte der Hahn und flog auf die Planken. Der Schlaf lag ihm noch in den Augen, aber er krähte trotzdem: „Da sind drei Hühner an unglücklicher Liebe zu einem Hahn gestorben; sie haben sich alle Federn ausgerupft; das ist eine häßliche Geschichte, ich will sie nicht behalten laßt sie weitergehen!"

„Laßt sie weitergehen!" pfiffen die Fledermäuse, und die Hühner gluckten und die Hähne krähten: „Laßt sie weitergehen! Laßt sie weitergehen!", und dann ging die Geschichte von Hühnerhaus zu Hühnerhaus und kam schließlich wieder an die Stelle zurück, von der sie eigentlich ausgegangen war.

„Da sind fünf Hühner," hieß es, „die sich alle Federn ausgerupft haben, um zu zeigen, welches von ihnen aus Liebeskummer um den Hahn am magersten geworden ist, und dann hackten sie sich gegenseitig blutig und fielen tot hin, zum Spott und zur Schande für ihre Familie und zum großen Verlust für den Besitzer."

Und die Henne, die die kleine lose Feder verloren hatte, kannte natürlich ihre eigne Geschichte gar nicht wieder, und da sie eine respektable Henne war, so sagte sie: „Ich verachte die Hühner! Aber es gibt mehr von der Art! So etwas soll man nicht verschweigen, und ich will mein Teil dazu beitragen, daß die Geschichte in die Zeitung kommt, dann geht sie durch das ganze Land; das haben die Hühner verdient und ihre Familie auch!"

Und es kam in die Zeitung, und es wurde gedruckt, auch das ist ganz gewiß; Eine kleine Feder kann sehr wohl zu fünf Hühnern werden.

H. Ch. Andersen.

Wie oft tickt eine Uhr?

Die Frage läßt sich natürlich nicht ganz genau beantworten, da es schneller und langsamer tickende Uhren gibt. Unsre modernen Taschenuhren zum Beispiel ticken viel häufiger in einer Minute als eine große Standuhr. Nehmen wir einmal eine Wanduhr von mittlerer Pendellänge. Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn wir annehmen, daß eine solche in der Minute hundertmal tickt. Das macht in der Stunde 60×100 = 6000. Da die Uhr nun ununterbrochen Tag und Nacht tickt, so macht das an einem Tage 6000 mal 24 = 144000. Da ferner eine Uhr nur Arbeitstage, aber keine Sonn- und Feiertage kennt, so tickt sie in einem Jahre 144000 × 365 = 52560000 mal. Die Lebensdauer einer Uhr ist sehr verschieden, je nach der Güte des Materials, das dazu verwendet worden ist. Es gibt Uhren, die nur wenige Jahre aushalten, es gibt aber auch solche, die hundert und mehr Jahre gehen. Rechnen wir als Durchschnitt 50 Jahre, so tickt in dieser Zeit die Uhr — wieviel mal? Das rechnet euch gefälligst selbst aus, damit ihr auch etwas dabei zu tun habt! —

Der zerstreute Professor.

Der Herr Professor wird in der Nacht durch ein verdächtiges Geräusch geweckt. Aengstlich springt er auf und ruft: „Ist jemand hier?"

„Nein," antwortet prompt der Einbrecher, der durch das Fenster eingestiegen war.

„Da muß ich mich getäuscht haben," meint der Professor beruhigt und legt sich auf die andre Seite schlafen. —

Rätselecke.

Was fehlt da?

Das „Wort" wird oftmals nicht gelesen
Der „Sitz" leicht große Ehren bringt.
Den „Mut" auf gleicher Höh' zu halten
Nicht jeder Hausfrau stets gelingt.
Den „Tritt" indes nur der bekommt,
Dem auch der „Klang" vor allem frommt.

Er.

Der Anton ließ uns keine Ruh',
Schoß mit dem Worte immerzu.
Doch da trat er hinzu zum Glücke,
Jetzt stützt das ganze Wort die Brücke.

Verwendbar.

Das Wort kommt scharf von allen Seiten,
Es hebt die Last mit e daran,
Noch l dazu, dann nützt ihr's breiten
Unter das Baby dann und wann.

*

Lösungen aus voriger Nummer: 1. Sirene — Irene; 2. Harz; 3. Brüssel — Rüssel.

Druck und Verlag B. Pfannkuch u. Co., verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, sämtlich in Magdeburg.

Heim und Welt
FRAUENBEILAGE DER VOLKSSTIMME

Nr. 10 Magdeburg, Mittwoch den 19. Mai 1926

Schutz des keimenden Lebens.

Nach jahrelangen Debatten in Frauenkreisen wie in der Aerzteschaft hat der Reichstag am 7. Mai den Antrag des Rechtsausschusses zur Milderung der Strafbestimmungen der §§ 218 u. f. angenommen. Der Hauptunterschied gegen die bisherigen Bestimmungen ist der, daß die Zuchthausstrafe für die Schwangeren in Gefängnis umgewandelt wird, nur „wer die im Absatz 2 bezeichnete Tat (Abtreibung) ohne Einwilligung der Schwangeren oder gewerbsmäßig begeht, wird mit Zuchthaus bestraft". Und das mit Recht, vor allem im erstangeführten Falle, denn die „Gewerbsmäßigkeit" wird sich nicht immer feststellen lassen.

Aber als Ganzes genommen, ist das Resultat etwa befriedigend? Wird damit Wesentliches geändert? Gewiß, Gefängnis ist eine Milderung, jedoch in der Rechtsprechung der letzten Jahre wurde Zuchthaus kaum je angewandt, mit Ausnahme der Fälle, in denen es weiterhin geschehen soll. Die größere Bewegungsfreiheit der Aerzte, die Berücksichtigung der sogenannten „sozialen Indikation", ist nicht angenommen worden, und der Versuch — auch der mit untauglichen Mitteln — bleibt strafbar. Und weiterhin bleibt bestehen und wird bestehen bleiben, was ich persönlich, schreibt Regine Deutsch in der „Berliner Volkszeitung", seit vielen Jahren in meiner Ablehnung der gesamten Strafbestimmungen angeführt habe: 1. die Gesetzesbestimmungen sind undurchführbar und wirken sich aus als unsittlich — dies Wort im ethischen Sinne genommen — und 2. es ist ein Klassengesetz, und darum ist es undemokratisch. Selbst die Befürworterinnen der fraglichen Paragraphen haben das Zutreffende dieser beiden Sätze nicht leugnen können.

Das Gesetz ist undurchführbar, weil bei der überaus großen Zahl der Aborte nur ein geringer Teil der Fälle überhaupt zur Aburteilung kommt. Zu Dutzenden liegen in den Krankenhäusern die Frauen, die an den Folgen solch unerlaubter Eingriffe leiden, die Aerzte wissen, was mit ihnen geschehen ist, die Schwestern auch, selbstverständlich wird niemand von ihnen die Frauen denunzieren. Meist mit dem guten Rate des Arztes: „Nicht wiedertun" werden sie entlassen. Aber vielleicht unter Tausenden eine Schwatzhafte, die wird dann denunziert, und sie muß für viele ihrer Mitschwestern mitbüßen. Von einer Freundin, die Schöffin war, wurde mir ein solcher Fall erzählt, sie bat den Richter um Gnade, der, selbst traurig, nur antworten konnte: „Es geht doch nicht, ich kann doch nicht gegen das Gesetz Recht sprechen."

Alles dies bezieht sich nur auf Frauen der handarbeitenden Kreise; in denen der Besitzenden, da ist es ganz anders. Erstens geben ihnen auf Wunsch die Aerzte die Mittel an, deren Anpreisung und Ausstellung wohl, aber deren Gebrauch nicht verboten ist. Zweitens finden sich da auch leicht Gründe für einen straffreien Eingriff, „weil Leben und Gesundheit der Schwangeren bedroht sind". Mir ist ein Fall bekannt, den ich leider hier nicht näher erläutern kann, in dem der Arzt es einer gutsituierten Frau sogar angeboten hat, sie von dem zu erwartenden Kinde zu befreien — natürlich aus Gesundheitsrücksichten — und wo es abgelehnt wurde, ohne daß gesundheitliche Störungen später eintraten. Ein andrer Fall ist der, in dem der Frau, aus Angst vor der beginnenden Tuberkulose, die Frucht entfernt wurde — nachher stellte sich heraus, daß die Tuberkulose nicht vorhanden war, und ich denke an Arbeiterfrauen mit sieben, acht Kindern, denen kein fürsorglicher Arzt hilft und die weiter rachitische, elende Kinder zur Welt bringen, weder ihnen selbst, noch der Gesellschaft, noch irgendwem zum Nutzen. Der Charakter des Klassengesetzes ist klar erkennbar.

Und schließlich: welchem Zwecke dienen die Strafbestimmungen? Daß sie nicht abschrecken, das haben wir ja erlebt, daß sie keinen Einfluß haben auf weitverbreitete Anschauungen, „daß man so etwas eben tun könne, weil so viel andre es tun", liegt auf der Hand. Also sollen sie die Uebeltäter bessern? Man kann ja überhaupt sehr verschiedener Ansicht sein über den Wert oder den Zweck jeder Strafe, aber in diesem Falle wird „Ich bin eben hereingefallen, andre haben mehr Glück" wohl das sein, was die Frau sich sagt. Und gleich daneben liegt der andre Gedanke: „Wenn reiche Frauen es tun, so passiert ihnen nichts".

Eine junge Arbeiterfrau, die es umgangen hatte, ein viertes Kind zur Welt zu bringen, sagte mir: „Ich hätte gern noch einen Jungen zu meinen drei Mädchen, aber trotzdem mein Mann Arbeit hat und ich noch dazu etwas verdiene, kommen wir gerade knapp durch. Wenn ich nun denke, ich sollte noch mehr Kinder haben und sie sollten hungern, dann will ich lieber keins mehr haben." Das ist die Anschauung von Tausenden. Ist sie wirklich gar so verwerflich? Bei alledem möchte ich nicht, daß man mir nachsagt, ich trete für die Abtreibung an sich ein. Nein, das tue ich nicht. Ich halte sie in jedem Falle für eine beklagenswerte Tat, nur, da ich in das Leben vieler hineingesehen, scheint sie mir nicht mehr verdammenswert. Das sind viel eher die Verhältnisse, die eine Mutter dazu bringen, auch auf gewünschte Kinder zu verzichten.

Der preußische Ministerpräsident Braun sagte bei Eröffnung der „Gesolei" in Düsseldorf u. a., „im Jahre 1900 sei jeder fünfte Säugling gestorben, heute nur etwa jeder zehnte". Das ist der Weg, den wir gehen müssen: nicht zwangsweise Volksvermehrung, sondern sorgfältigste Volkserhaltung. In den Jahren unsers Wohlstandes und der immer noch starken, wenn auch abnehmenden Bevölkerungsvermehrung am Beginn dieses Jahrhunderts, galt das Leben des Säuglings nicht soviel wie heute, wo wirklich jedes Kind einen Wert bedeutet. Soviel auch in dieser Hinsicht geschieht und hoffentlich noch mehr geschehen wird, es wird immer billiger sein als die allzu vielen Geburten, von denen viele nur dafür bestimmt sind, bald wieder zu erlöschen. Und Frauengesundheit und -kraft wird nicht mehr so nutzlos vergeudet werden. Für Gesundheit und Leben der Frauen wäre es von höchstem Werte, wenn man besonders auf diesem Gebiet die Tätigkeit der Kurpfuscher und Hebammen einschränken würde. Das kann aber nur dadurch geschehen, daß man die Aerzte straffrei läßt, wenn sie nach pflichtmäßigen Erwägungen der Frau helfen wollen. Und daß man den Richtern größere Bewegungsfreiheit bei ihrem Urteil gibt, daß der Richter freisprechen kann, wenn es seinem Gewissen nach das Gebotene ist. Die jetzt

beschlossene Milderung kann daher nur als kleine Abschlagszahlung betrachtet werden. Das letzte Wort in dieser Sache ist noch nicht gesprochen. Für mich heißt es: Abschaffung dieser Strafbestimmungen! Man hilft nicht mit ihnen, man schafft nur zu dem einen Uebel viele andre. —

Das englische Beispiel.

Der Münchner Arzt Dr. Julian Marcuse, der bedeutende Sexualforscher und Sexualreformer, hielt im Bund für Mutterschutz, der unter Leitung von Frau Dr. Helene Stöcker seit vielen Jahren für Mutterschaft und Mütterlichkeit und gegen die Moral mit doppeltem Boden einen zähen und erfolgreichen Kampf führt, einen ausgezeichneten Vortrag über die Geburtenbeschränkung als Kulturfaktor. Dabei brachte er reichliches Material über die Geburtenzahl und die Sterblichkeit nach dem Kriege bei, und kam zu der Schlußfolgerung, daß die Sterblichkeit rasch im Abnehmen sei.

In keinem Lande ist seit mehr als einem Jahrzehnt die Höherzüchtung für geistige und körperliche Arbeit zwingender und umfassender gewesen als in Deutschland. Qualität ist in einem Grade die Forderung für den deutschen Menschen gewesen, daß wir massenhaft über Arbeiter verfügen, die selbst in Ländern wie England und Amerika, gestützt auf ihre Kenntnisse, durchaus die Posten von Ingenieuren wahrnehmen könnten, und massenhaft Ingenieure erzeugen, die in denselben Ländern mit ihrer Schulung und ihrem Wissen und Können leitende Betriebsdirektionen, höchste Stellungen ausfüllen könnten, bei uns aber wegen Ueberfüllung der technischen Berufe nicht einmal die Stufe technischer Stabsoffiziere erreichen können. Aehnlich ist die Situation auch auf andern Gebieten.

Daß die Geburtenzahl abnimmt und wir trotz der noch stärker verminderten Sterblichkeit keine Bevölkerungszunahme mehr erzielen oder darin nur Aussichten auf sehr geringe Fortschritte haben, ist allen, die unter dem wahnsinnigen Wettkampf um das Dasein in Deutschland stehen, ein Trost. Mit jedem technischen Fortschritt, so wie er sich auf großen Gebieten — man denke an die Wärmetechnik — in den letzten Jahren Tag für Tag ereignete, werden Tausende und Zehntausende arbeitswilliger, fleißiger Hände überflüssig.

Die ungeheure Ueberfüllung aller geistigen Berufe erzeugt aus ihnen einen immer stärker werdenden Abfluß nach den Handberufen. Eingeschaltet sei in diesem Zusammenhang, daß es kein Unglück und kein Nachteil ist, weder ein individueller noch ein allgemeiner, wenn ein Abiturient sich entschließen muß, Tischler zu werden, oder ein Student von der Technischen Hochschule aus seinen Weg in eine Schlosserei nimmt. Aber auch in den Handberufen selbst herrscht ein immer dichter werdendes Gedränge. Der höchstqualifizierte deutsche Arbeiter findet in Deutschland kaum noch die Erwerbsmöglichkeit und den Lebensspielraum des ungelernten Arbeiters in den Vereinigten Staaten und in England. Uebervölkerung auf der einen, technische Entwicklung auf der andern Seite entwerten in Deutschland wie in keinem andern Lande fortgesetzt die Leistung und die Fähigkeiten des einzelnen, und verurteilen ihn zu einem peinigenden seelisch und körperlich qualvollen Hungerdasein.

Wäre Deutschland das Land der Organisation, dann wäre seit mindestens einem Jahrzehnt der Zufluß von Menschen in geordnete, kulturwürdige, humane Bahnen geleitet worden. Man hätte planvoll dafür gesorgt, daß die Gebärkraft der deutschen Mütter nicht auf Quantität, sondern auf Qualität gerichtet worden wäre, daß — wie ein sehr bekannter Berliner Arzt das schlagwortmäßig auszudrücken pflegt — nicht mehr Menschen in Deutschland in die Welt gesetzt werden, als man Zimmer und Betten für jeden einzelnen hat und bereitstellen kann und will.

Die Abtreibungsseuche steht unbestreitbar im allerengsten Zusammenhang mit unsrer Uebervölkerung und der Unmöglichkeit, für so viel Kinder Nahrung und Kleidung zu schaffen, wie sie von einem Sechzig-Millionen-Volk mit Leichtigkeit hervorgebracht werden können. Die Abtreibungsseuche hängt aber ebenso innig zusammen mit der Unmöglichkeit, im Augenblick in Deutschland überhaupt eine rationelle und menschenwürdige Bevölkerungspolitik durchzusetzen.

Was uns not tut, ist in England längst geschehen. Man verbietet dort nicht die Kenntnis der Verhütung von unerwünschten Schwangerschaften; man fördert sie mit stärksten Mitteln. Mit Recht beschuldigt man in England seit einigen Jahren jeden Vater und jede Mutter, die mehr Kinder in die Welt setzen, als sie ernähren können, als Verbrecher am Staate. In ganz ähnlicher Weise urteilt man in den sonst so heuchlerischen und prüden Vereinigten Staaten. Der Bevölkerung werden Verhütungsmittel dort, mehr noch aber in England, planmäßig zugänglich gemacht. Das ist der Weg, den Deutschland gehen muß. Bis jetzt verbietet es die öffentliche Bekanntgabe solcher Mittel, und treibt damit die Frauen zur Abtreiberei, die Gesundheit und Leben gefährden. —

Rechtlichmachung unehelicher Kinder.

Die Rechtlichmachung oder, wie das Bürgerliche Gesetzbuch es nennt, die „Legitimation" des unehelichen Kindes kann auf mehrfache Weise geschehen. Zunächst erfolgt sie ganz automatisch, wenn der uneheliche Vater die uneheliche Mutter heiratet. Dazu ist weder ein besondrer Antrag nötig, noch braucht das Kind oder sein dazu berechtigter Vertreter seine Zustimmung zu geben. Das durch nachfolgende Eheschließung legitimierte Kind gilt voll als ehelich gegenüber dem Vater, nicht aber gegenüber den Verwandten des Vaters. Es darf also den Namen des Vaters führen und erhält Unterhaltsanspruch und Erbrecht an den Vater, doch nicht an seine Verwandten. Der neue Gesetzentwurf hat die Bestimmungen über die Legitimation durch nachfolgende Eheschließung und über die Annahme an Kindes Statt in der Hauptsache unverändert gelassen. Natürlich muß die Vaterschaft des die Mutter heiratenden Mannes unzweifelhaft sein, doch kann sie auch angenommen werden, wenn der betreffende Mann der Mutter in der Empfängniszeit beigewohnt hat und die Empfängnis nicht unmöglich war, oder wenn er sie nach der Geburt in einer öffentlichen Urkunde anerkannt hat.

Die Legitimation ist aber auch möglich, wenn die Vaterschaft nicht vorher feststeht und der Mann die Mutter nicht heiratet. In diesem Falle ist eine behördliche Erlaubnis notwendig. Der Vater kann einen Antrag auf Ehelichkeitserklärung stellen, und der Bundesstaat, dem der Vater angehört, hat nach den geltenden Bestimmungen das Recht, das Kind für ehelich zu erklären. Gehört der Vater keinem Bundesstaate an, so kann die Erklärung durch den Reichskanzler erfolgen. Das ist natürlich ein recht umständlicher und wenig zweckmäßiger Weg, und der Reichskanzler wird sich auch wohl kaum im einzelnen Falle um das betreffende uneheliche Kind bekümmern können. Es ist deshalb ein entschiedener Fortschritt, wenn der neue Entwurf festsetzt, daß künftig das Vormundschaftsgericht darüber entscheiden soll.

Uebrigens darf man durchaus nicht denken, daß es immer im Interesse eines unehelichen Kindes liegt, legitimiert zu werden. Es kommt manchmal vor, daß uneheliche Väter, die selbst nicht viel taugen, ihr uneheliches Kind, wenn es groß geworden ist und gut verdient, gern legitimieren, weil dann das Kind unter Umständen verpflichtet ist, den Vater zu unterhalten und ernähren. Es hat auch schon Fälle gegeben, in denen ein uneheliches Kind eine Erbschaft von den mütterlichen Großeltern machte und plötzlich der Vater, der sich nie um das Kind bekümmert hatte, es gern legitimieren wollte. In solchen Fällen müßte natürlich das Vormundschaftsgericht im Interesse des Kindes die Zustimmung verweigern. Zwar ist zu einer solchen Ehelichkeitserklärung auf Antrag die Zustimmung des Kindes selbst oder, wenn es noch unmündig ist, seiner Mutter erforderlich, aber da kommen ja manche Momente in Betracht, durch die sich die Mutter oder das Kind nicht gut dem Wunsche des Vaters entziehen kann.

Ist der Vater mit einer andern Frau als der Mutter des Kindes verheiratet, so muß auch diese der Ehelichkeitserklärung zustimmen. Ueber diese Bestimmung kann man ja streiten. Es mag vielleicht ein Interesse der Ehefrau vorliegen, daß ihr Mann nicht ein ihr fremdes Kind legitimiert und dadurch die Interessen ihrer eignen Kinder beschränkt, besonders wenn ihr bis dahin die Existenz des unehelichen Kindes unbekannt geblieben ist. Umgekehrt kann diese Bestimmung aber auch von der Ehefrau grundlos und aus Eifersucht mißbraucht werden. Deshalb ist es immerhin gut, wenn dies Zustimmungsrecht der Ehefrau nach dem neuen Entwurf wenigstens dann wegfällt, wenn die Frau, ohne dazu berechtigt zu sein, dauernd von ihrem Manne getrennt lebt. Darüber hinaus will der Entwurf dem Vormundschaftsgericht das Recht geben, von der Zustimmung der Ehefrau überhaupt abzusehen, wenn die Weigerung dem Kinde zu unverhältnismäßig großem Nachteil gereicht.

Bisher kann die Behörde ganz allgemein die Zustimmung zur Ehelichkeitserklärung nach freiem Ermessen versagen. Künftig soll sie das nur dürfen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Endlich ist die Ehelichkeitserklärung auf Antrag auch möglich, wenn der Antragsteller nicht der Vater des Kindes ist. Da tritt der sehr häufige Fall ein, daß ein andrer Mann die Mutter heiratet und dann ihr voreheliches Kind für ehelich erklären läßt. Auch hier ist die behördliche Zustimmung notwendig, doch wird sie selten verweigert werden, weil diese Ehelichkeitserklärung meist im Interesse des Kindes liegt. Nach dem neuen Entwurf sollen hier ebenfalls noch einige Erleichterungen eintreten.

Für die Mutter ergeben sich freilich durch die Ehelichkeitserklärung des Kindes die gleichen Beschränkungen, wie sie heute in bezug auf das Recht der Verfügung über ihre Kinder auch für die Ehefrau bestehen. Hier hat nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch immer der Ehemann zu entscheiden. Man sollte diese moralisch unhaltbare Bestimmung möglichst bald beseitigen!

Henni Lehmann.

Reinlichkeit ist's halbe Leben.

Von Prof. Dr. E. Martini, Hamburg (Tropeninstitut).

Es war eine große Ueberraschung, als Smith und Kilborne 1893 mitteilen konnten, daß der Erreger des Texasfiebers, der im Blute des Viehes kreist, von Holzböcken aufgesogen wird, von den alten Holzböcken auf deren Junge übergeht, und durch sie, wenn sie an gesunden Rindern Blut saugen, in deren Blutbahn gelangt und sie schwer, oft tödlich krank macht. Man verstand nun mit einem Male, wie es kam, daß die Seuche, nachdem kein Vieh mehr auf den infizierten Weiden gewesen war, noch so lange an den Weiden haftete. Es war noch in den Zeckeneiern und in den am Grase sitzenden Jungzecken vorhanden.

Nicht viel später stellten Roß und Grassi fest, daß die Wechselfieber durch Stechmücken vom kranken auf den gesunden Menschen übergehen. Seit 1898 bis 1900 sind wir mit über zwanzig menschlichen Krankheiten bekannt geworden, deren Ausbreitung allein oder doch im wesentlichen durch Kerbtiere oder Milben erfolgt. Sind auch die meisten dieser Krankheiten Seuchen der warmen Länder und genießt unser Vaterland mit der so oft beklagten Armut der Pflanzen- und Tierwelt eine gewisse Armut an gefährlichen Volksseuchen im Vergleich mit tropischen Ländern, so sind doch eine ganze Anzahl Krankheiten dieser Art noch bis vor kurzem bei uns einheimisch gewesen oder noch einheimisch.

Noch immer kommen z. B. einzelne Fälle von Fleckfieber und Rückfallfieber in Deutschland vor, wenn auch die Zeiten vorüber sind, wo sie eine regelmäßig wiederkehrende Volkskrankheit nach Art von Diphtherie und andern Epidemien gewesen sind. In frühern Kriegen hat der Flecktyphus den Armeen mehr Schaden zugefügt als die Waffen der Feinde, und wenn er im Weltkriege vergeblich sein Haupt zu erheben suchte, so konnten wir ihn nur deshalb beschwören, weil wir seine Verbreitung durch die Kleiderlaus kannten und durch großzügige Entlausungen und Sauberkeit unsre Truppen und die Heimat vor schweren Epidemien geschützt und den Westen Europas vor einer Einschleppung dieser Seuche aus dem Osten bewahrt haben.

Das trifft nicht nur auf die Läuse zu. Flöhe sind einer geheimen Verbindung mit der Pest, an der auch die Ratten und Mäuse beteiligt sind, überführt. Auch hier wieder: Wenn unser Vaterland, das in vergangenen Jahrhunderten so schwere Pestepidemien erlebt hat, heute immun gegen Pest zu sein scheint, so liegt das daran, daß die solide Bauweise unsrer Wohnungen und die Sauberkeit in Haus, Küche, Keller und Speicher das Zusammenleben von Ratten und Menschen erheblich vermindert haben.

Auch die Fliegen können Träger von Krankheitskeimen sein, und zwar sehr verschiedener. Das ist bei ihren unappetitlichen Gewohnheiten, bei ihrem Jugendleben in Dung und Kot, bei ihrer Vorliebe für Aborte und Küchen nicht zu verwundern. Wenn im Sommer die Morgensonne auf das Aborthäuschen scheint und die Fliegen sich in Scharen darauf und darin herumtreiben und dann dieselben Fliegen das Kompott, das für den nächsten Tag schon gekocht ist, probieren oder auf der Satte Milch sitzen, so wird sich wohl niemand wundern, wenn ein einziger Darmkranker zu einer explosionsartigen Epidemie von Durchfällen Veranlassung geben kann.

Aber auch hier war die gütige Natur eine weise Wegweiserin des Menschen, denn sie hat ihm den Ekel gegen alles Ungeziefer als einen wertvollen Ansporn zur Vermeidung mancher Gesundheitsgefahren gegeben. Doch das Triebmäßige allein genügt nicht, es muß mit dem Verstandesmäßigen nachgeholfen werden; es heißt Aufklärung und Belehrung über die uns durch das Ungeziefer und letzten Endes durch die Unsauberkeit drohenden Gesundheitsgefahren. ——

Vom Backen und seiner wissenschaftlichen Grundlage.

Edmund Glenapp (Hamburg) berichtet hierüber in den lesenswerten „Urania"-Monatsheften:

Jede Hausfrau weiß, daß sie ihre Brot- und Backwaren entweder mit Hefezusatz oder unter Benutzung von sogenannten „Backpulvern" herstellen kann. Bei dem Ausbacken mit Hefe muß man zwischen zwei verschiedenen Verfahren unterscheiden, und zwar, ob man es mit saurer Gärung oder nichtsaurer Gärung zu tun hat. Die saure Gärung wird nur bei der Schwarzbrotbäckerei angewandt, während man sich gewöhnlich bei der Weiß- und Feinbrotbäckerei des andern Verfahrens bedient. Eine saure Gärung entsteht, wenn Mehl mit Wasser unter Zusatz der den Geschmack bedingenden Zutaten, wie Milch, Fett, Zucker usw. verknetet und dem freien Luftzutritt für einige Zeit ausgesetzt wird. Dadurch tritt Gärung des Teiges ein, d. h. in der Luft enthaltene Hefepilze bewirken eine Spaltung der im Brotgetreide enthaltenen Zuckerarten in Alkohol und Kohlendioxyd (auch Kohlensäure genannt). Außerdem treten aus der Luft auch noch Milchsäurebazillen hinzu, so daß auch noch eine saure Gärung eintritt.

In der Praxis wird das Verfahren der sauren Gärung derart geübt, daß man dem neu bereiteten Brotteig bereits alten Sauerteig zusetzt, um das Verfahren zu beschleunigen; denn der alte Sauerteig hat reichlich gärenwirkende Organismen in sich aufgespeichert. Bei der nichtsauren Gärung verwendet man künstlich gezüchtete Hefekulturen, die mit Mehl gemischt als Hefe oder „Geest" überall zu kaufen sind. Bei beiden Verfahren entwickelt sich Kohlensäure, die für Auflockerung des Teiges sorgt. Bei dieser Auflockerung des Gebäcks wirkt außerdem der entstandene Alkohol noch dadurch mit, daß er sich durch die Hitze des Backens verflüchtigt.

Nicht jedes Mehl ist zum Backen geeignet. Während Weizen und Roggen einen starken Klebergehalt aufweisen, ist das beispielsweise bei Gerste, Reis, Mais und Hafer nicht der Fall. Aber gerade dieser Klebergehalt gibt dem Mehl erst seine richtige Backfähigkeit. Der Kleber ist derjenige Bestandteil des Mehles, der dafür sorgt, daß beim Backen die entstehenden Gase in ihrer auflockernden Wirkung nicht ein Platzen des Brotes herbeiführen. Leider geht bei dem Backverfahren unter Anwendung von Hefe immer etwas von dem Nährwert des Teiges durch die Entstehung von Alkohol und Kohlensäure verloren. Dieser Nachteil wird bei der Verwendung von Backpulver umgangen. Auch beim Backpulver benutzt man die Wirkung der Kohlensäure zum „Aufgehen" des Kuchens. Der wesentliche Unterschied besteht nur darin, daß man die Kohlensäure aus dem Backpulver selber frei macht und dadurch natürlich keinen Nährstoffverlust am eigentlichen Nahrungsmittel mehr hat.

Alle Backpulver enthalten als hauptsächliche Bestandteile doppeltkohlensaures Natrium (kürzer Natron), Stärkemehl und Weinsäure oder Weinstein. Die Kohlensäure ist chemisch betrachtet eine sehr schwache Säure, die sich aus ihren Verbindungen leicht durch stärkere Säuren vertreiben läßt und dann frei wird. Die den Backpulvern beigemischte Weinsäure gehört, mit der Kohlensäure verglichen, schon zu den stärksten Säuren und wirkt deshalb beim Backen in vorstehend geschilderter Weise auf das doppeltkohlensaure Natrium ein. Anstatt des doppeltkohlensauren Natriums kann auch Hirschhornsalz treten, das den eigentümlichen Namen trägt, weil das Salz durch trockene Destillation von Hornteilen gewonnen wird. Alle Backpulver müssen so beschaffen sein, daß ihre sämtlichen Bestandteile sich bei Säureeinwirkung schnell verflüchtigen. Viele Hausfrauen wissen sicherlich nicht, daß auch das zu Schnee geschlagene Eiweiß keine andre Aufgabe hat, als das Backwerk aufzulockern. Beim Schlagen des Eiweißes wird Luft in der Form kleiner Bläschen mit eingefangen, die sich natürlich beim nachfolgenden Backen ausdehnt.

Welchen Sinn hat nun eigentlich das ganze Verbacken des Mehles? Durch sie wird eine größere Verdaulichkeit des Getreides erreicht, und zwar wird das Stärkemehl in eine andere Form übergeführt; denn nicht veränderte Stärke wird durch unsern Magen nicht ausgenutzt. Durch das Mengen mit Wasser und Erhitzen tritt aber die Verkleisterung ein, d. h. die Stärkekörner werden aufgebläht und sprengen ihre Zellwandungen. Es wird auch beim Backen eine Umwandlung der Stärke in dem eben erwähnten Sinne vorgenommen. Immerhin ist die Verkleisterung des Mehles beim Backen keine vollständige, und hat bewirkt natürlich, daß unser Magen nicht alle im Brot enthaltene Stärke verarbeitet. ——

Liebe und Ehe im Sprichwort.

(Allerlei deutsche Lebensweisheit aus zwei Jahrtausenden, ausgewählt von W. Schilewski.*)

Freien ist so süße, wie gebrat'ne Lämmerfüße.

*

Die Augen sind der Liebe Pforten.

*

Die Liebe ist eine Plage, die leicht aus dem Herzen auf die Zunge hüpft.

*

Eine Haushaltung ohne Weib ist eine Laterne ohne Licht.

*

Wenn die Liebe den Kopf einnimmt, hat der Verstand Feierabend.

*

Liebe ist keine Pastille, Lieb' ist eine überzuckerte Pille.

*

Wessen Herz eine Rose ist, dessen Mund wird auch duftige Worte sprechen.

*

Ein aufgezwungener Kuß ist wie ein Hühneraug' am Fuß.

*

Ein Frauenhaar zieht stärker als ein Glockenseil.

*

Man muß seine Frau an einem Sonnabend und nicht an einem Sonntag wählen.

*

Wo die Frau die Küche betreibt, [illegible] die Liebe nicht.

*) Aus dem bei Eugen Diederichs in Jena erschienenen Werke „Deutsche Sprichwörter", Ausgewählt und eingeleitet von Walter W. Schilewski.